

RWE

B 11022 I 2011 - 001



RWE Dea AG, Überseering, 22297 Hamburg

Landesamt für Bergbau, Energie
und Geologie
z. Hd.

An der Marktkirche 9

38678 Clausthal-Zellerfeld

Exploration Europa
UOX-ED

Name
Telefon
Telefax
E-Mail

L 2.2

Hamburg, 2. Dezember 2011

Antrag auf Erteilung einer Bewilligung: Schwedeneck-See

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantragen wir eine Bewilligung, die den Namen Schwedeneck-See tragen soll. Sie liegt in der Erlaubnis Preetz.

Mit dieser Bewilligung soll die Möglichkeit der Wiedererschließung der ehemaligen von uns operierten Lagerstätte Schwedeneck / Schwedeneck See geprüft und eine Produktion wieder aufgenommen werden.

Bei Erteilung der Bewilligung planen wir das folgende Arbeitsprogramm:

1. Jahr: Datenevaluierung der alten Unterlagen (Produktionshistorie, Reservoireigenschaften, Bohrungsdaten, Seismik), Durchführung einer dynamischen Lagerstättensimulation und Erstellung eines Geo-Modells (Schätzkosten: 1. Jahr bis zu ca.
2. Jahr: Bewertung des sowie Beginn der Erstellung eines Re-Developmentplans (Schätzkosten: 2. Jahr bis zu ca.
3. Jahr: Fertigstellung eines Re-Developmentplans und Planung einer Wiedererschließungsbohrung (A5) (Schätzkosten: 3. Jahr bis zu ca.
4. Jahr: Durchführung einer Wiedererschließungsbohrung (A5), Aufnahme der Förderung und Verlängerung der Bewilligung. (Schätzkosten: 4. Jahr bis zu ca.

Im Rahmen der Entwicklung des Developmentplans werden insbesondere auch die Möglichkeiten einer Entwicklung mittels

In diesem Zusammenhang ist es dann möglich, dass eine Akquisition von Seismik notwendig wird.

Die Durchführung einer solchen Seismik würde eine Verlängerung der Gesamtentwicklung des Projektes nach sich ziehen, so dass ein entsprechender Verlängerungsantrag gestellt werden müsste.

RWE Dea AG

Zentrale:
Überseering 40
22297 Hamburg

T +49 40 6375-0
F +49 40 6375-3496
I www.rwedea.com

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Dr. Leonhard Birnbaum

Vorstand:
Thomas Rappuhn
Vorsitzender
Ralf to Baben
Dr. Johannes Karlisch

Sitz der Gesellschaft: Hamburg
Eingetragen beim
Amtsgericht Hamburg
Handelsregister-Nr. HRB 6882

Bankverbindung:
Deutsche Bank AG, Hamburg
BLZ 200 700 00
Kto.-Nr. 0 613 414

USt.-ID-Nr. DE 811 129 172

VORWEG GEHEN



Seite 2

Die Lage der Bewilligung entnehmen Sie der beigefügten Karte inkl. Koordinaten.
Wir bitten um Erteilung der Bewilligung Schwedeneck-See für einen Zeitraum von 4 Jahren.

Mit freundlichem Gruß

RWE Dea AG

Anlage

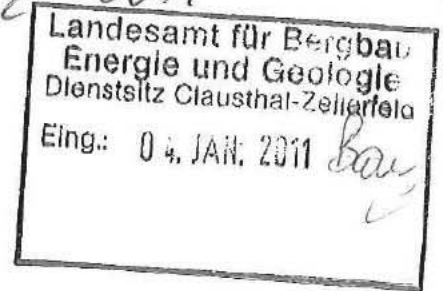
Schwedeneck_Koordinaten_2011-11-30.txt

1 3569600,6052000
2 3574000,6052000
3 3577000,6046000
4 3571500,6046000
5 3572300,6039000
6 3574200,6034800
7 3572200,6034800
8 3570400,6039000
9 3569600,6046000

RWE

B 11022 I 2012-001

ID 472



RWE Dea AG, Überseering, 22297 Hamburg

Per Einschreiben

Landesamt für Bergbau, Energie
und Geologie
z. Hd.

**Exploration Europa
UOX-ED**

Name
Telefon
Telefax
E-Mail

12.2

An der Marktkirche 9

Hamburg, 21. Dezember 2011

Ergänzung zum Antrag der Bewilligung: Schwedeneck-See

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit ergänzen wir unseren Antrag vom 30.11.2011 für die Bewilligung Schwedeneck-See durch die noch erforderlichen Unterlagen gem. § 12 Abs. 1 Nr. 2 BBergG bzw. Nr. 3 der Richtlinien für den Antrag auf Erteilung einer Bewilligung zur Gewinnung bergfreier Bodenschätze und übersenden Ihnen in sechsfacher Ausfertigung den Lageriß für die beantragte Bewilligung nebst den Stellen (Lage und Tiefe) an der der Bodenschatz entdeckt worden ist.

Die beantragte Bewilligung Schwedeneck-See umfasst das ehemalige von RWE Dea AG operierte Feld Schwedeneck mit den früheren Bewilligungen Schwedeneck I, II, III und IV, Schwedeneck-See I und II, Schwedeneck / Plön-Ostsee I und Kiel-Nord I. Uns liegen somit alle Daten aus der Historie des Ölfeldes für die Überarbeitung und eine mögliche Wiederaufnahme der Produktion vor.

Dem Vorschlag in der Email von Herrn _____ vom 12.12.2011 für eine dreijährige Laufzeit können wir folgen, sofern uns die Möglichkeit einer Verlängerung eingeräumt wird, um nach Ende dieser Laufzeit ggf. eine 3D Seismik und anschließend die Wiedererschließungsbohrung durchzuführen.

Bei der beantragten Fläche folgen wir dem Vorschlag von Herrn _____

Wir bitten Sie, uns die Bewilligung zu erteilen.

Ergänzend werden wir mit gleicher Post ein Exemplar der beigefügten Unterlagen an die Markscheiderei z. Hd. Herrn _____ zur Prüfung schicken.

Mit freundlichem Gruß

RWE Dea AG

RWE Dea AG
Zentrale:
Überseering 40
22297 Hamburg

T +49 40 6375-0
F +49 40 6375-3496
I www.rwede.com

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Dr. Leonhard Birnbaum

Vorstand:
Thomas Rappuhn
Vorsitzender
Ralf to Baben
Dr. Johannes Karlich

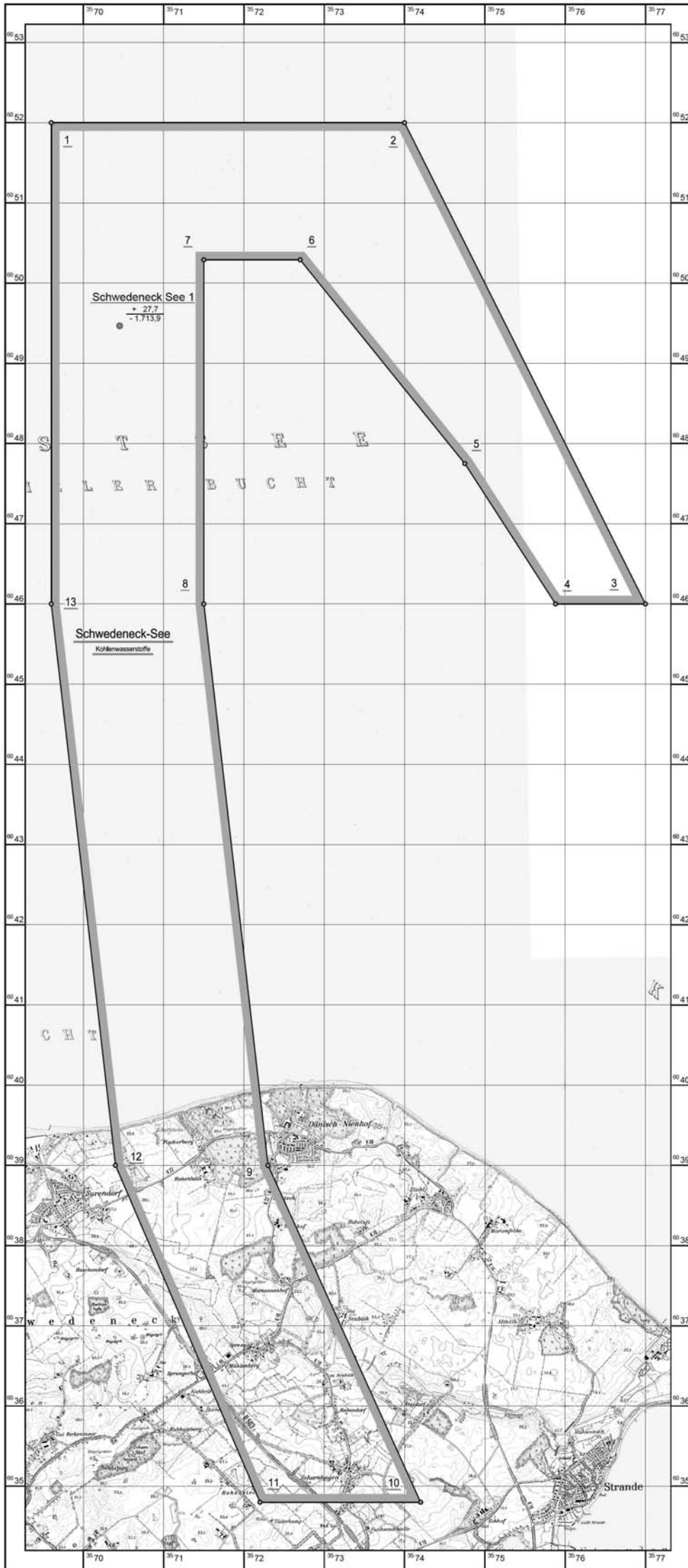
Sitz der Gesellschaft: Hamburg
Eingetragen beim
Amtsgericht Hamburg
Handelsregister-Nr. HRB 6882

Bankverbindung:
Deutsche Bank AG, Hamburg
BLZ 200 700 00
Kto.-Nr. 0 613 414

USt.-ID-Nr. DE 811 129 172

Anlage

VORWEG GEHEN



Koordinaten der Feldeseckpunkte

Punkt-Nr.	Rechtswert	Hochwert
1	35 69 600,00	60 52 000,00
2	35 74 000,00	60 52 000,00
3	35 77 000,00	60 46 000,00
4	35 75 980,00	60 46 000,00
5	35 74 750,00	60 47 750,00
6	35 72 700,00	60 50 290,00
7	35 71 500,00	60 50 290,00
8	35 71 500,00	60 46 000,00
9	35 72 300,00	60 39 000,00
10	35 74 200,00	60 34 800,00
11	35 72 200,00	60 34 800,00
12	35 70 400,00	60 39 000,00
13	35 69 600,00	60 46 000,00

Fundbohrung Schwedeneck-See 1

Ansatzpunkt	35 70 451	60 49 467
-------------	-----------	-----------

Flächeninhalt des Bewilligungsfeldes unter Berücksichtigung der Projektionsverzerrung :

44.556.300 m²

VORABZUG

RWE Dea AG

Lageriss für das Bewilligungsfeld

"Schwedeneck-See"

zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Land Schleswig-Holstein
Kreis Rendsburg-Eckernförde

Maßstab 1 : 25.000

Ausschnitt aus TK25 des BKG

Koordinatensystem : Gauß - Krüger Abbildung

Angefertigt im Dezember 2011

Dipl.Ing.

Zur Urkunde zur Erteilung der Bewilligung

vom Az., gehörend,

Clausthal - Zellerfeld, den

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

I. Verfügung zu B 1102² I 2012-001:

1. L 1.4, Herrn mit der Bitte um Prüfung der 6 Lagerisse für das beantragte Bewilligungsfeld Schwedeneck-See.
2. L2.2, Herrn zur weiteren Veranlassung

LBEG Clausthal-Zfd., den 16.01.2012

*Von der 2. /
Prüfungsbreit beibehalten*

Prüfungsbericht
über den Lageriss für das

Bewilligungsfeld **Schwedeneck-See**
im Erlaubnisfeld **Preetz-Restfläche**

Akte B 05003 I

1. Lage der Fundstelle:
 - a) Land **Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland
in der Ostsee**
 - b) Bergbehörde **LBEG**

2. Lage des Bewilligungsfeldes:
 - a) Land **Schleswig-Holstein
Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland
in der Ostsee**
 - b) Kreis **Plön**
 - c) Bergbehörde **LBEG**

3. Die Fundstelle ist im Bewilligungsfeld eingeschlossen. Die Lage der Fundstelle (Schwedeneck-See 1) stimmt mit den hier geführten Angaben überein.
Ansatzpunkt Rechtswert 35 70 451 Hochwert 60 49 467.
4. Die Fundstelle ist im Bewilligungsfeld Schwedeneck-See eingeschlossen.
5. Die Fundstelle liegt im Erlaubnisfeld Preetz-Restfläche der RWE Dea AG.
6. Der Flächeninhalt des Bewilligungsfeldes ist unter Berücksichtigung der Flächenverzerrung mit 44 556 300 m² berechnet.
7. Das Bewilligungsfeld ist auf den Lagerissen mit den Zahlen 1 bis 13 nummeriert. Die Eckpunkte des Bewilligungsfeldes sind durch Gauß-Krüger Koordinaten im 3. Meridianstreifen festgelegt.
8. Das Bewilligungsfeld liegt in seinem ganzen Umfang im Erlaubnisfeld Preetz-Restfläche der RWE Dea AG.
9. Im Feld befinden sich **keine Erdölaltverträge**.
10. Der Prüfungsbericht über die geplante Lage der Fundstelle und über die Lage des Bewilligungsfeldes beruht auf den Angaben des Lagerisses. Diese Angaben stehen mit den amtlichen Kartenwerken nicht im Widerspruch.
11. Die zur Orientierung erforderlichen Tagesgegenstände und der Meridian sind auf den Ausfertigungen des Lagerisses angegeben.
12. Die 6 Ausfertigungen des Lagerisses stimmen miteinander überein. Sie sind den Vorschriften der UnterlagenBergVO entsprechend im Maßstab 1 : 25 000 von dem Herrn im Dezember 2011 angefertigt.
13. Das Bewilligungsfeld ist vorgesehen, auf der BSK des Landesbergamtes (GIS) aufgetragen zu werden.

Von:

An:

CC:

Gesendet am: 22.03.2012 17:08:21

Betreff: FW: Bewilligungsanträge der RWE Dea AG und der PRD Energy GmbH

Hallo

Die Abstimmung mit dem LLUR bezüglich der Bewilligungsanträge der RWE Dea AG für Plön-Ost, Preetz und Schwedeneck-See sowie der PRD Energy GmbH für Prasdorf ist erfolgt und das MW-SH kann nun um Zustimmung zur Einleitung des Beteiligungsverfahrens gebeten werden.

Gruß

-----Original Message-----

From

Sent:

To:

Cc:

Subject: AW: Bewilligungsanträge der RWE Dea AG und der PRD Energy GmbH

Sehr geehrter Herr vielen Dank für die Informationen zu den gegenwärtig beantragten Aktivitäten in SH. In Hinblick auf die geologischen Inhalte ergeben sich keine Hinweise, die einer Übermittlung der Anträge an das MWV entgegen stehen.

Gruß

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von:

Gese

An

Cc

Betreff: Bewilligungsanträge der RWE Dea AG und der PRD Energy GmbH

Sehr geehrte Frau

in der Anlage übersende ich Ihnen drei Bewilligungsanträge der RWE Dea AG und einen Bewilligungsantrag der PRD Energy GmbH. Aufgrund der Dateigrößen habe ich Ihnen statt der Lagerisse eine Übersichtsdarstellung der beantragten Bergbauberechtigungen in Schleswig-Holstein beigelegt. Sollten Sie die Lagerisse oder entsprechende Shape-Dateien für eine Darstellung im GIS benötigen, geben Sie mir bitte Nachricht.

Aus Sicht des LBEG sind die Anträge in der vorliegenden Form genehmigungsfähig, soweit das Beteiligungsverfahren nichts Gegenteiliges ergibt. Bezüglich des Antrages Schwedeneck-See haben wir mit der RWE Dea AG vereinbart, dass wir entsprechend der üblichen Praxis und im Sinne einer Gleichbehandlung aller Antragsteller im Falle einer Erteilung nur für drei Jahre erteilen werden. Bezüglich des Antrages Prasdorf hat die RWE Dea AG von Ihrem Vorrecht keinen Gebrauch gemacht und keinen eigenen Antrag gestellt.

Sollten die Anträge auch aus Ihrer Sicht in Ordnung sein, würden wir die Anträge in unveränderter Form Ihrem Wirtschaftsministerium mit der Bitte um Zustimmung zur Einleitung des Beteiligungsverfahrens vorlegen. Geologische Aspekte seitens des LBEG werden in die Entscheidung des LBEG nicht einfließen. Eine kurzfristige Rückmeldung Ihrerseits würde uns sehr entgegen kommen.

Die übrigen Anträge auf Bergbauberechtigungen übersenden wir Ihnen, sobald endgültige Antragsunterlagen vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Referat Energiewirtschaft Erdöl und Erdgas, Bergbauberechtigungen

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
im GEOZENTRUM HANNOVER
Stilleweg 2
30655 Hannover

Telefon 0511 643 3463
Telefax 0511 643 2304

www.lbeg.niedersachsen.de

--

Diese Mail wurde von Dataport maschinell
auf Viren und gefährliche Inhalte untersucht.

Von:

An:

CC:

Gesendet am: 27.03.2012 09:33:07

Betreff: ID 472 Schwedeneck-See BF Dea

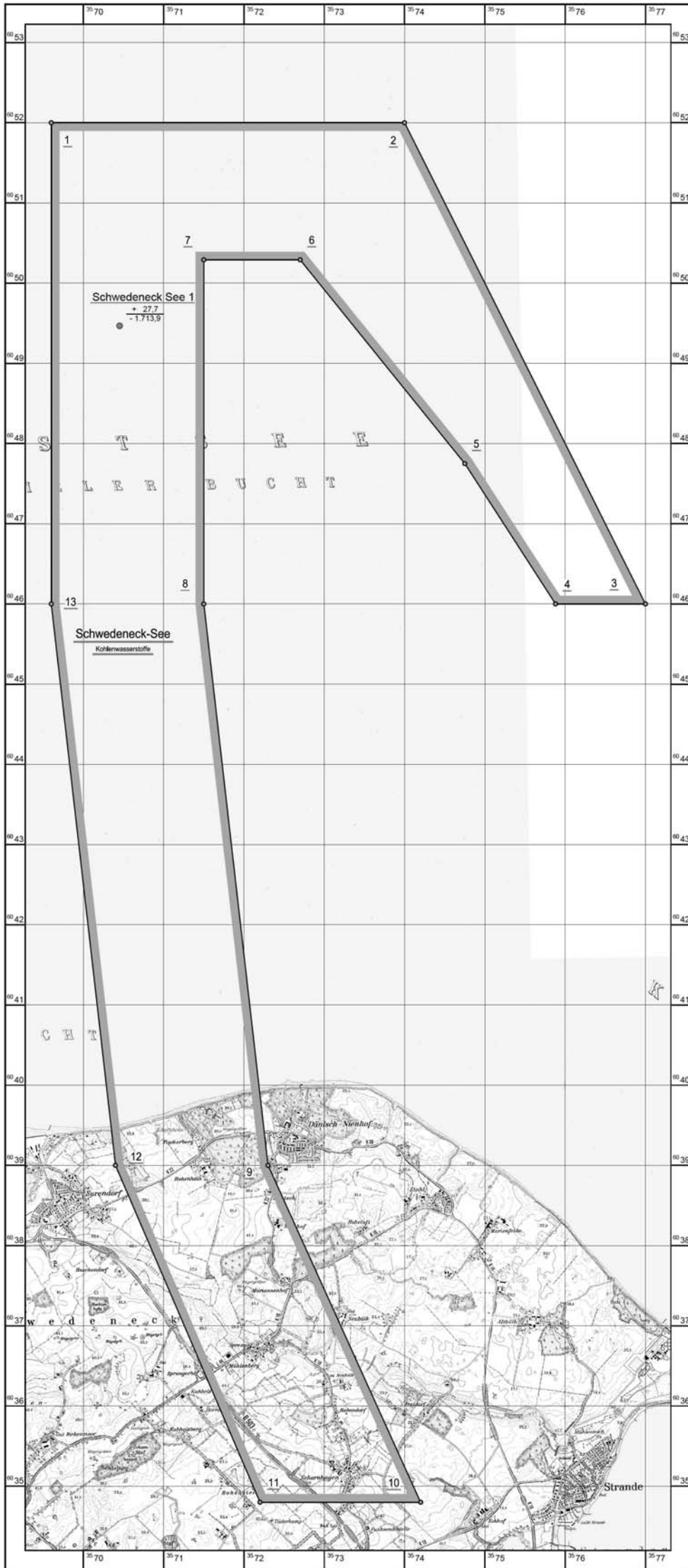
Sehr geehrter Herr Dr.

nach interner Abstimmung und Rücksprache mit dem LLUR,
übersende ich Ihnen den anliegenden Antrag der RWE Dea AG auf Erteilung einer
Bewilligung „Schwedeneck-See“ zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen zur
Kenntnissnahme und der Bitte um Auskunft, ob das LBEG die Anträge wie gewohnt
abarbeiten kann, oder ob aus Ihrer Sicht Erfordernisse zu berücksichtigen sind, die einer
Bearbeitung in der üblichen Vorgehensweise entgegenstehen.

Wegen des Datenumfangs erfolgt die Übermittlung der Antragsunterlagen für jeden
Berechtigungsantrag separat.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Referat Energiewirtschaft Erdöl und Erdgas, Bergbauberechtigungen
Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)
Dienststz Clausthal-Zellerfeld
An der Marktkirche 9
38678 Clausthal-Zellerfeld



Koordinaten der Feldeseckpunkte

Punkt-Nr.	Rechtswert	Hochwert
1	35 69 600,00	60 52 000,00
2	35 74 000,00	60 52 000,00
3	35 77 000,00	60 46 000,00
4	35 75 980,00	60 46 000,00
5	35 74 750,00	60 47 750,00
6	35 72 700,00	60 50 290,00
7	35 71 500,00	60 50 290,00
8	35 71 500,00	60 46 000,00
9	35 72 300,00	60 39 000,00
10	35 74 200,00	60 34 800,00
11	35 72 200,00	60 34 800,00
12	35 70 400,00	60 39 000,00
13	35 69 600,00	60 46 000,00

Fundbohrung Schwedeneck-See 1

Ansatzpunkt	35 70 451	60 49 467
-------------	-----------	-----------

Flächeninhalt des Bewilligungsfeldes unter Berücksichtigung der Projektionsverzerrung :

44.556.300 m²

VORABZUG

RWE Dea AG

Lageriss für das Bewilligungsfeld

"Schwedeneck-See"

zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Land Schleswig-Holstein
Kreis Rendsburg-Eckernförde

Maßstab 1 : 25.000

Ausschnitt aus TK25 des BKG

Koordinatensystem : Gauß - Krüger Abbildung

Angefertigt im Dezember 2011

.....
Dipl.-Ing.

Zur Urkunde zur Erteilung der Bewilligung

vom Az., gehörend,

Clausthal - Zellerfeld, den

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

(Schleswig-Holstein)

1. Vermerk:

Die Lagerisse wurden geprüft und entsprechen den Erfordernissen der Unterlagen-Bergverordnung.

Seitens des geologischen Dienstes bestehen keine Bedenken hinsichtlich des geplanten Arbeitsprogramms.

Nach einem Gespräch zwischen Herrn _____ und _____ hatte _____ in ihrer E-Mail an Herrn _____ vom 18.07.2012 den Inhalt der Besprechung ungenau wiedergegeben. Herr _____ teilte dem Unterzeichnenden mit, dass _____ meinte, dass die Beteiligungsverfahren für die Bewilligungsanträge

ID 474 Preetz BF Dea
ID 470 Plön-Ost BF Dea
ID 472 Schwedeneck-See BF Dea

nach dem für Schl.-H. üblichen Verfahren eingeleitet werden können.

Die Beteiligung ist somit nach dem für Schleswig-Holstein vereinbarten Verfahren, Beteiligung des MELF (heute Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume) über das MW, nach den Vermerken über die Besprechung am 27.05.1983 in Kiel, durchzuführen.

Da die beantragte Bewilligung zum Teil auch das Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland in der Ostsee überdeckt, werden weiterhin beteiligt, die Wehrbereichsverwaltung Nord, die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord, die Deutsche Telekom AG - Seekabel und das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie. Das Bundesamt für Naturschutz ist nicht zu beteiligten, weil die Berechtigung den Festlandsockel nicht berührt.

Für das Beteiligungsverfahren sind bereits sämtliche Exemplare des Lagerisses verbraucht worden. Für die spätere Bewilligungserteilung werden mindestens 4 weiteren Exemplare benötigt. Der Antragsteller wird aufgefordert diese nachzureichen.

2. Kanzlei mit der Bitte um Fertigung der Reinschriften zu 3. bis 6. mit einer zusätzlichen Leseabschrift von 4.

(Kanzlei bitte die Fußnote jeweils auf die erste Seite setzen)

Dem Schreiben zu 3. sind eine Leseabschrift von 4., das Originalschreiben zu 4. und 2 Exemplare der Lagerisse beizufügen. Außerdem 2 Ausfertigungen des Antrages vom 02.12.2011. Alles zusammen ist in einem Umschlag an den MW in Kiel zu senden.

Mit 5. geht je eine Kopie des Antrages und ein Lageriss.
(Antragskopien und Lagerisse sind mit der Hauspost auf dem Weg)

3.

Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein
Abteilung VII 3
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

Bewilligung Schwedeneck-See

Beteiligung nach § 15 BBergG*) zum Antrag auf Erteilung einer Bewilligung gem. § 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg, hat bei mir den Antrag auf Erteilung der Bewilligung „Schwedeneck-See“ zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen gestellt. Die Lage des Bewilligungsfeldes ist auf dem anliegenden Lageriss zu ersehen (ein Exemplar in elektronischer Form wird Ihnen auf Anfrage gern per E-Mail übermittelt).

Der Antragsteller beabsichtigt im beantragten Bewilligungszeitraum die erste Förderung einzuleiten und anschließend zu stabilisieren. Die weitere Entwicklung der Produktion bleibt einer ggf. folgenden Verlängerung der Berechtigung vorbehalten. Die vorgesehenen Arbeiten werden als angemessen und sinnvoll angesehen, so dass dem Rechtsanspruch auf Erteilung der Berechtigung zu folgen wäre, falls nicht überwiegende öffentliche Interessen die Aufsuchung im gesamten zuzuteilenden Bewilligungsfeld ausschließen. Die Kosten für dieses Arbeitsprogramm werden auf ca EURO geschätzt.

Es wird um Stellungnahme gebeten, ob Bedenken gegen das Vorhaben bestehen. Sofern Ihrerseits Bedenken bestehen, bitte ich mitzuteilen, ob sich diese auf das **gesamte** Bewilligungsfeld beziehen.

In der Annahme, dass ein Zeitraum bis zum **[Kzl. bitte Datum der Anfertigung zuzüglich 5 Wochen einfügen]** auskömmlich ist, erbitte ich die Übersendung Ihrer Stellungnahme spätestens bis zu diesem Zeitpunkt. Sollte ich bis dahin keine gegenteilige Rückantwort von Ihnen erhalten, werde ich davon ausgehen, dass gegen die Erteilung der Bewilligung keine Bedenken bestehen.

Sollte Ihre Stellungnahme Karten- oder Schriftmaterial in gebundener Form beinhalten, erbitte ich diese Unterlagen in vierfacher Ausfertigung bzw. in digitaler Form auf Datenträger oder per E-Mail.

Für eine Beteiligung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, nach dem im Jahre 1983 vereinbarten Verfahren, ist diesem Schreiben ein Anschreiben mit einem Exemplar eines Lagerisses und einer Kopie des Antrages mit der Bitte um entsprechende Veranlassung beigelegt. Die Leseabschrift des Anschreibens an das Ministerium für Natur und Umwelt, eine Kopie des Antrages und ein Exemplar des Lagerisses ist für Ihre Akten bestimmt.

Mit derselben Zeitangabe sind nachfolgende Behörden bzw. die Deutsche Telekom AG um Stellungnahme gem. § 15 BBergG gebeten worden:

Wehrbereichsverwaltung Nord Hans-Böckler-Allee 16 30173 Hannover	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord Hindenburgufer 247 24106 Kiel
Deutsche Telekom AG Seekabel Stresemannstraße 4 28207 Bremen	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie Bernhard-Nocht-Straße 78 20359 Hamburg

Erläuterungen und Hinweise:

Die Erteilung einer Bewilligung berechtigt den Antragsteller nicht zu tatsächlichen Abbauhandlungen sondern gibt ihm lediglich aufgrund der nachzuweisenden Eignung (finanzielle, technische und formale Kriterien) das grundsätzliche Recht, Eigentum an dem betreffenden Bodenschatz im zugesprochenen Bewilligungsfeld zu erwerben.

Tatsächliche Handlungen dürfen aber nur aufgrund zugelassener bergrechtlicher Betriebspläne (§ 52 ff BBergG) erfolgen.

Die jetzige Beteiligung dient lediglich der Feststellung, ob entsprechend § 11 Nr. 10 BBergG i. V. m. § 12 Abs. 1 überwiegende öffentliche Interessen die Gewinnung im gesamten zuzuteilenden Feld ausschließen. Am Betriebsplanverfahren werden Sie selbstverständlich erneut beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

*) BBergG – Bundesberggesetz vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 15 a des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

4.

Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume
Schleswig-Holstein
Mercatorstraße 3
24106 Kiel

Über
Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 94

24105 Kiel

Bewilligung Schwedeneck-See
Beteiligung nach § 15 BBergG*) zum Antrag auf Erteilung einer Bewilligung gem. § 8 BBergG zur
Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg, hat bei mir den Antrag auf Erteilung der
Bewilligung „Schwedeneck-See“ zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen
gestellt. Die Lage des Bewilligungsfeldes ist auf dem anliegenden Lageriss zu ersehen (ein
Exemplar in elektronischer Form wird Ihnen auf Anfrage gern per E-Mail übermittelt).

Der Antragsteller beabsichtigt im beantragten Bewilligungszeitraum von vier Jahren nach
Auswertung vorhandener Daten/Unterlagen eine Bewertung des Restölpotentials vorzunehmen
und eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel der Aufnahme der Förderung durchzuführen.
Die vorgesehenen Arbeitsschritte werden als angemessen und sinnvoll angesehen, so dass dem
Rechtsanspruch auf Erteilung der Berechtigung zu folgen wäre, falls nicht überwiegende
öffentliche Interessen die Aufsuchung im gesamten zuzuteilenden Bewilligungsfeld ausschließen.
Die Kosten für dieses Arbeitsprogramm werden auf ca. EURO geschätzt. Eine Kopie
des Antrages ist beigelegt.

Es wird um Stellungnahme gebeten, ob Bedenken gegen das Vorhaben bestehen. Sofern
Ihrerseits Bedenken bestehen, bitte ich mitzuteilen, ob sich diese auf das **gesamte**
Bewilligungsfeld beziehen.

In der Annahme, dass ein Zeitraum bis zum **[Kzl. bitte Datum der Anfertigung zuzüglich 5
Wochen einfügen]** auskömmlich ist, erbitte ich die Übersendung Ihrer Stellungnahme
spätestens bis zu diesem Zeitpunkt. Sollte ich bis dahin keine gegenteilige Rückantwort von
Ihnen erhalten, werde ich davon ausgehen, dass gegen die Erteilung der Bewilligung keine
Bedenken bestehen.

Sollte Ihre Stellungnahme Karten- oder Schriftmaterial in gebundener Form beinhalten, erbitte ich
diese Unterlagen in vierfacher Ausfertigung bzw. in digitaler Form auf Datenträger oder per E-
Mail.

Mit derselben Zeitangabe sind nachfolgende Behörden bzw. die Deutsche Telekom AG um Stellungnahme gem. § 15 BBergG gebeten worden:

Wehrbereichsverwaltung Nord Hans-Böckler-Allee 16 30173 Hannover	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord Hindenburgufer 247 24106 Kiel
Deutsche Telekom AG Seekabel Stresemannstraße 4 28207 Bremen	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie Bernhard-Nocht-Straße 78 20359 Hamburg

Erläuterungen und Hinweise:

Die Erteilung einer Bewilligung berechtigt den Antragsteller nicht zu tatsächlichen Abbauhandlungen sondern gibt ihm lediglich aufgrund der nachzuweisenden Eignung (finanzielle, technische und formale Kriterien) das grundsätzliche Recht, Eigentum an dem betreffenden Bodenschatz im zugesprochenen Bewilligungsfeld zu erwerben. Tatsächliche Handlungen dürfen aber nur aufgrund zugelassener bergrechtlicher Betriebspläne (§ 52 ff BBergG) erfolgen.

Die jetzige Beteiligung dient lediglich der Feststellung, ob entsprechend § 11Nr. 10 BBergG i. V. m. § 12 Abs. 1 überwiegende öffentliche Interessen die Gewinnung im gesamten zuzuteilenden Feld ausschließen. Am Betriebsplanverfahren werden Sie selbstverständlich erneut beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

*) BBergG – Bundesberggesetz vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 15 a des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

5.

Wehrbereichsverwaltung Nord Hans-Böckler-Allee 16 30173 Hannover	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord Hindenburgufer 247 24106 Kiel
Deutsche Telekom AG Seekabel Stresemannstraße 4 28207 Bremen	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie Bernhard-Nocht-Straße 78 20359 Hamburg

Bewilligung Schwedeneck-See

Beteiligung nach § 15 BBergG^{*)} zum Antrag auf Erteilung einer Bewilligung gem. § 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg, hat bei mir den Antrag auf Erteilung der Bewilligung „Schwedeneck-See“ zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen gestellt. Die Lage des Bewilligungsfeldes ist auf dem anliegenden Lageriss zu ersehen (ein Exemplar in elektronischer Form wird Ihnen auf Anfrage gern per E-Mail übermittelt).

Der Antragsteller beabsichtigt im beantragten Bewilligungszeitraum von vier Jahren nach Auswertung vorhandener Daten/Unterlagen eine Bewertung des Restölpotentials vorzunehmen

und eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel der Aufnahme der Förderung durchzuführen. Die vorgesehenen Arbeitsschritte werden als angemessen und sinnvoll angesehen, so dass dem Rechtsanspruch auf Erteilung der Berechtigung zu folgen wäre, falls nicht überwiegende öffentliche Interessen die Aufsuchung im gesamten zuzuteilenden Bewilligungsfeld ausschließen. Die Kosten für dieses Arbeitsprogramm werden auf ca. EURO geschätzt. Eine Kopie des Antrages ist beigelegt.

Es wird um Stellungnahme gebeten, ob Bedenken gegen das Vorhaben bestehen. Sofern Ihrerseits Bedenken bestehen, bitte ich mitzuteilen, ob sich diese auf das **gesamte** Bewilligungsfeld beziehen.

In der Annahme, dass ein Zeitraum bis zum **[Kzl. bitte Datum der Anfertigung zuzüglich 5 Wochen einfügen]** auskömmlich ist, erbitte ich die Übersendung Ihrer Stellungnahme spätestens bis zu diesem Zeitpunkt. Sollte ich bis dahin keine gegenteilige Rückantwort von Ihnen erhalten, werde ich davon ausgehen, dass gegen die Erteilung der Bewilligung keine Bedenken bestehen.

Sollte Ihre Stellungnahme Karten- oder Schriftmaterial in gebundener Form beinhalten, erbitte ich diese Unterlagen in vierfacher Ausfertigung bzw. in digitaler Form auf Datenträger oder per E-Mail.

Erläuterungen und Hinweise:

Die Erteilung einer Bewilligung berechtigt den Antragsteller nicht zu tatsächlichen Abbauhandlungen sondern gibt ihm lediglich aufgrund der nachzuweisenden Eignung (finanzielle, technische und formale Kriterien) das grundsätzliche Recht, Eigentum an dem betreffenden Bodenschatz im zugesprochenen Bewilligungsfeld zu erwerben. Tatsächliche Handlungen dürfen aber nur aufgrund zugelassener bergrechtlicher Betriebspläne (§ 52 ff BBergG) erfolgen.

Die jetzige Beteiligung dient lediglich der Feststellung, ob entsprechend § 11 Nr. 10 BBergG i. V. m. § 12 Abs. 1 überwiegende öffentliche Interessen die Gewinnung im gesamten zuzuteilenden Feld ausschließen. Am Betriebsplanverfahren werden Sie selbstverständlich erneut beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

*) BBergG – Bundesberggesetz vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 15 a des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

6.

RWE Dea AG
Überseering 40
22297 Hamburg

Bewilligung Schwedeneck-See
Beteiligung nach § 15 BBergG^{*)} zum Antrag auf Erteilung einer Bewilligung gem. § 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen
- Ihr Antrag vom 02.12.2011, ergänzt mit Schreiben vom 21.12.2011 - UOX-ED

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihren im Betreff bezeichneten Antrag habe ich heute die Beteiligung nach § 15 Bundesberggesetz nach dem im Land Schleswig-Holstein vorgesehene Verfahren eingeleitet.

LBEG Clausthal-Zfd., den 20.07.2012
I. A.



Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 11 53, 38669 Clausthal-Zellerfeld

Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des
Landes Schleswig-Holstein
Abteilung VII 3
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel



**Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie**
Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein,
Hamburg, Bremen und Niedersachsen

Bearbeitet von

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
L2.2/L67212/11-11_05/2012-
0001

Durchwahl (0 53 23) 72-

Clausthal-Zellerfeld
20.07.2012

E-Mail

@lbeg.niedersachsen.de

Bewilligung Schwedeneck-See
Beteiligung nach § 15 BBergG*) zum Antrag auf Erteilung einer Bewilligung gem.
§ 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg, hat bei mir den Antrag auf Erteilung der Bewilligung „Schwedeneck-See“ zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen gestellt. Die Lage des Bewilligungsfeldes ist auf dem anliegenden Lageriss zu ersehen (ein Exemplar in elektronischer Form wird Ihnen auf Anfrage gern per E-Mail übermittelt).

Der Antragsteller beabsichtigt im beantragten Bewilligungszeitraum die erste Förderung einzuleiten und anschließend zu stabilisieren. Die weitere Entwicklung der Produktion bleibt einer ggf. folgenden Verlängerung der Berechtigung vorbehalten. Die vorgesehenen Arbeiten werden als angemessen und sinnvoll angesehen, so dass dem Rechtsanspruch auf Erteilung der Berechtigung zu folgen wäre, falls nicht überwiegende öffentliche Interessen die Aufsuchung im gesamten zuzuteilenden Bewilligungsfeld ausschließen. Die Kosten für dieses Arbeitsprogramm werden auf ca. EURO geschätzt.

Es wird um Stellungnahme gebeten, ob Bedenken gegen das Vorhaben bestehen. Sofern Ihrerseits Bedenken bestehen, bitte ich mitzuteilen, ob sich diese auf das **gesamte** Bewilligungsfeld beziehen.

In der Annahme, dass ein Zeitraum bis zum **28.08.2012** auskömmlich ist, erbitte ich die Übersendung Ihrer Stellungnahme spätestens bis zu diesem Zeitpunkt. Sollte ich bis dahin keine gegenteilige Rückantwort von Ihnen erhalten, werde ich davon ausgehen, dass gegen die Erteilung der Bewilligung keine Bedenken bestehen.

*) BBergG – Bundesberggesetz vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 15 a des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

Sollte Ihre Stellungnahme Karten- oder Schriftmaterial in gebundener Form beinhalten, erbitte ich diese Unterlagen in vierfacher Ausfertigung bzw. in digitaler Form auf Datenträger oder per E-Mail.

Für eine Beteiligung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, nach dem im Jahre 1983 vereinbarten Verfahren, ist diesem Schreiben ein Anschreiben mit einem Exemplar eines Lagerisses und einer Kopie des Antrages mit der Bitte um entsprechende Veranlassung beigelegt. Die Leseabschrift des Anschreibens an das Ministerium für Natur und Umwelt, eine Kopie des Antrages und ein Exemplar des Lagerisses ist für Ihre Akten bestimmt.

Mit derselben Zeitangabe sind nachfolgende Behörden bzw. die Deutsche Telekom AG um Stellungnahme gem. § 15 BBergG gebeten worden:

Wehrbereichsverwaltung Nord Hans-Böckler-Allee 16 30173 Hannover	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord Hindenburgufer 247 24106 Kiel
Deutsche Telekom AG Seekabel Stresemannstraße 4 28207 Bremen	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie Bernhard-Nocht-Straße 78 20359 Hamburg

Erläuterungen und Hinweise:

Die Erteilung einer Bewilligung berechtigt den Antragsteller nicht zu tatsächlichen Abbauhandlungen sondern gibt ihm lediglich aufgrund der nachzuweisenden Eignung (finanzielle, technische und formale Kriterien) das grundsätzliche Recht, Eigentum an dem betreffenden Bodenschatz im zugesprochenen Bewilligungsfeld zu erwerben. Tatsächliche Handlungen dürfen aber nur aufgrund zugelassener bergrechtlicher Betriebspläne (§ 52 ff. BBergG) erfolgen.

Die jetzige Beteiligung dient lediglich der Feststellung, ob entsprechend § 11 Nr. 10 BBergG i. V. m. § 12 Abs. 1 überwiegende öffentliche Interessen die Gewinnung im gesamten zuzuteilenden Feld ausschließen. Am Betriebsplanverfahren werden Sie selbstverständlich erneut beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage



Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 11 53, 38669 Clausthal-Zellerfeld



**Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie**

Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein,
Hamburg, Bremen und Niedersachsen

Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume
Schleswig-Holstein
Mercatorstraße 3
24106 Kiel

über
Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

Bearbeitet von

[@LBEG.niedersachsen.de](mailto:LBEG.niedersachsen.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)

Durchwahl: 05323-723248

Clausthal-Zellerfeld,
20.07.12

L2.2/L67212/11-11_05/2012-0001

Bewilligung Schwedeneck-See
Beteiligung nach § 15 BBergG^{*)} zum Antrag auf Erteilung einer Bewilligung gem.
§ 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg, hat bei mir den Antrag auf Erteilung der Bewilligung „Schwedeneck-See“ zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen gestellt. Die Lage des Bewilligungsfeldes ist auf dem anliegenden Lageriss zu ersehen (ein Exemplar in elektronischer Form wird Ihnen auf Anfrage gern per E-Mail übermittelt).

Der Antragsteller beabsichtigt im beantragten Bewilligungszeitraum von vier Jahren nach Auswertung vorhandener Daten/Unterlagen eine Bewertung des Restölpotentials vorzunehmen und eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel der Aufnahme der Förderung durchzuführen. Die vorgesehenen Arbeitsschritte werden als angemessen und sinnvoll angesehen, so dass dem Rechtsanspruch auf Erteilung der Berechtigung zu folgen wäre, falls nicht überwiegende öffentliche Interessen die Aufsuchung im gesamten zuzuteilenden Bewilligungsfeld ausschließen. Die Kosten für dieses Arbeitsprogramm werden auf ca. EURO geschätzt. Eine Kopie des Antrages ist beigelegt.

Es wird um Stellungnahme gebeten, ob Bedenken gegen das Vorhaben bestehen. Sofern Ihrerseits Bedenken bestehen, bitte ich mitzuteilen, ob sich diese auf das **gesamte** Bewilligungsfeld beziehen.

^{*)} BBergG – Bundesberggesetz vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 15 a des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

In der Annahme, dass ein Zeitraum bis zum **28.08.2012** auskömmlich ist, erbitte ich die Übersendung Ihrer Stellungnahme spätestens bis zu diesem Zeitpunkt. Sollte ich bis dahin keine gegenteilige Rückantwort von Ihnen erhalten, werde ich davon ausgehen, dass gegen die Erteilung der Bewilligung keine Bedenken bestehen.

Sollte Ihre Stellungnahme Karten- oder Schriftmaterial in gebundener Form beinhalten, erbitte ich diese Unterlagen in vierfacher Ausfertigung bzw. in digitaler Form auf Datenträger oder per E-Mail.

Mit derselben Zeitangabe sind nachfolgende Behörden bzw. die Deutsche Telekom AG um Stellungnahme gem. § 15 BBergG gebeten worden:

Wehrbereichsverwaltung Nord Hans-Böckler-Allee 16 30173 Hannover	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord Hindenburgufer 247 24106 Kiel
Deutsche Telekom AG Seekabel Stresemannstraße 4 28207 Bremen	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie Bernhard-Nocht-Straße 78 20359 Hamburg

Erläuterungen und Hinweise:

Die Erteilung einer Bewilligung berechtigt den Antragsteller nicht zu tatsächlichen Abbauhandlungen sondern gibt ihm lediglich aufgrund der nachzuweisenden Eignung (finanzielle, technische und formale Kriterien) das grundsätzliche Recht, Eigentum an dem betreffenden Bodenschatz im zugesprochenen Bewilligungsfeld zu erwerben. Tatsächliche Handlungen dürfen aber nur aufgrund zugelassener bergrechtlicher Betriebspläne (§ 52 ff BBergG) erfolgen.

Die jetzige Beteiligung dient lediglich der Feststellung, ob entsprechend § 11 Nr. 10 BBergG i. V. m. § 12 Abs. 1 überwiegende öffentliche Interessen die Gewinnung im gesamten zuzuteilenden Feld ausschließen. Am Betriebsplanverfahren werden Sie selbstverständlich erneut beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage



Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 11 53, 38669 Clausthal-Zellerfeld



**Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie**

Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein,
Hamburg, Bremen und Niedersachsen

Wehrbereichsverwaltung Nord
Hans-Böckler-Allee 16
30173 Hannover

Wasser- und Schifffahrts-
direktion Nord
Hindenburgufer 247
24106 Kiel

Deutsche Telekom AG
Seekabel
Stresemannstraße 4
28207 Bremen

Bundesamt für
Seeschifffahrt und Hydrographie
Bernhard-Nocht-Straße 78
20359 Hamburg

Bearbeitet von:

LBEG.niedersachsen.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)

Durchwahl: 05323-723248

Clausthal-Zellerfeld,
20.07.12

L2.2/L67212/11-11_05/2012-0001

Bewilligung Schwedeneck-See
Beteiligung nach § 15 BBergG*) zum Antrag auf Erteilung einer Bewilligung gem.
§ 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg, hat bei mir den Antrag auf Erteilung der Bewilligung „Schwedeneck-See“ zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen gestellt. Die Lage des Bewilligungsfeldes ist auf dem anliegenden Lageriss zu ersehen (ein Exemplar in elektronischer Form wird Ihnen auf Anfrage gern per E-Mail übermittelt).

Der Antragsteller beabsichtigt im beantragten Bewilligungszeitraum von vier Jahren nach Auswertung vorhandener Daten/Unterlagen eine Bewertung des Restölpotentials vorzunehmen und eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel der Aufnahme der Förderung durchzuführen. Die vorgesehenen Arbeitsschritte werden als angemessen und sinnvoll angesehen, so dass dem Rechtsanspruch auf Erteilung der Berechtigung zu folgen wäre, falls nicht überwiegende öffentliche Interessen die Aufsuchung im gesamten zuzuteilenden Bewilligungsfeld ausschließen. Die Kosten für dieses Arbeitsprogramm werden auf ca. Mio. EURO geschätzt. Eine Kopie des Antrages ist beigelegt.

*) BBergG – Bundesberggesetz vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 15 a des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

Es wird um Stellungnahme gebeten, ob Bedenken gegen das Vorhaben bestehen. Sofern Ihrerseits Bedenken bestehen, bitte ich mitzuteilen, ob sich diese auf das **gesamte** Bewilligungsfeld beziehen.

In der Annahme, dass ein Zeitraum bis zum **28.08.2012** auskömmlich ist, erbitte ich die Übersendung Ihrer Stellungnahme spätestens bis zu diesem Zeitpunkt. Sollte ich bis dahin keine gegenteilige Rückantwort von Ihnen erhalten, werde ich davon ausgehen, dass gegen die Erteilung der Bewilligung keine Bedenken bestehen.

Sollte Ihre Stellungnahme Karten- oder Schriftmaterial in gebundener Form beinhalten, erbitte ich diese Unterlagen in vierfacher Ausfertigung bzw. in digitaler Form auf Datenträger oder per E-Mail.

Erläuterungen und Hinweise:

Die Erteilung einer Bewilligung berechtigt den Antragsteller nicht zu tatsächlichen Abbauhandlungen sondern gibt ihm lediglich aufgrund der nachzuweisenden Eignung (finanzielle, technische und formale Kriterien) das grundsätzliche Recht, Eigentum an dem betreffenden Bodenschatz im zugesprochenen Bewilligungsfeld zu erwerben. Tatsächliche Handlungen dürfen aber nur aufgrund zugelassener bergrechtlicher Betriebspläne (§ 52 ff. BBergG) erfolgen.

Die jetzige Beteiligung dient lediglich der Feststellung, ob entsprechend § 11 Nr. 10 BBergG i. V. m. § 12 Abs. 1 überwiegende öffentliche Interessen die Gewinnung im gesamten zuzuteilenden Feld ausschließen. Am Betriebsplanverfahren werden Sie selbstverständlich erneut beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage



Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 11 53, 38669 Clausthal-Zellerfeld



**Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie**

Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein,
Hamburg, Bremen und Niedersachsen

RWE Dea AG
Überseering 40
22297 Hamburg

Bearbeitet von Herr

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)

Durchwahl (0 53 23) 72-

Clausthal-Zellerfeld

L2.2/L67212/11-11_05/2012-
0001

20.07.2012

E-Mail

@lbeg.niedersachsen.de

Bewilligung Schwedeneck-See
Beteiligung nach § 15 BBergG*) zum Antrag auf Erteilung einer Bewilligung gem.
§ 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

- Ihr Antrag vom 02.12.2011, ergänzt mit Schreiben vom 21.12.2011 - UOX-ED -

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihren im Betreff bezeichneten Antrag habe ich heute die Beteiligung nach § 15 Bundesberggesetz nach dem im Land Schleswig-Holstein vorgesehene Verfahren eingeleitet.

Dabei habe ich das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume über das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein sowie die Wehrbereichsverwaltung Nord, die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord, die Deutsche Telekom AG - Seekabel und das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie um Stellungnahme binnen einer Frist bis zum **28.08.2012** gebeten.

Für das Beteiligungsverfahren sind bereits sämtliche Exemplare des Lagerisses verbraucht worden. Für die spätere Bewilligungserteilung bitte ich um Übersendung von 4 weiteren Exemplaren.

Sie erhalten unaufgefordert weitere Nachricht, sobald der Stand der Bearbeitung dies erfordert.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

*) BBergG – Bundesberggesetz vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 15 a des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)

Von: PRT1020

An: Poststelle, Clausthal

CC:

Gesendet am: 28.08.2012 13:20:06

Betreff: Stellungnahme

Please open the attached document. This document was digitally sent to you using an HP Digital Sending device.



BUNDESAMT FÜR
SEESCHIFFFAHRT
UND
HYDROGRAPHIE

BSH · Postfach 30 12 20 · 20305 Hamburg

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
z.Hd.
Postfach 11 53
38669 Clausthal-Zellerfeld

Dienstsitz Hamburg

**Beteiligung nach § 15 BBergG zum Antrag auf Erteilung einer
Bewilligung gem. § 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von
Kohlenwasserstoffen**

**Schreiben des LBEG vom 20.07.2012, Az.: L2.2/L67212/11-
11_05/2012-0001,**

hier :Stellungnahme

Datum
28.08.2012
Durchwahl
+ 49 (0) 40 3190 -
Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
524/Schwedeneck-See/12
M5304

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr

die in den Antragsunterlagen aufgelisteten Eck-Koordinaten des beantragten Feldes „Schwedeneck See“ liegen innerhalb des Küstenmeeres (12 sm-Zone) von Schleswig-Holstein. Die in den Antragsunterlagen dargestellten Felder unterscheiden sich leicht in ihrer Ausdehnung.

Der seewärtige Bereich des Feldes „Schwedeneck See“ befindet sich nahezu komplett im Artillerieschießgebiet „Westliche Ostsee“. Der nord-westliche Teil des Feldes liegt in einem Verklappungsgebiet für Baggergut.

Die Antragstellerin beabsichtigt vorhandene Daten und Unterlagen für eine Bewertung des Restölpotenzials zu verwenden. Für den Fall einer Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel der Aufnahme der Förderung werden vermutlich weitere geophysikalische Untersuchungen im Hinblick auf Standsicherheitsfragen erforderlich sein.

Bei der voraussichtlich einzusetzenden 3D-Mehrkanalseismik werden in einigen Fällen die Hydrophonketten, die zur Aufnahme der Schallsignale aus dem Meeresuntergrund dienen, unter Verwendung von Scherbrettern – ähnlich denen in der Grundschieppnetzfisherei – positioniert. Diese Scherbretter haben in Abhängigkeit der Größe der Hydrophonketten Ausmaße von mehreren Metern und ein entsprechendes Gewicht.

Bernhard-Nocht-Str. 78
20359 Hamburg
Tel.: + 49 (0) 40 3190 - 0
Fax: + 49 (0) 40 3190 - 5000
posteingang@bsh.de
www.bsh.de

Bankverbindung:
Bundeskasse Kiel
zugunsten BSH
Deutsche Bundesbank
BLZ 210 000 00
Kto.-Nr. 210 010 30

IBAN:
DE42 2100 0000 0021 0010 30
BIC: MARKDEF1210



BUNDESAMT FÜR
SEESCHIFFFAHRT
UND
HYDROGRAPHIE

Für den Fall, dass derartige Scherbretter im o. a. Feld zum Einsatz kommen sollten, ist davon auszugehen, dass in Abhängigkeit des Sediments und den hydrographischen Bedingungen temporär relativ tiefe Furchen (dm-Bereich) im Meeresboden entstehen können.

 Mit freundlichen Grüßen

Von:
An: Poststelle, Clausthal
Gesendet am: 27.08.2012 15:09:30
Betreff: WG: Schwedeneck See, Antrag RWE Dea AG

Bitte den Eingang in das System übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Referat 2.7, Justizariat, Förderabgabe, Bergbauberechtigungen, Markscheidewesen
Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)
Dienstszitz Clausthal-Zellerfeld
An der Marktkirche 9

<http://www.lbeg.niedersachsen.de>

Von:
Gesendet: Montag, 27. August 2012 13:44
An:
Betreff: Schwedeneck See, Antrag RWE Dea AG

<<Schwedeneck Kohlenwasserstoffe RWE, Stn. WSD.pdf>>

Sehr geehrter Herr ,

als Anhang sende ich Ihnen die Stellungnahme der WSV zu dem mit Schreiben vom 20.07.2012 übermittelten Antrag der RWE Dea AG zur Bewilligung der Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen im Feld Schwedeneck See.

Eine zusätzliche Versendung in Papier werde ich nicht veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen
I. A.

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord
-Dezernat Planfeststellung und Wasserwegerecht-

Hindenburgufer 247
24106 Kiel

www.wsv.de

Wir machen Schifffahrt möglich.



Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord
Hindenburgufer 247 • 24106 Kiel

Landesamt für Bergbau, Energie u. Geologie
38669 Clausthal-Zellerfeld

ausschließlich per mail

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord
Hindenburgufer 247
24106 Kiel

Ihr Zeichen
L2.2/L67212/11-11_05/2012-0001

Mein Zeichen
P 141.6/98

27.08.2012

**Bewilligungsverfahren Schwedeneck-See nach § 8 BBergG
Beteiligung nach § 15 für Antrag RWE Dea AG**
Ihr Schreiben vom 20.07.2012

Telefon +49 (0)431 3394

Zentrale +49 (0)431 3394 0
Telefax +49 (0)431 3394
wsd-nord@wsv.bund.de
www.wsd-nord.wsv.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Bewilligungsverfahren, in dem es zunächst nur um das grundsätzliche Recht zum Eigentumserwerb an den betreffenden Bodenschätzen geht, habe ich aus Sicht der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) keinerlei Einwände gegen das Vorhaben.

Für die in einem gesonderten bergrechtlichen Verfahren nochmals zu behandelnden tatsächliche Abbauhandlungen besteht das Erfordernis einer strom- und schifffahrtspolizeilichen Genehmigung nach § 31 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG), in der die erforderlichen Auflagen und Bedingungen zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs festgelegt werden. Vor Zulassung des bergrechtlichen Betriebsplanes ist daher eine erneute Beteiligung der WSV sicherzustellen.

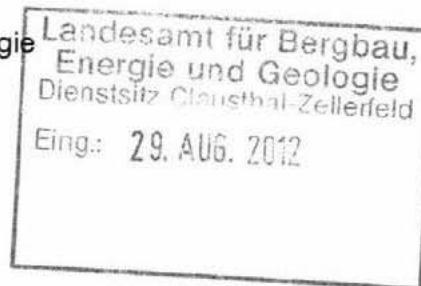
Ferner ist nach meiner Einschätzung eine gesonderte strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung für das Errichten und Betreiben von Anlagen sowie einer Seeleitung nebst Versorgungs- und Steuerkabel nötig.

Ich bitte um die Zusendung einer Durchschrift der Bewilligung sowohl an mich als auch an das Wasser- und Schifffahrtsamt Lübeck, Moltkeplatz 17, 23566 Lübeck.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

BSH · Postfach 30 12 20 · 20305 Hamburg

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
z.Hd. Herr
Postfach 11 00
38669 Clausthal-Zellerfeld



**BUNDESAMT FÜR
SEESCHIFFFAHRT
UND
HYDROGRAPHIE**

Dienstszitz Hamburg

**Beteiligung nach § 15 BBergG zum Antrag auf Erteilung einer
Bewilligung gem. § 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von
Kohlenwasserstoffen**

**Schreiben des LBEG vom 20.07.2012, Az.: L2.2/L67212/11-
11_05/2012-0001,**

hier :Stellungnahme

Datum
28.08.2012

Durchwahl
+ 49 (0) 40 3190 – M35

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
524/Swedeneck-See/12
M5304

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr

die in den Antragsunterlagen aufgelisteten Eck-Koordinaten des beantragten Feldes „Schwedeneck See“ liegen innerhalb des Küstenmeeres (12 sm-Zone) von Schleswig-Holstein. Die in den Antragsunterlagen dargestellten Felder unterscheiden sich leicht in ihrer Ausdehnung.

Der seewärtige Bereich des Feldes „Schwedeneck See“ befindet sich nahezu komplett im Artillerieschießgebiet „Westliche Ostsee“. Der nord-westliche Teil des Feldes liegt in einem Verklappungsgebiet für Baggergut.

Die Antragstellerin beabsichtigt vorhandene Daten und Unterlagen für eine Bewertung des Restölpotenzials zu verwenden. Für den Fall einer Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel der Aufnahme der Förderung werden vermutlich weitere geophysikalische Untersuchungen im Hinblick auf Standsicherheitsfragen erforderlich sein.

Bei der voraussichtlich einzusetzenden 3D-Mehrkanalseismik werden in einigen Fällen die Hydrophonketten, die zur Aufnahme der Schallsignale aus dem Meeresuntergrund dienen, unter Verwendung von Scherbrettern – ähnlich denen in der Grundschieppnetzfisherei – positioniert. Diese Scherbretter haben in Abhängigkeit der Größe der Hydrophonketten Ausmaße von mehreren Metern und ein entsprechendes Gewicht.

Bernhard-Nocht-Str. 78
20359 Hamburg
Tel.: + 49 (0) 40 3190 – 0
Fax: + 49 (0) 40 3190 – 5000
posteingang@bsh.de
www.bsh.de

Bankverbindung:
Bundeskasse Kiel
zugunsten BSH
Deutsche Bundesbank
BLZ 210 000 00
Kto.-Nr. 210 010 30

IBAN:
DE42 2100 0000 0021 0010 30
BIC: MARKDEF1210



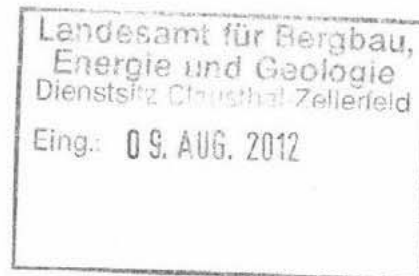
BUNDESAMT FÜR
SEESCHIFFFAHRT
UND
HYDROGRAPHIE

Für den Fall, dass derartige Scherbretter im o. a. Feld zum Einsatz kommen sollten, ist davon auszugehen, dass in Abhängigkeit des Sediments und den hydrographischen Bedingungen temporär relativ tiefe Furchen (dm-Bereich) im Meeresboden entstehen können.

A
Mit freundlichen Grüßen

Deutsche Telekom AG
Seekabel, Stresemannstr. 4, 28207 Bremen

Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie
Postfach 1153
38669 Clausthal-Zellerfeld



Ihre Referenzen	L2.2/L67212/11-11_05/2012-0001 vom 20.07.2012
Ansprechpartner	Seekabel, Bearbeiter:
Durchwahl	(04 21) 51 55-53 21 (Neue Telefonnummer seit 18. Nov 2011)
Datum	06.08.2012
Betrifft	Bewilligung Schwedeneck-See Beteiligung nach § 15 BBergG zum Antrag auf Erteilung einer Bewilligung gem. § 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Positionen der im Land- und Küstenbereich vorhandenen
Fernmeldekabel der Deutschen Telekom sollte die Antragstellerin
erfragen über

e-mail Planauskunft.Kiel@telekom.de

bzw. Deutsche Telekom
Planauskunft Kiel
PTI 11
Rungholtstr. 9
25746 Heide

Telef.: (0481) 916644

Im Seegebiet des Bewilligungsfeldes „Schwedeneck-See“ sind bei
uns keine Unterwasserkabel für Telekommunikation bekannt.

Mit freundlichen Grüßen

Deutsche Telekom AG
Stresemannstr. 4, 28207 Bremen
Telefon: +49 421 5155-5321, Telefax: +49 421 5155-5321, Internet: www.telekom.com
Postbank Saarbrücken (BLZ 590 100 66), Kto.-Nr. 166 095 662
IBAN: DE09 590 100 66 01 66 09 56 62, SWIFT-BIC: PBNKDEFF330
Prof. Dr. Ulrich Lehner (Vorsitzender)
René Obermann (Vorsitzender)
Dr. Thomas Kremer, Reinhard Clemens, Niek Jan van Damme,
Timotheus Hötges, Claudia Nemat, Prof. Dr. Marion Schick
Amtsgericht Bonn HRB 6794, Sitz der Gesellschaft: Bonn
USt-IdNr. DE 123475223

Hausanschrift
Postanschrift
Telekontakte
Konto

Aufsichtsrat
Vorstand

Handelsregister



Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume | Postfach 71 51 | 24171 Kiel
Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie
Postfach 11 53
38659 Clausthal-Zellerfeld

Ihr Zeichen: L2.2/L67212/11_05/2012-0001
Ihre Nachricht vom: 20. Juli 2012
Mein Zeichen: 5312.11-99-7.1
Meine Nachricht vom:



@melur.landsh.de
Telefon: 0431 988-
Telefax: 0431 988-

17. Oktober 2012

Bewilligung Schwedeneck-See

**Beteiligung nach § 15 BBergG zum Antrag auf Erteilung einer Bewilligung gem.
§ 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen**

Mit o.g. Schreiben vom 20. Juli 2012 teilten Sie mir mit, dass die RWE Dea AG einen Antrag auf Erteilung der Bewilligung „Schwedeneck-See“ zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen gestellt hat. Danach beabsichtigt die Antragstellerin im beantragten Bewilligungszeitraum von vier Jahren nach Auswertung vorhandener Daten/Unterlagen eine Bewertung des Restölpotenzials vorzunehmen und eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel der Aufnahme der Förderung durchzuführen.

Aus dem beigelegten Antrag der RWE Dea AG geht weiterhin hervor, dass auch die Möglichkeit einer Extended-Reach-Bohrung geprüft werden soll, wodurch jedoch die Aquisition von Seismik notwendig wird. Die Durchführung der Seismik würde einen entsprechenden Verlängerungsantrag nach sich ziehen. Es wird hierbei unsererseits davon ausgegangen, dass diese Untersuchungen (auch) den aquatischen Bereich (die Gewässer der Eckernförder Bucht) umfassen.

Mit Datum vom 28. September 2012 hat uns die RWE Dea AG hierzu weitere Unterlagen zukommen lassen, die parallel auch an Sie gegangen sind.

Zu dem o.g. Antrag nehme ich wie folgt Stellung:

Die Wiedererschließungsbohrung wie auch das beantragte Bewilligungsfeld liegen im Bereich folgender europäischer Schutzgebiete (Natura 2000-Gebiete):

1. EG-Vogelschutzgebiet DE 1524-491 „Eckernförder Bucht mit Flachgründen“
2. FFH-Gebiet DE 1526-391 „Südküste der Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe“
3. FFH-Gebiet DE 1526-353 „Naturwald Stodthagen und angrenzende Hochmoore“

Diese Gebiete und ihre gebietsspezifischen Erhaltungsziele sind öffentlich bekannt gemacht worden und stehen im Internet unter [http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05 Natura2000/023 FFH Gebiete/ein_node.html](http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html) zur Verfügung.

Nach § 33 Abs. 1 BNatSchG sind alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen können, unzulässig. Dieses gilt für Projekte (§ 34 BNatSchG) – einzeln wie auch im Zusammenwirken mit anderen Plänen und Projekten – wie auch für Pläne (Pläne, die bei behördlichen Entscheidungen zu beachten oder zu berücksichtigen sind) gleichermaßen (§ 36 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 BNatSchG).

Zum Schutzzweck des o.g. FFH-Gebietes „Südküste Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe“ gehört u.a. der Schutz der Schweinswale. Dieser Schutzzweck beinhaltet die Erhaltung

- lebensfähiger Bestände und eines natürlichen Reproduktionsvermögens, einschließlich des Überlebens der Jungtiere,
- von naturnahen Küstengewässern der Ostsee, insbesondere von produktiven Flachwasserzonen bis 20 m Tiefe,
- von störungsarmen Bereichen mit geringer Unterwasserschallbelastung,
- der Nahrungsfischbestände sowie
- Sicherstellung einer möglichst geringen Schadstoffbelastung der Küstengewässer.

Eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel einer Aufnahme der Förderung auf See wie auch die mit einer Extended-Reach-Bohrung verbundene Seismik läuft diesen Erhaltungszielen entgegen. Es bestehen somit erhebliche Bedenken gegen die beantragte Wiedererschließungsbohrung sowie gegen eine mit Seismik verbundene Extended-Reach-Bohrung. Sollten seismische Untersuchungen auch im Zusammenhang mit der beantragten Wiedererschließungsbohrung oder im Zusammenhang mit der anschließenden Förderung notwendig sein, so gilt dieses gleichermaßen auch für diese.

Der Schweinswal gehört zu den bedrohten Tierarten. Die Staaten der Europäischen Union sind u.a. aufgrund der FFH-Richtlinie (Art. 12 Buchstabe b der FFH-Richtlinie untersagt jede Beeinträchtigung) und dem Kleinwalabkommen ASCOBANS verpflichtet, Schweinswale zu schützen. Er gehört als Anhang IV-Art zu den streng geschützten Arten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG.

Die Tötung oder Verletzung der Tiere durch Lärm (Seismik/Rammungen) fallen unter die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG.

Auf der gesamten Küstenlänge befindet sich ein parallel verlaufendes Geotop mit gesetzlich geschützten Biotopen (Steilküste, Küstendüne). Ein bis zu 1 km breiter küstenparalleler Streifen ist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Auf der Höhe Dänisch Nienhof/Marienhof befindet sich weiterhin das FFH-Gebiet DE 1523-353 „Stohl“, das den Lebensraum einer Rotbauchunkenpopulation umfasst, die gemäß der Roten Liste der Amphibien und Reptilien für Schleswig-Holstein als stark gefährdet gilt. Gleichzeitig zählt sie laut Anhang II der FFH-Richtlinie zu den Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse, für deren Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen.

Sowohl im Bereich des Küstensaumes als auch im anschließenden Wald- und Niederungskomplex befindet sich eine Vielzahl gesetzlich geschützter Biotope wie Knicks und Bachschluchten, die von großer Bedeutung für die dauerhafte Sicherung von Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätte sind.

Die Erteilung einer Bewilligung verleiht der Inhaberin das grundsätzliche Recht zur Aufsuchung und zur Gewinnung des betreffenden Bodenschatzes im zugesprochenen Bewilligungsfeld, auch wenn tatsächliche Handlungen nur aufgrund zugelassener bergrechtlicher Betriebspläne erfolgen dürfen.

Die von Ihnen veranlasste Beteiligung nach § 15 BBergG soll sicherstellen, dass öffentliche Belange dem beantragten Vorhaben nicht entgegenstehen. Gemäß § 11 Nr. 10 ist daher von unserer Seite zu klären, ob im gesamten beantragten Feld überwiegende öffentliche Interessen – in diesem Fall Interessen des Natur- und Artenschutzes – das Vorhaben ausschließen. Aufgrund der vorstehenden Ausführungen komme ich zu dem Schluss, dass Interessen des Natur- und Artenschutzes das beantragte Vorhaben im gesamten Feld ausschließen.

Mit freundlichen Grüßen

0. Vermerk:

Nach den Stellungnahmen der Wehrbereichsverwaltung Nord, der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord, des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie, der Deutschen Telekom und des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume ist eine Nutzung im gesamten Feld nicht ausgeschlossen. Die Hinweise sind ggf. im Rahmen eines Betriebsplanverfahrens zu berücksichtigen. Das zuständige Fachreferat erhält diese Stellungnahmen zur Kenntnis.

Dem Antrag auf Erteilung der Bewilligung für den Zeitraum von 4 Jahren kann somit stattgegeben werden. Sie beginnt demnach am 01.04.2013 und läuft am 31.03.2017 ab.

Nach dem Prüfungsbericht zum Lageriss vom 25.01.2012 befinden sich keine Erdölaltverträge in dem Bewilligungsfeld.

Die Anfertigung dieses Bescheides erfolgte nach Rücksprache mit Herr _____ aufgrund der Weisungen des MELUR gemäß der E-Mail _____ vom 05.03.2013. Mitzeichnungen der Sachbearbeitung erfolgen insoweit, als sie arbeits- und programmtechnisch erforderlich sind, um vorgegebene Terminierungen einzuhalten. Im Bescheidteil wurden Laufzeitbeginn und Laufzeitende angepasst und unter „Hinweise“ im ersten Satz im Wort „nachgewiesenden“ das „d“ gestrichen.

Zur Gebühr: Der Wert der Bewilligung für das Unternehmen sowie der Arbeitsaufwand der Bewilligung führen zu einer Gebühr von _____ Euro pro Bewilligungsjahr. Das ergibt in diesem Falle eine Gesamtgebühr von _____ Euro. Auslagen sind mit der Gebühr bereits abgegolten.

Zum Rechtsbehelf: Im Land Schleswig-Holstein wurde das Widerspruchsverfahren nicht abgeschafft.

1. L2.7, Herrn _____ zur Kenntnis

2. **Kanzlei mit der Bitte um:**
Kontierung/ Mengenerfassung/ Kassenzeichenvergabe (Verwaltungsgebühren) für

Schl.-H.:	Betrag:	EURO
PSP-Elemente:	L-L000001.C.B	(Menge: 1)
Kostenstelle:	L2070000	
Finanzstelle:	L200	

Gebührenschildner: siehe Adressat zu 3.

Fertigung der Reinschrift zu 3. und der Verwaltungskostenrechnung.

Die Beglaubigungsvermerke sind auf den Lagerissen mit Datum und Aktenzeichen dieser Verfügung zu versehen. Die 1. Ausfertigung des Lagerisses (Lageriss und Anlage zur Karte f. d. Bewilligungsfeld) ist mit dem Bewilligungsbescheid zur Unterschrift vorzulegen. Die weiteren Ausfertigungen der Lagerisse (einschl. der Anlage) sind zu beglaubigen. Ihnen sind beglaubigte Abschriften der Bewilligungsbescheide in entsprechender Anzahl beizufügen.

Unterschriebener Bewilligungsbescheid und unterschriebene 1. Ausfertigung des Lagerisses (einschl. der Anlage) sind durch Schnur und Siegel Schleswig-Holstein zu verbinden.

Versand:

Anlagensatz (im ELVIS komplett hinterlegt) besteht aus:

- Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie vom 28.08.2012
- Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume vom 17.10.2012
- Deutsche Telekom vom 20.07.2012
- Wehrbereichsverwaltung Nord vom 10.09.2012
- Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord vom 27.08.2012
- Merkblatt zur Erhebung von geophysikalischen und geologischen Daten aus Kohlenwasserstoff-Erlaubnis- und Bewilligungsfeldern sowie Untertage-Porenspeichern

Per E-Mail erhalten nachfolgende Adressaten den Bewilligungsbescheid mit folgendem Text übermittelt:

für:

Ablichtungen von Stellungnahmen der nach § 15 BBergG beteiligten Behörden und der Deutschen Telekom sind zur Information im Hinblick auf spätere Betriebsplanverfahren beigelegt.

Eine Verwaltungskostenrechnung ist ebenfalls beigelegt.

Hinweis:

Die Gewinnung aus dem Bewilligungsfeld ist förderabgabepflichtig. Die Abgabe der Voranmeldungen und Erklärungen zur Förderabgabe erfolgt über ein **Online-Verfahren**. Weitere Informationen hierzu entnehmen Sie bitte der Internetseite des LBEG unter dem Thema Bergbau/Feldes- und Förderabgabe.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

4. L 1.4, Herrn _____ mit der Bitte um Eintrag im Berechtsamsbuch
Zuteilung: 01.04.2013 bis 31.03.2017

und um Angabe der Nettoerlaubnisfeldfläche der Preetz Restfläche nach Erteilung der Bewilligung Schwedeneck See

- 5 Zur Kenntnis an:

6. Registratur: Bitte mit Beglaubigungsvermerken versehenen Bewilligungsbescheid einschl. Lageriss einscannen und an den Sachbearbeiter direkt in ELVIS zustellen. (Zweck ist die Dokumentation der Zuteilungsurkunde)

7. L 2.7, Herrn _____ für die Statistik zum Vermerk (Erteilung einer Bewilligung)

8. Wv. am 15.07.2016 (Gewinnungsaufnahme absehbar? - § 18 Abs. 3, Widerrufsgrund gegeben? Eintrag in das VAS erforderlich?)

9. Wv. am 01.02.2017 (Verlängerungsantrag gestellt? Ablaufdatum: 31.03.2017)

	L2, Herr	o.V.i.A.	L2.7, Herr
	Nz.		Nz.
LBEG CLZ, den			08.03.2013

Bewilligungsbescheid

Nr. 1 Gemäß §§ 8, 10 und 12 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, wird der RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg, auf den Antrag vom 02.12.2011 die Bewilligung erteilt, in dem Feld Schwedeneck-See Kohlenwasserstoffe innerhalb der rot umrandeten Begrenzung des zu dieser Bewilligung gehörenden Lagerisses aufzusuchen und zu gewinnen.

Das Bewilligungsfeld erstreckt sich über eine Fläche von 44.556.300 Quadratmetern. Die vom Bewilligungsfeld berührten Landflächen liegen im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Die berührten Meeresflächen der Ostsee befinden sich in der 12 Seemeilen-Zone, dem Küstenmeer des Landes Schleswig-Holsteins.

Nr. 2 Die Bewilligung wird vom 01.04.2013 für die Dauer von 4 Jahren bis zum 31.03.2017 erteilt.

Nr. 3 Für die Erteilung der Bewilligung erhebe ich gemäß Tarifstelle 3.2.2 des Allgemeinen Gebührentarifs der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 15.10.2008 (GVOBl. Schl.-H. 2008, S. 383), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, eine Verwaltungsgebühr von Euro.

Hinweise:

Die Erteilung einer Bewilligung nach § 8 BBergG stellt einen Rechtstitel dar, mit dem ihnen aufgrund der nachgewiesenen Eignung das grundsätzliche und ausschließliche Recht zugewiesen wird, die Aufsuchung und Gewinnung des in der Bewilligung bezeichneten Bodenschatzes (Kohlenwasserstoffe) in dem zugesprochenen Bewilligungsfeld vorzunehmen und das Eigentum an diesem Bodenschatz zu erwerben. Tatsächliche Aufsuchungs- und Gewinnungshandlungen, wie etwa die im Antrag genannte Wiedererschließungsbohrung oder eine mit Seismik verbundene Extended-Reach-Bohrung, sind nicht Gegenstand dieser Bewilligung. Über ihre mögliche Zulassung ist ggf. in einem separaten Verfahren zur Zulassung eines Betriebsplanes (§ 51 ff BBergG) zu entscheiden.

Gleichwohl mache ich schon jetzt darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Beteiligung nach § 15 BBergG die oberste Naturschutzbehörde des Landes Schleswig-Holstein schon im Verfahren nach § 8 BBergG sowohl zu einer später möglichen Wiedererschließungsbohrung sowie ggf. erforderlicher Seismik, als auch einer späteren möglichen Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen, insbesondere eine mit Seismik verbundene Extentend-Reach-Bohrung, erhebliche naturschutzfachliche Bedenken geltend gemacht hat. Danach sollen die nachfolgend aufgeführten europäischen Schutzgebiete (Natura 2000-Gebiet) unabhängig von den rechtlichen Bestimmungen für weitere Maßnahmen und Vorhaben im Rahmen der Betriebspläne nicht in Anspruch genommen werden.

1. EG-Vogelschutzgebiet DE 1524-491 "Eckernförder Bucht mit Flachgründen"
2. FFH-Gebiet DE 1526-391 „Südküste der Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe"
3. FFH-Gebiet DE 1526-353 „Naturwald Stodthagen und angrenzende Hochmoore"

Diese Natura 2000-Gebiete sind der EU-Kommission verbindlich gemeldet und mit ihren gebietsspezifischen Erhaltungszielen öffentlich bekannt gemacht. Alle erforderlichen Informationen zu den Gebieten stehen im Internet unter http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html zur Verfügung.

Das beantragte Bewilligungsfeld und evtl. damit verbundene Maßnahmen liegen im Bereich dieser Gebiete. Ich mache darauf aufmerksam, dass nach § 33 Abs. 1 BNatSchG alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebietes in seinem für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile führen können, unzulässig sind.

Zum Schutzzweck des o.g. FFH-Gebietes „Südküste Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe“ gehört u.a. der Schutz der Schweinswale. Dieser Schutzzweck beinhaltet die Erhaltung

- lebensfähiger Bestände und eines natürlichen Reproduktionsvermögens, einschließlich des Überlebens der Jungtiere,
- von naturnahen Küstengewässern der Ostsee, insbesondere von produktiven Flachwasserzonen bis 20 m Tiefe,
- von störungsarmen Bereichen mit geringer Unterwasserschallbelastung,
- der Nahrungsfischbestände sowie
- Sicherstellung einer möglichst geringen Schadstoffbelastung der Küstengewässer.

Diese Aspekte sind auch zur Erreichung der Ziele der EG-Wasserrahmenrichtlinie und der EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie in den gesamten Küstengewässern von Relevanz.

Der Schweinswal gehört darüber hinaus zu den bedrohten Tierarten. Die Staaten der Europäischen Union sind u.a. aufgrund der FFH-Richtlinie (Art. 12 Buchstabe b der FFH-Richtlinie untersagt jede Beeinträchtigung) und dem Kleinwalabkommen ASCOBANS verpflichtet, Schweinswale zu schützen. Er gehört als Anhang IV-Art zu den streng geschützten Arten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 16 BNatSchG.

Die Tötung, Verletzung oder erhebliche Störung der Tiere fallen unter die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG. Dies ist insbesondere mit dem durch Seismik oder auch durch Rammung verbundenen Lärm zu befürchten.

Vor diesem Hintergrund unterliegt nach heutiger Kenntnislage ein Antrag auf eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel einer Aufnahme der Förderung auf See wie auch die mit einer Extended-Reach-Bohrung im marinen Bereich verbundene Seismik im Rahmen eines Betriebsplanverfahrens durchgreifenden, erheblichen naturschutzrechtlichen Bedenken. Eine mögliche Genehmigungsfähigkeit entsprechender Anträge ist daher ungewiss. Dies gilt insbesondere für seismische Untersuchungen im marinen Bereich, denen artenschutzrechtliche Bestimmungen (Schweinswal) sowie der Schutzzweck des o.g. marinen Natura 2000-Schutzgebietes (Schweinswal) entgegenstehen und für die eine Genehmigungsfähigkeit derzeit nicht gesehen wird.

Darüber hinaus befindet sich auf der gesamten Küstenlänge ein parallel verlaufendes Geotop mit gesetzlich geschützten Biotopen (Steilküste, Küstendüne). Ein bis zu 1 km breiter küstenparalleler Streifen ist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.

Auf der Höhe Dänisch Nienhof/Marienhof befindet sich weiterhin das FFH-Gebiet DE 1623-363 „Stohl“, das den Lebensraum einer Rotbauchunkenpopulation umfasst, die gemäß der Roten Liste der Amphibien und Reptilien für Schleswig-Holstein als stark gefährdet gilt. Gleichzeitig zählt sie laut Anhang II der FFH-Richtlinie zu den Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse, für deren Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen.

Sowohl im Bereich des Küstensaumes als auch im anschließenden Wald- und Niederungskomplex befindet sich eine Vielzahl gesetzlich geschützter Biotope wie Knicks und Bachschluchten, die von großer Bedeutung für die dauerhafte Sicherung von Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätte sind.

Auch diese naturschutzrechtlichen Aspekte sind in einem nachfolgenden Betriebsplan-Zulassungsverfahren vertieft zu prüfen.

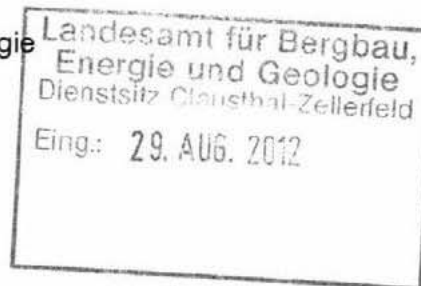
Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid sowie die Verwaltungskostenfestsetzung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen, in 38678 Clausthal-Zellerfeld, An der Marktkirche 9, einzulegen.

Clausthal-Zellerfeld, den
Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Geschäftszeichen/Dienstsiegel

BSH · Postfach 30 12 20 · 20305 Hamburg

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
z.Hd.
Postfach 11 53
38669 Clausthal-Zellerfeld



**BUNDESAMT FÜR
SEESCHIFFFAHRT
UND
HYDROGRAPHIE**

Dienstszitz Hamburg

**Beteiligung nach § 15 BBergG zum Antrag auf Erteilung einer
Bewilligung gem. § 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von
Kohlenwasserstoffen**

**Schreiben des LBEG vom 20.07.2012, Az.: L2.2/L67212/11-
11_05/2012-0001,**

hier :Stellungnahme

Datum
28.08.2012
Durchwahl
+ 49 (0) 40 3190 -
Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
524/Swedeneck-See/12
M5304

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter

die in den Antragsunterlagen aufgelisteten Eck-Koordinaten des beantragten Feldes „Schwedeneck See“ liegen innerhalb des Küstenmeeres (12 sm-Zone) von Schleswig-Holstein. Die in den Antragsunterlagen dargestellten Felder unterscheiden sich leicht in ihrer Ausdehnung.

Der seewärtige Bereich des Feldes „Schwedeneck See“ befindet sich nahezu komplett im Artillerieschießgebiet „Westliche Ostsee“. Der nord-westliche Teil des Feldes liegt in einem Verklappungsgebiet für Baggergut.

Die Antragstellerin beabsichtigt vorhandene Daten und Unterlagen für eine Bewertung des Restölpotenzials zu verwenden. Für den Fall einer Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel der Aufnahme der Förderung werden vermutlich weitere geophysikalische Untersuchungen im Hinblick auf Standsicherheitsfragen erforderlich sein.

Bei der voraussichtlich einzusetzenden 3D-Mehrkanalseismik werden in einigen Fällen die Hydrophonketten, die zur Aufnahme der Schallsignale aus dem Meeresuntergrund dienen, unter Verwendung von Scherbrettern – ähnlich denen in der Grundschieppnetzfisherei – positioniert. Diese Scherbretter haben in Abhängigkeit der Größe der Hydrophonketten Ausmaße von mehreren Metern und ein entsprechendes Gewicht.

Bernhard-Nocht-Str. 78
20359 Hamburg
Tel.: + 49 (0) 40 3190 - 0
Fax: + 49 (0) 40 3190 - 5000
posteingang@bsh.de
www.bsh.de

Bankverbindung:
Bundeskasse Kiel
zugunsten BSH
Deutsche Bundesbank
BLZ 210 000 00
Kto.-Nr. 210 010 30

IBAN:
DE42 2100 0000 0021 0010 30
BIC: MARKDEF1210



BUNDESAMT FÜR
SEESCHIFFFAHRT
UND
HYDROGRAPHIE

Für den Fall, dass derartige Scherbretter im o. a. Feld zum Einsatz kommen sollten, ist davon auszugehen, dass in Abhängigkeit des Sediments und den hydrographischen Bedingungen temporär relativ tiefe Furchen (dm-Bereich) im Meeresboden entstehen können.

Mit freundlichen Grüßen



Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume | Postfach 71 51 | 24171 Kiel

Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie
Postfach 11 53
38659 Clausthal-Zellerfeld

Ihr Zeichen: L2.2/L67212/11_05/2012-0001

Ihre Nachricht vom: 20. Juli 2012

Mein Zeichen: 5312.11-99-7.1

Meine Nachricht vom:

**Landesamt für Bergbau
Energie und Geologie**
Dienstszitz Clausthal-Zellerfeld

Eing.: 1 9. OKT. 2012

@melur.landsh.de
Telefon: 0431 988-
Telefax: 0431 988-

17. Oktober 2012

Bewilligung Schwedeneck-See

**Beteiligung nach § 15 BBergG zum Antrag auf Erteilung einer Bewilligung gem.
§ 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen**

Mit o.g. Schreiben vom 20. Juli 2012 teilten Sie mir mit, dass die RWE Dea AG einen Antrag auf Erteilung der Bewilligung „Schwedeneck-See“ zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen gestellt hat. Danach beabsichtigt die Antragstellerin im beantragten Bewilligungszeitraum von vier Jahren nach Auswertung vorhandener Daten/Unterlagen eine Bewertung des Restölpotenzials vorzunehmen und eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel der Aufnahme der Förderung durchzuführen.

Aus dem beigegeführten Antrag der RWE Dea AG geht weiterhin hervor, dass auch die Möglichkeit einer Extended-Reach-Bohrung geprüft werden soll, wodurch jedoch die Aquisition von Seismik notwendig wird. Die Durchführung der Seismik würde einen entsprechenden Verlängerungsantrag nach sich ziehen. Es wird hierbei unsererseits davon ausgegangen, dass diese Untersuchungen (auch) den aquatischen Bereich (die Gewässer der Eckernförder Bucht) umfassen.

Mit Datum vom 28. September 2012 hat uns die RWE Dea AG hierzu weitere Unterlagen zukommen lassen, die parallel auch an Sie gegangen sind.

Zu dem o.g. Antrag nehme ich wie folgt Stellung:

Die Wiedererschließungsbohrung wie auch das beantragte Bewilligungsfeld liegen im Bereich folgender europäischer Schutzgebiete (Natura 2000-Gebiete):

1. EG-Vogelschutzgebiet DE 1524-491 „Eckernförder Bucht mit Flachgründen“
2. FFH-Gebiet DE 1526-391 „Südküste der Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe“
3. FFH-Gebiet DE 1526-353 „Naturwald Stodthagen und angrenzende Hochmoore“

Diese Gebiete und ihre gebietsspezifischen Erhaltungsziele sind öffentlich bekannt gemacht worden und stehen im Internet unter [http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05 Natura2000/023 FFH Gebiete/ein_node.html](http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html) zur Verfügung.

Nach § 33 Abs. 1 BNatSchG sind alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen können, unzulässig. Dieses gilt für Projekte (§ 34 BNatSchG) – einzeln wie auch im Zusammenwirken mit anderen Plänen und Projekten – wie auch für Pläne (Pläne, die bei behördlichen Entscheidungen zu beachten oder zu berücksichtigen sind) gleichermaßen (§ 36 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 BNatSchG).

Zum Schutzzweck des o.g. FFH-Gebietes „Südküste Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe“ gehört u.a. der Schutz der Schweinswale. Dieser Schutzzweck beinhaltet die Erhaltung

- lebensfähiger Bestände und eines natürlichen Reproduktionsvermögens, einschließlich des Überlebens der Jungtiere,
- von naturnahen Küstengewässern der Ostsee, insbesondere von produktiven Flachwasserzonen bis 20 m Tiefe,
- von störungsarmen Bereichen mit geringer Unterwasserschallbelastung,
- der Nahrungsfischbestände sowie
- Sicherstellung einer möglichst geringen Schadstoffbelastung der Küstengewässer.

Eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel einer Aufnahme der Förderung auf See wie auch die mit einer Extended-Reach-Bohrung verbundene Seismik läuft diesen Erhaltungszielen entgegen. Es bestehen somit erhebliche Bedenken gegen die beantragte Wiedererschließungsbohrung sowie gegen eine mit Seismik verbundene Extentend-Reach-Bohrung. Sollten seismische Untersuchungen auch im Zusammenhang mit der beantragten Wiedererschließungsbohrung oder im Zusammenhang mit der anschließenden Förderung notwendig sein, so gilt dieses gleichermaßen auch für diese.

Der Schweinswal gehört zu den bedrohten Tierarten. Die Staaten der Europäischen Union sind u.a. aufgrund der FFH-Richtlinie (Art. 12 Buchstabe b der FFH-Richtlinie untersagt jede Beeinträchtigung) und dem Kleinwalabkommen ASCOBANS verpflichtet, Schweinswale zu schützen. Er gehört als Anhang IV-Art zu den streng geschützten Arten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG.

Die Tötung oder Verletzung der Tiere durch Lärm (Seismik/Rammungen) fallen unter die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG.

Auf der gesamten Küstenlänge befindet sich ein parallel verlaufendes Geotop mit gesetzlich geschützten Biotopen (Steilküste, Küstendüne). Ein bis zu 1 km breiter küstenparalleler Streifen ist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Auf der Höhe Dänisch Nienhof/Marienhof befindet sich weiterhin das FFH-Gebiet DE 1523-353 „Stohl“, das den Lebensraum einer Rotbauchunkenpopulation umfasst, die gemäß der Roten Liste der Amphibien und Reptilien für Schleswig-Holstein als stark gefährdet gilt. Gleichzeitig zählt sie laut Anhang II der FFH-Richtlinie zu den Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse, für deren Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen.

Sowohl im Bereich des Küstensaumes als auch im anschließenden Wald- und Niederungskomplex befindet sich eine Vielzahl gesetzlich geschützter Biotope wie Knicks und Bachschluchten, die von großer Bedeutung für die dauerhafte Sicherung von Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätte sind.

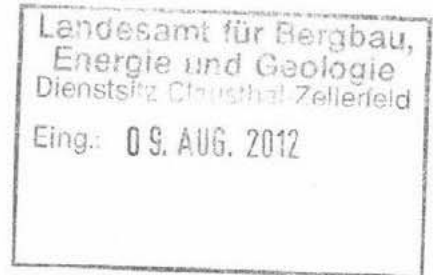
Die Erteilung einer Bewilligung verleiht der Inhaberin das grundsätzliche Recht zur Aufsuchung und zur Gewinnung des betreffenden Bodenschatzes im zugesprochenen Bewilligungsfeld, auch wenn tatsächliche Handlungen nur aufgrund zugelassener bergrechtlicher Betriebspläne erfolgen dürfen.

Die von Ihnen veranlasste Beteiligung nach § 15 BBergG soll sicherstellen, dass öffentliche Belange dem beantragten Vorhaben nicht entgegenstehen. Gemäß § 11 Nr. 10 ist daher von unserer Seite zu klären, ob im gesamten beantragten Feld überwiegende öffentliche Interessen – in diesem Fall Interessen des Natur- und Artenschutzes – das Vorhaben ausschließen. Aufgrund der vorstehenden Ausführungen komme ich zu dem Schluss, dass Interessen des Natur- und Artenschutzes das beantragte Vorhaben im gesamten Feld ausschließen.

Mit freundlichen Grüßen

Deutsche Telekom AG
Seekabel, Stresemannstr. 4, 28207 Bremen

Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie
Postfach 1153
38669 Clausthal-Zellerfeld



Ihre Referenzen	L2.2/L67212/11-11_05/2012-0001 vom 20.07.2012
Ansprechpartner	Seekabel, Bearbeiter:
Durchwahl	(04 21) 51 55-53 21 (Neue Telefonnummer seit 18. Nov 2011)
Datum	06.08.2012
Betrifft	Bewilligung Schwedeneck-See Beteiligung nach § 15 BBergG zum Antrag auf Erteilung einer Bewilligung gem. § 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Positionen der im Land- und Küstenbereich vorhandenen
Fernmeldekabel der Deutschen Telekom sollte die Antragstellerin
erfragen über

e-mail Planauskunft.Kiel@telekom.de

bzw. Deutsche Telekom
Planauskunft Kiel
PTI 11
Rungholtstr. 9
25746 Heide

Telef.: (0481) 916644

Im Seegebiet des Bewilligungsfeldes „Schwedeneck-See“ sind bei
uns keine Unterwasserkabel für Telekommunikation bekannt.

Mit freundlichen Grüßen

Deutsche Telekom AG
Stresemannstr. 4, 28207 Bremen
Telefon: +49 421 5155-5321, Telefax: +49 421 5155-5321, Internet: www.telekom.com
Postbank Saarbrücken (BLZ 590 100 66), Kto.-Nr. 166 095 662
IBAN: DE09 590 100 66 01 66 09 56 62, SWIFT-BIC: PBNKDEFF330
Prof. Dr. Ulrich Lehner (Vorsitzender)
René Obermann (Vorsitzender)
Dr. Thomas Kremer, Reinhard Clemens, Niek Jan van Damme,
Timotheus Hötges, Claudia Nemat, Prof. Dr. Marion Schick
Amtsgericht Bonn HRB 6794, Sitz der Gesellschaft: Bonn
USt-IdNr. DE 123475223

Hausanschrift
Postanschrift
Telekontakte
Konto

Aufsichtsrat
Vorstand

Handelsregister

Von:

An:

Gesendet am: 27.08.2012 15:09:30

Betreff: WG: Schwedeneck See, Antrag RWE Dea AG

Bitte den Eingang in das System übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Referat 2.7, Justizariat, Förderabgabe, Bergbauberechtigungen, Markscheidewesen
Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)
Dienstszitz Clausthal-Zellerfeld
An der Marktkirche 9
38678 Clausthal-Zellerfeld

<http://www.lbeg.niedersachsen.de>

Von

Gesendet: Montag, 27. August 2012 13:44

An:

Betreff: Schwedeneck See, Antrag RWE Dea AG

<<Schwedeneck Kohlenwasserstoffe RWE, Stn. WSD.pdf>>

Sehr geehrter Herr ,

als Anhang sende ich Ihnen die Stellungnahme der WSV zu dem mit Schreiben vom 20.07.2012 übermittelten Antrag der RWE Dea AG zur Bewilligung der Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen im Feld Schwedeneck See.

Eine zusätzliche Versendung in Papier werde ich nicht veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen

I. A.

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord
-Dezernat Planfeststellung und Wasserwegerecht-

Hindenburgufer 247
24106 Kiel

www.wsv.de

Wir machen Schifffahrt möglich.



WSV.de

Wasser- und
Schifffahrtsverwaltung
des Bundes

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord
Hindenburgufer 247 • 24106 Kiel

Landesamt für Bergbau, Energie u. Geologie
38669 Clausthal-Zellerfeld

ausschließlich per mail

**Wasser- und
Schifffahrtsdirektion Nord**
Hindenburgufer 247
24106 Kiel

Ihr Zeichen
L2.2/L67212/11-11_05/2012-
0001

Mein Zeichen
P 141.6/98

27.08.2012

**Bewilligungsverfahren Schwedeneck-See nach § 8 BBergG
Beteiligung nach § 15 für Antrag RWE Dea AG**
Ihr Schreiben vom 20.07.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Bewilligungsverfahren, in dem es zunächst nur um das grundsätzliche Recht zum Eigentumserwerb an den betreffenden Bodenschätzen geht, habe ich aus Sicht der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) keinerlei Einwände gegen das Vorhaben.

Für die in einem gesonderten bergrechtlichen Verfahren nochmals zu behandelnden tatsächliche Abbauhandlungen besteht das Erfordernis einer strom- und schifffahrtspolizeilichen Genehmigung nach § 31 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG), in der die erforderlichen Auflagen und Bedingungen zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs festgelegt werden. Vor Zulassung des bergrechtlichen Betriebsplanes ist daher eine erneute Beteiligung der WSV sicherzustellen.

Ferner ist nach meiner Einschätzung eine gesonderte strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung für das Errichten und Betreiben von Anlagen sowie einer Seeleitung nebst Versorgungs- und Steuerkabel nötig.

Ich bitte um die Zusendung einer Durchschrift der Bewilligung sowohl an mich als auch an das Wasser- und Schifffahrtsamt Lübeck, Moltkeplatz 17, 23566 Lübeck.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Telefon +49 (0)431

Zentrale +49 (0)431 3394 0
Telefax +49 (0)431 339
wsd-nord@wsv.bund.de
www.wsd-nord.wsv.de

Merkblatt zur Erhebung von geophysikalischen und geologischen Daten aus Kohlenwasserstoff-Erlaubnis- und Bewilligungsfeldern sowie Untertage-Porenspeichern

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)
Stilleweg 2, 30655 Hannover

Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Geologischer Dienst (LLUR)
Hamburger Chaussee 25, 24220 Flintbek

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Geologisches Landesamt Hamburg (BSU)
Billstraße 84, 20539 Hamburg

Geologischer Dienst für Bremen (GDfB)
Leobener Straße, 28359 Bremen

Stand: August 2012

1. Einleitung	2
2. Berichterstattung	2
3. Wissenschaftlich-technische Studien	2
4. Berichterstattung über flächenhafte Aufsuchungsarbeiten	3
4.1 Seismik	3
4.2 Gravimetrie und Magnetik	3
4.3 Geochemische und sonstige Feldmessungen	3
5. Berichterstattung über Bohrungen	3
5.1 Physikalische Bohrlochmessungen (Bohrlogs)	4
5.2 Produktionstestmessungen	4
5.3 Messungen am Bohrmaterial	4
5.3.1 Petrophysikalische Messungen	4
5.3.2 Gas- und Fluidanalysen	4
5.3.3 Untersuchungen zum Muttergesteinspotential und -Reifegrad	4
5.4 Materialproben aus Bohrlöchern	4
6. Endberichterstattung bei Rückgabe, Erlöschen oder Wechsel des Inhabers einer Erlaubnis/Bewilligung	5

1. Einleitung

Bei Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen (E&P-Aktivitäten) schreibt das Bundesberggesetz (BBergG), eine Berichterstattung und Datenablieferung an die zuständige Bergbehörde vor (§11.4, §70). Das Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (LagerstG) fordert eine ähnliche Berichterstattung und Datenabgabe (§3 und §5) an die zuständige geologische Landesanstalt, im Folgenden Geologischer Dienst genannt.

Dieses Merkblatt dient einer Vereinheitlichung und Konkretisierung der durch die beiden Gesetze vorgeschriebenen Berichterstattung/Datenablieferung. Die Berichtspflichtigen haben ihre Pflicht erfüllt, wenn sie nach Punkt 2 dieses Merkblattes Bericht erstattet bzw. Daten abgeliefert haben. Nicht berücksichtigt ist hier die routinemäßige Berichterstattung an das LBEG über die Erdöl-Erdgas-Produktion und -Reserven und über Feldeskenndaten sowie die laufende betriebsplanmäßig geregelte Berichterstattung an das LBEG.

Dieses Merkblatt schränkt in keiner Weise die Rechte und Befugnisse der Bergbehörde nach dem Bundesberggesetz und des Geologischen Dienstes nach dem Lagerstättengesetz ein, insbesondere das Recht, weitere Daten und umfassende Informationen anzufordern. Bei technologischen Weiterentwicklungen und in besonderen Bedarfsfällen wird dieses Merkblatt aktualisiert.

2. Berichterstattung

Die abzuliefernden Daten, Berichte und Studien betreffen E&P-Aktivitäten im Zuständigkeitsbereich der oben genannten Behörden. Die Daten stammen aus Feld-, Bohrloch- und Labor-messungen oder sind Ergebnis einer Datenbearbeitung nach Standardverfahren der Erdgas-Erdöl-Industrie.

Die Ablieferung erfolgt ohne Aufforderung durch die federführende Gesellschaft routinemäßig innerhalb von drei Monaten nach Vorliegen der Abschluss-Daten. Abzuliefern sind:

Für Aktivitäten in Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Nordsee und schleswig-holsteinischen Teil der Ostsee an das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG):

- Berichte gemäß den Punkten 3 bis 6.

Für Aktivitäten in der Freien Hansestadt Bremen an den Geologischen Dienst für Bremen (GDfB),

für Aktivitäten in der Freien und Hansestadt Hamburg an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), Geologisches Landesamt-Hamburg,

für Aktivitäten in Schleswig-Holstein und den schleswig-holsteinischen Teil der Nordsee und Ostsee an das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein (LLUR):

- Daten gemäß den Punkten 3 bis 6 ohne digitale Messwertdaten der Seismik (SPS, UKOOA, SEG-Y).

So lange nichts anderes vereinbart ist, sind die abgelieferten Daten nur für den Dienstgebrauch bestimmt.

3. Wissenschaftlich-technische Studien

Entsprechend Arbeitsprogramm durchgeführte und/oder auf die Feldesabgabe angerechnete geologische, geophysikalische, geochemische oder andere Studien und Ausarbeitungen zur Bewertung der Höffigkeit im Erlaubnisfeld sind ablieferungspflichtig.

4. Berichterstattung über flächenhafte Aufsuchungsarbeiten

Ablieferungspflichtig sind Berichte und Daten zu geophysikalischen, geologischen, geochemischen und sonstigen Felderkundungsarbeiten zur Untersuchung des tieferen Untergrundes sowie Ergebnisse der Tätigkeiten zur Aufbereitung bestehender Daten wie z.B. Digitalisierung von Messungen, Reprozessing älterer Daten, etc., soweit sie entsprechend dem Arbeitsprogramm durchgeführt und/oder auf die Feldesabgabe angerechnet wurden.

4.1 Seismik

Ablieferungspflichtig sind zeitnah nach Akquisition bzw. dem Dataprocessing digitale Poststackdaten im SEG-Y-Format. Die Prestack-Daten inkl. Geometrie sind nur auf Anforderung zu liefern.

Die Berichterstattung (Datenakquisition und Dataprocessing) kann gemischt analog-digital erfolgen. Die zu den Berichten gehörenden Lagepläne, seismische Sektionen (alle 2D- und ausgewählte 3D-Linien im Abstand von 2 km in beiden Richtungen) und andere Anlagen können digital als Plotdateien (Dateiformat nach Absprache) übermittelt werden.

2D- und 3D-Seismik (Land- und marine Seismik):

- Messpunktdaten im SPS o.ä. Format,
- Koordinaten der CMP-Punkte bei 2D, bzw. Koordinaten der Eckpunkte der prozessierten 3D-Fläche (Polygon) im UKOOA-Format,
- Berichte über Feldmessungen und Datenprocessing (inkl. der Sektionen, ggf. Grafikdateien),
- migrierte Profile im SEG-Y-Format (2D), bzw. migriertes 3D-Volumen im SEG-Y-Format (Workstation Version),
- verwendete Stapelgeschwindigkeiten,
- verwendete gesamtstatische Korrekturen.

4.2 Gravimetrie und Magnetik

Abgeliefert werden ein Bericht über Feldmessung und Datenbearbeitung mit Lageplan, Konturlinienplan der gemessenen physikalischen Größe sowie Messdaten in digitaler, tabellarischer Form.

4.3 Geochemische und sonstige Feldmessungen

Abgeliefert wird ein Bericht über Feldmessung, Messmethode und Datenbearbeitung mit Lageplan und mit den gewonnenen Messdaten in digitaler, tabellarischer Form.

5. Berichterstattung über Bohrungen

Bei allen Bohrungen ist der Bohrungsoperator gegenüber dem Geologischen Dienst verpflichtet:

- Die Bohrung zwei Wochen vor Bohrbeginn anzumelden,
- sofern nicht anders abgesprochen während des Bohrvorgangs einen monatlichen Bohrbericht mit Stand zum Monatsletzten und einen vierwöchigen Geologischen Bericht in digitaler Form zuzusenden,
- in einer angemessenen Zeit nach Erreichen der Endteufe (ca. drei Monate nach Ergebnisfeststellung) bohrlochweise Schichtenverzeichnisse in digitaler Form zu übersenden.

Inhalt und Form der monatlichen Geologischen Berichte und des Schichtenverzeichnisses richten sich nach dem Standard des Erdölgeologischen Austausches (ATS-Standard). Berichtsmuster und ein Erfassungsprogramm sind beim Geologischen Dienst erhältlich.

5.1 Physikalische Bohrlochmessungen (Bohrlogs)

Aus praktischen Gründen wird gegenwärtig auf technische Logs (CCL, CBL etc.) verzichtet. Zweifelsfälle sind durch Rücksprache zu klären. Nachstehende Bohrlochmessungen sind zeitnah als Rohdaten (DLIS-Format, etc.) und Grafikdateien (PDS- oder META-Format, etc.) zu übersenden:

- MWD/LWD-Logs,
- Open Hole Logs,
- Cased Hole Logs.

Eine routinemäßige Ablieferung analoger Logdaten ist für Bohrungen mit Bohrbeginn ab dem 1.1.2007 nicht mehr erforderlich.

Nachträglich digitalisierte Logdaten älterer Bohrungen werden in digitaler Form zur Verfügung gestellt, sofern die Tätigkeiten entsprechend dem Arbeitsprogramm durchgeführt und/oder auf die Feldesabgabe angerechnet wurden.

Bohrloch-Abweichdaten werden digital im ATS-Standard an den Geologischen Dienst übermittelt.

Geophonversenkmessungen und VSPs werden digital und analog an den Geologischen Dienst übermittelt. Umfang und Format richten sich ebenfalls nach dem ATS-Standard, dessen Beschreibung beim Geologischen Dienst erhältlich ist.

5.2 Produktionstestmessungen

Grunddaten der durchgeführten Produktionstests werden im Schichtenverzeichnis spezifiziert. Für nützliche Zusatzinformationen sollten dort Kommentarzeilen verwendet werden.

5.3 Messungen am Bohrmaterial

5.3.1 Petrophysikalische Messungen

Summarische Ergebnisse der Kernmessungen (Porosität und Permeabilität) werden in den entsprechenden Teilen des Schichtenverzeichnisses digital aufgeführt. Zusätzliche Ergebnisse von Untersuchungen an Kernmaterial werden berichtet.

5.3.2 Gas- und Fluidanalysen

Ergebnisse der Analysen an Fluiden und Gasen aus dem Bohrloch werden in den dafür vorgesehenen Teilen des abzuliefernden Schichtenverzeichnisses einer Bohrung digital berichtet. Zusätzliche Untersuchungen an Gasen und Fluiden werden berichtet.

5.3.3 Untersuchungen zum Muttergesteinspotential und -Reifegrad

Ergebnisse von Reifegradbestimmungen und von Untersuchungen zu Menge und Zusammensetzung des organischen Materials (TOM, TOC, Pyrolyse, etc.) werden in Berichtsform und in analogen und ggf. digitalen Tabellen berichtet.

5.4 Materialproben aus Bohrlöchern

Der Bohrungsoperator / Auftraggeber ist verpflichtet, Materialproben aus Bohrlöchern fachgerecht aufzubewahren und auf Verlangen, Einsicht in dieses Probenmaterial zu gewähren.

Die Beendigung der Aufbewahrung von Materialproben und von Kernmaterial bedarf einer Zustimmung der zuständigen Behörde.

6. Endberichterstattung bei Rückgabe, Erlöschen oder Wechsel des Inhabers einer Erlaubnis/Bewilligung

Auf Verlangen der zuständigen Behörde ist der Erlaubnisinhaber verpflichtet, für den Zeitraum seiner Tätigkeit innerhalb von sechs Monaten nach dem Ablauffermin einer Erlaubnis oder Bewilligung, bzw. nach Wechsel des Erlaubnisinhabers, einen Endbericht abzuliefern. Dieser Bericht kann Bezug auf die früher abgelieferten Berichte und Daten nehmen, muss aber die wichtigsten Ergebnisse aller geophysikalischen, geochemischen und geologischen Untersuchungen sowie aller Bohrungen beinhalten. Er sollte sich nach dem folgenden Schema richten:

- Einleitung und allgemeine Informationen zu der Erlaubnis/Bewilligung,
- zusammenfassende Darstellung der Explorations- und Produktionsaktivitäten,
- Darstellung der geologischen Situation, der Stratigraphie und der Bohrungsergebnisse,
- strukturelle Interpretation des Gebietes,
- Beschreibung der KW-Strukturen,
- Zusammenfassung und Folgerungen,
- Lagepläne der bergrechtlichen (Teil-) Gebiete, der 2D-/3D-Seismik, der Bohrungen und weiterer geowissenschaftlichen Aktivitäten
- Tabellarische Übersichten der 2D-/3D-Seismik, der Bohrungen und weiterer geowissenschaftlichen Aktivitäten/Messungen,
- Seismische Zeit- und/oder Tiefenpläne der Haupthorizonte,
- einige repräsentative seismische Profile mit Interpretation,
- ggf. Karten zu Reservoir-Geologie, Geochemie oder Strukturgeologie,
- nur bei Rückgabe/Erlöschen einer Bewilligung: eine zusammenfassende Erdöl- und Erdgas-Produktionsgeschichte und -statistik.

Bei Bedarf wird dieses Merkblatt ergänzt und dem Stand der Technik bzw. den gesetzlichen Vorgaben angepasst.

RWE Dea AG, Schachtstraße 76, 29323 Wietze

Landesamt für Bergbau
Energie und Geologie
Herrn
An der Marktkirche 9
38678 Clausthal-Zellerfeld

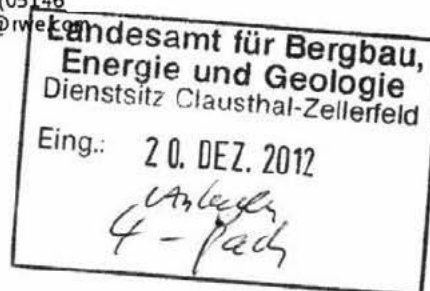
Dipl. Ing.
im Hause RWE Dea AG

Schachtstraße 76
29323 Wietze

Unsere Zeichen W-160/
Telefon (05146
Telefax (05146
E-Mail @rwe.com

Wietze, 18. Dezember 2012

**Bewilligungsfeld Schwedeneck-See
Lageriss für das Bewilligungsfeld**



Sehr geehrter Herr

als Anlage erhalten Sie absprachegemäß vier weitere Ausfertigungen des Lage-
risses für das Bewilligungsfeld.

Mit freundlichem Gruß und

Glückauf

Anlagen

Kopie: RWE Dea HV 543

RWE Dea AG
Zentrale:
Überseering 40
22297 Hamburg

T +49 40 6375-0
F +49 40 6375-3496
I www.rwedeag.com

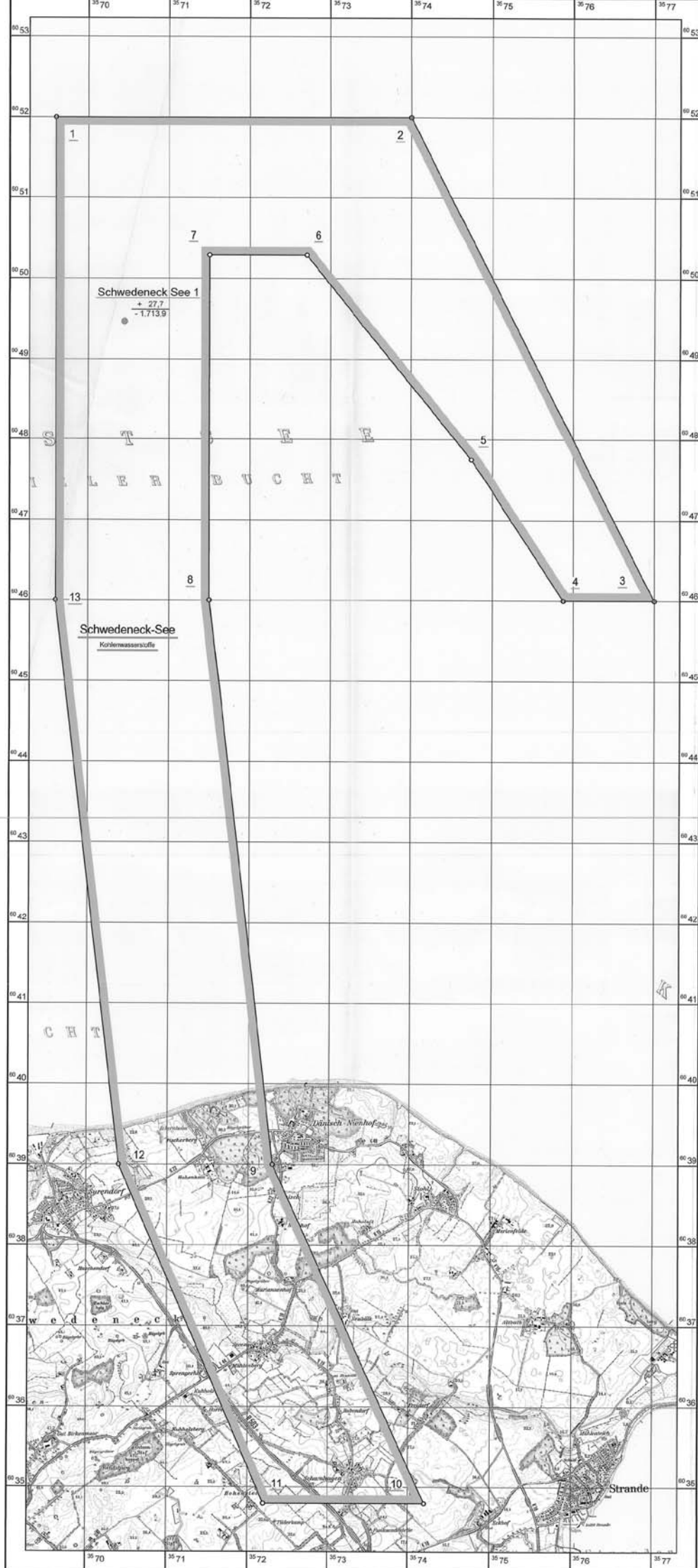
Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Dr. Leonhard Birnbaum

Vorstand:
Thomas Rappuhn (Vorsitzender)
Ralf to Baben
Dr. Johannes Karlisch
Dirk Warzecha

Sitz der Gesellschaft: Hamburg
Eingetragen beim
Amtsgericht Hamburg
Handelsregister-Nr. HRB 6882

Bankverbindung:
Commerzbank AG, Hamburg
BLZ 200 400 00
Kto.-Nr. 6 143 028
SWIFT: COBADEHHXXX
IBAN: DE17 2004 0000 0614 3028 00

USt.-IdNr. DE 811 129 172



Koordinaten der Feldeseckpunkte

Punkt-Nr.	Rechtswert	Hochwert
1	35 69 600,00	60 52 000,00
2	35 74 000,00	60 52 000,00
3	35 77 000,00	60 46 000,00
4	35 75 880,00	60 46 000,00
5	35 74 750,00	60 47 750,00
6	35 72 700,00	60 60 200,00
7	35 71 500,00	60 50 290,00
8	35 71 500,00	60 46 000,00
9	35 72 300,00	60 39 000,00
10	35 74 200,00	60 34 800,00
11	35 72 200,00	60 34 800,00
12	35 70 400,00	60 39 000,00
13	35 69 600,00	60 46 000,00

Fundbohrung Schwedeneck-See 1

Ansatzpunkt	35 70 451	60 46 467
-------------	-----------	-----------

Flächeninhalt des Bewilligungsfeldes unter Berücksichtigung der Projektionsverzerrung :

44.556.300 m²

RWE Dea AG

Lageriss für das Bewilligungsfeld

"Schwedeneck-See"

zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Land Schleswig-Holstein
Kreis Rendsburg-Eckernförde,
Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland in der Ostsee

Maßstab 1 : 25.000

Ausschnitt aus TK25 des BKG

Koordinatensystem : Gauß - Krüger Abbildung

Angefertigt im Dezember 2011

Zur Urkunde zur Erteilung der Bewilligung

vom Äz. gehörend.

Clausthal - Zellerfeld, den

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie



Vermerk:

Die Lagerisse stimmen, mit denen bei B 11022 I 2012 – 001 eingegangen, überein.

Prüfungsbericht dort anliegend.

RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
z. Hd. Herrn
Postfach 1153
38669 Clausthal-Zellerfeld

Recht

Unsere Zeichen
Name
Telefon
Telefax
E-Mail

Hamburg, 21. Januar 2013

**Anträge zur Erteilung einer Bewilligung gemäß § 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen
Bewilligungen Schwedeneck-See, Plön-Ost und Preetz**

Sehr geehrter Herr

in der vorbenannten Sache möchten wir auf die bei Ihnen anhängigen Verwaltungsverfahren zurückkommen.

Am 30. November 2011 bzw. 02. Dezember 2011 haben wir Anträge für die Erteilung der Bewilligungen „Preetz“, „Plön-Ost“ und „Schwedeneck-See“ gestellt. Zwischenzeitlich gab es zwischen Ihnen und unserem Haus umfangreiche Korrespondenz und Gespräche hierzu. Die Einzelheiten sind Ihnen bekannt.

Unter anderem gab es am 20. November 2012 einen Termin bei Ihnen im Hause. Auch bei diesem Gespräch waren wir uns einig, dass sämtliche Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligungen vorliegen. Sie kündigten damals an, in Kürze die Verwaltungsakte zu erlassen. Dies ist bislang nicht geschehen.

Wir weisen darauf hin, dass in der Vergangenheit die Erteilung einer Bewilligung üblicherweise in einem Zeitraum von ca. 6-8 Monaten nach Antragstellung erfolgte. Dies dürfte auch die angemessene Frist für die Bearbeitung derartiger Verwaltungsvorgänge sein. Eine Bearbeitungsdauer von mehr als einem Jahr ist unstrittig nicht mehr als angemessen zu betrachten.

Wir bitten Sie nunmehr, jetzt die von uns beantragten Bewilligungen zu erteilen, um zusätzliche nachteilige Folgen einer weiteren Verzögerung zu vermeiden.

Mit freundlichem Gruß

RWE Dea AG

RWE Dea AG
Zentrale:
Überseering 40
22297 Hamburg
T +49 40 6375-0
F +49 40 6375-3496
I www.rwedeag.com

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Dr. Leonhard Birnbaum

Vorstand:
Thomas Rappuhn (Vorsitzender)
Dr. Johannes Karlisch
Dirk Warzecha

Sitz der Gesellschaft: Hamburg
Eingetragen beim
Amtsgericht Hamburg
Handelsregister-Nr. HRB 6882

Bankverbindung:
Commerzbank AG, Hamburg
BLZ 200 400 00
Kto.-Nr. 6 143 028
SWIFT: COBADEHXXX
IBAN: DE17 2004 0000 0614 3028 00

USt-IdNr. DE 811 129 172

1. **Kanzlei mit der Bitte um Fertigung der Reinschrift zu 2.**

2.

RWE Dea AG
Überseering 40
22297 Hamburg

Anträge zur Erteilung einer Bewilligung gemäß § 8 BBergG zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen
Bewilligungen Schwedeneck-See, Plön-Ost und Preetz
Ihr Schreiben vom 21.01.2013 - 199/ha

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihre Nachfrage kann ich Ihnen leider zunächst nur mitteilen, dass das LBEG angewiesen worden ist, dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sämtliche Anträge zur Erteilung von Bergbauberechtigungen und die bei der Bearbeitung entstandenen Unterlagen mit einem Entwurf unseres Bescheides zur Überprüfung und Entscheidung vorzulegen, bevor das LBEG eine Bescheiderteilung vornehmen darf. Dies ist für die in Rede stehenden Anträge bereits geschehen. Wann hierzu mit einer Rückantwort gerechnet werden kann, vermag ich nicht zu sagen. An der von Ihnen erwähnten Besprechung habe ich persönlich übrigens nicht teilgenommen.

Aufgrund des Ihrer Gesellschaft gesetzlich zugeschriebenen Vorrangs ist für mich kein Grund erkennbar, warum keine Zuteilung an Ihre Gesellschaft erfolgen sollte. Der Zeitpunkt zu dem dies erfolgen kann, steht, wie bereits zuvor beschrieben, außerhalb des Einflusses des LBEG. Ich bitte daher weiterhin um Ihre Geduld.

Mit freundlichen Grüßen

3. L2.7, itte Leseabschriften von 2. im ELVIS zu den Vorgängen

L2.7/L67212/11-11_01/2012-0003 Preetz und

L2.7/L67212/11-11_04/2012-0002 Plön-Ost

ablegen.

4. Z.d.A.

LBEG Clausthal-Zfd den 04.02.2013



Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 11 53, 38669 Clausthal-Zellerfeld



**Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie**

Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein,
Hamburg, Bremen und Niedersachsen

RWE Dea AG
Überseering 40
22297 Hamburg

Bearbeitet von Herrn

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)

Durchwahl (0 53 23) 9612-

Clausthal-Zellerfeld

L2.7/L67212/11-11_05/2012-
0002

13.02.2013

E-Mail

@lbeg.niedersachsen.de

Anträge zur Erteilung einer Bewilligung gemäß § 8 BBergG zur Aufsuchung und
Gewinnung von Kohlenwasserstoffen
Bewilligungen Schwedeneck-See, Plön-Ost und Preetz

- Ihr Schreiben vom 21.01.2013 - 199/ha -

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihre Nachfrage kann ich Ihnen leider zunächst nur mitteilen, dass das LBEG angewiesen worden ist, dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sämtliche Anträge zur Erteilung von Bergbauberechtigungen und die bei der Bearbeitung entstandenen Unterlagen mit einem Entwurf unseres Bescheides zur Überprüfung und Entscheidung vorzulegen, bevor das LBEG eine Bescheiderteilung vornehmen darf. Dies ist für die in Rede stehenden Anträge bereits geschehen. Wann hierzu mit einer Rückantwort gerechnet werden kann, vermag ich nicht zu sagen. An der von Ihnen erwähnten Besprechung habe ich persönlich übrigens nicht teilgenommen.

Aufgrund des Ihrer Gesellschaft gesetzlich zugeschriebenen Vorrangs ist für mich kein Grund erkennbar, warum keine Zuteilung an Ihre Gesellschaft erfolgen sollte. Der Zeitpunkt zu dem dies erfolgen kann, steht, wie bereits zuvor beschrieben, außerhalb des Einflusses des LBEG. Ich bitte daher weiterhin um Ihre Geduld.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

Von:

An:

CC:

Gesendet am: 07.03.2013 13:52:56

Betreff: WG: Anträge zur Aufsuchung und Gewinnung

Hallo Herr

anbei wie eben besprochen die E-Mail von Herrn mit der Bitte um Bearbeitung. Herr
bat mich eben tel. darum, die Bescheide am 14.03., also wieder einen Tag früher zu erteilen.

mit freundlichen Grüßen

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
An der Marktkirche 9
38678 Clausthal-Zellerfeld

Von:

Gesendet: Dienstag, 5. März 2013 11:12

An:

Cc:

Betreff: Anträge zur Aufsuchung und Gewinnung

Sehr geehrte Herren,

die von Ihnen übersandten Bescheidentwürfe haben wir überprüft und die Entwürfe etwas angepasst. Anbei übersende ich Ihnen zum einen den Bescheid zum Feld Schwedeneck-See. Zum zweiten übersende ich Ihnen den Bescheid für das Feld Rosenkranz-Nord. Ich bitte Sie, die Änderungen in dem Bescheidentwurf zu Rosenkranz-Nord analog in den anderen Bescheiden zu übernehmen (inhaltlich angepasst an die jeweiligen Stellungnahmen aus dem Wasser- und Naturschutzbereich).

Der Minister hat inzwischen folgenden Genehmigungen zugestimmt. Die endgültigen Modalitäten zur Erteilung der Bescheide werden im MELUR derzeit abgestimmt. Herr oder ich werden uns diesbezüglich telefonisch bei Ihnen melden.

- Bewilligung Schwedeneck-See
- Bewilligung Prasdorf
- Bewilligung Plön-Ost
- Bewilligung Preetz
- Aufsuchung Ostrohe
- Aufsuchung Rosenkranz-Nord

Bei den Aufsuchungen für die Felder Schwarzenbek und Bramstedt hat es unsere Naturschutzabteilung versäumt, einige betroffene Kreise zu beteiligen. Wir halten es für geboten, diese Beteiligung durch das MELUR schnellstmöglich nachzuholen.

Abschließend bitte ich Sie, uns die Karten-Koordinaten bzw. die entsprechenden Antragsunterlagen für die beantragten Felder Gettorf und Elmshorn zu übersenden. Wir beabsichtigen, die neu genehmigten Felder und die von PRD beantragten Felder in einer Karte zusammen zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

- V 624 -

Jurist im Referat Rechtsangelegenheiten des
Immissionsschutzes, der Gentechnologie, der Chemikaliensicherheit, des Klimaschutzes
sowie der Abfallwirtschaft,

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes
Schleswig-Holstein

Mercatorstr. 3, 24106 Kiel

Tel.: 0431 / 988 -

Fax: 0431 / 988 -

E-mail :

@melur.landsh.de

2. Entwurf (Änderungen gegenüber dem 1. Entwurf)

Bewilligungsbescheid

Nr. 1 Gemäß §§ 8, 10 und 12 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, wird der RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg, auf den Antrag vom 02.12.2011 die Bewilligung erteilt, in dem Feld Schwedeneck-See Kohlenwasserstoffe innerhalb der rot umrandeten Begrenzung des zu dieser Bewilligung gehörenden Lagerisses aufzusuchen und zu gewinnen.

Das Bewilligungsfeld erstreckt sich über eine Fläche von 44.556.300 Quadratmetern. Die vom Bewilligungsfeld berührten Landflächen liegen im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Die berührten Meeresflächen der Ostsee befinden sich in der 12 Seemeilen-Zone, dem Küstenmeer des Landes Schleswig-Holsteins.

Nr. 2 Die Bewilligung wird vom 01.02.2013 für die Dauer von 4 Jahren bis zum 31.01.2017 erteilt.

Nr. 3 Für die Erteilung der Bewilligung erhebe ich gemäß Tarifstelle 3.2.2 des Allgemeinen Gebührentarifs der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 15.10.2008 (GVObI. Schl.-H. 2008, S. 383), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, eine Verwaltungsgebühr von Euro.

Hinweise:

Die Erteilung einer Bewilligung nach § 8 BBergG stellt einen Rechtstitel dar, mit dem ihnen aufgrund der nachgewiesenen Eignung das grundsätzliche und ausschließliche Recht zugewiesen wird, die Aufsuchung und Gewinnung des in der Bewilligung bezeichneten Bodenschatzes (Kohlenwasserstoffe) in dem zugesprochenen Bewilligungsfeld vorzunehmen und das Eigentum an diesem Bodenschatz zu erwerben. Tatsächliche Aufsuchungs- und Gewinnungshandlungen, wie etwa die im Antrag genannte Wiedererschließungsbohrung oder eine mit Seismik verbundene Extended-Reach-Bohrung, sind nicht Gegenstand dieser Bewilligung. Über ihre mögliche Zulassung ist ggf. in einem separaten Verfahren zur Zulassung eines Betriebsplanes (§ 51 ff BBergG) zu entscheiden.

Gleichwohl mache ich schon jetzt darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Beteiligung nach § 15 BBergG die oberste Naturschutzbehörde des Landes Schleswig-Holstein schon im Verfahren nach § 8 BBergG sowohl zu einer später möglichen Wiedererschließungsbohrung sowie ggf. erforderlicher Seismik, als auch einer späteren möglichen Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen, insbesondere eine mit Seismik verbundene Extentend-Reach-Bohrung, erhebliche naturschutzfachliche Bedenken geltend gemacht hat. Danach sollen die nachfolgend aufgeführten europäischen Schutzgebiete (Natura 2000-Gebiet) unabhängig von den rechtlichen Bestimmungen für weitere Maßnahmen und Vorhaben im Rahmen der Betriebspläne nicht in Anspruch genommen werden.

1. EG-Vogelschutzgebiet DE 1524-491 "Eckernförder Bucht mit Flachgründen"
2. FFH-Gebiet DE 1526-391 „Südküste der Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe"
3. FFH-Gebiet DE 1526-353 „Naturwald Stodthagen und angrenzende Hochmoore"

2. Entwurf (Änderungen gegenüber dem 1. Entwurf)

Diese Natura 2000-Gebiete sind der EU-Kommission verbindlich gemeldet und mit ihren gebietsspezifischen Erhaltungszielen öffentlich bekannt gemacht. Alle erforderlichen Informationen zu den Gebieten stehen im Internet unter http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html zur Verfügung.

Das beantragte Bewilligungsfeld und evtl. damit verbundene Maßnahmen liegen im Bereich dieser Gebiete. Ich mache darauf aufmerksam, dass nach § 33 Abs. 1 BNatSchG alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebietes in seinem für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile führen können, unzulässig sind.

Zum Schutzzweck des o.g. FFH-Gebietes „Südküste Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe“ gehört u.a. der Schutz der Schweinswale. Dieser Schutzzweck beinhaltet die Erhaltung

- lebensfähiger Bestände und eines natürlichen Reproduktionsvermögens, einschließlich des Überlebens der Jungtiere,
- von naturnahen Küstengewässern der Ostsee, insbesondere von produktiven Flachwasserzonen bis 20 m Tiefe,
- von störungsarmen Bereichen mit geringer Unterwasserschallbelastung,
- der Nahrungsfischbestände sowie
- Sicherstellung einer möglichst geringen Schadstoffbelastung der Küstengewässer.

Diese Aspekte sind auch zur Erreichung der Ziele der EG-Wasserrahmenrichtlinie und der EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie in den gesamten Küstengewässern von Relevanz.

Der Schweinswal gehört darüber hinaus zu den bedrohten Tierarten. Die Staaten der Europäischen Union sind u.a. aufgrund der FFH-Richtlinie (Art. 12 Buchstabe b der FFH-Richtlinie untersagt jede Beeinträchtigung) und dem Kleinwalabkommen ASCOBANS verpflichtet, Schweinswale zu schützen. Er gehört als Anhang IV-Art zu den streng geschützten Arten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 16 BNatSchG.

Die Tötung, Verletzung oder erhebliche Störung der Tiere fallen unter die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG. Dies ist insbesondere mit dem durch Seismik oder auch durch Rammung verbundenen Lärm zu befürchten.

Vor diesem Hintergrund unterliegt nach heutiger Kenntnislage ein Antrag auf eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel einer Aufnahme der Förderung auf See wie auch die mit einer Extended-Reach-Bohrung im marinen Bereich verbundene Seismik im Rahmen eines Betriebsplanverfahrens durchgreifenden, erheblichen naturschutzrechtlichen Bedenken. Eine mögliche Genehmigungsfähigkeit entsprechender Anträge ist daher ungewiss. Dies gilt insbesondere für seismische Untersuchungen im marinen Bereich, denen artenschutzrechtliche Bestimmungen (Schweinswal) sowie der Schutzzweck des o.g. marinen Natura 2000-Schutzgebietes (Schweinswal) entgegenstehen und für die eine Genehmigungsfähigkeit derzeit nicht gesehen wird.

Darüber hinaus befindet sich auf der gesamten Küstenlänge ein parallel verlaufendes Geotop mit gesetzlich geschützten Biotopen (Steilküste, Küstendüne). Ein bis zu 1 km breiter küstenparalleler Streifen ist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.

Auf der Höhe Dänisch Nienhof/Marienhof befindet sich weiterhin das FFH-Gebiet DE 1623-363 „Stohl“, das den Lebensraum einer Rotbauchunkenpopulation umfasst, die gemäß der Roten Liste der Amphibien und Reptilien für Schleswig-Holstein als stark gefährdet gilt. Gleichzeitig zählt sie laut Anhang II der FFH-Richtlinie zu den Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse, für deren Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen.

2. Entwurf (Änderungen gegenüber dem 1. Entwurf)

Sowohl im Bereich des Küstensaumes als auch im anschließenden Wald- und Niederungskomplex befindet sich eine Vielzahl gesetzlich geschützter Biotope wie Knicks und Bachschluchten, die von großer Bedeutung für die dauerhafte Sicherung von Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätte sind.

Auch diese naturschutzrechtlichen Aspekte sind in einem nachfolgenden Betriebsplan-Zulassungsverfahren vertieft zu prüfen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid sowie die Verwaltungskostenfestsetzung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen, in 38678 Clausthal-Zellerfeld, An der Marktkirche 9, einzulegen.

Clausthal-Zellerfeld, den
Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Geschäftszeichen/Dienstsiegel

2. Entwurf (Änderungen gegenüber dem 1. Entwurf)

1.

Max Streicher GmbH & Co. KG a. A.
Schwaigerbreite 17
94469 Deggendorf

Erlaubnisfeld Rosenkranz Nord
Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen
Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken gem. § 7 BBergG
Ihr Antrag vom 01.06.2012

Gemäß §§ 7, 10, 11 und 16 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, wird Ihnen auf Ihren o. a. Antrag die Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu gewerblichen Zwecken innerhalb der rot umrandeten Begrenzung der zu dieser Erlaubnis gehörenden Karte (Feldeseckpunkte: in ganzen Zahlen, 1 bis 276 und 1) erteilt.

Das Erlaubnisfeld "Rosenkranz Nord " erstreckt sich über eine Fläche von 1.487.508.000 m². Es liegt im Land **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**Schleswig-Holstein , in den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg.

Die Erlaubnis wird vom 01.04.2013 bis zum 31.03.2018 befristet erteilt.

Hinweise:

Die Erteilung einer Erlaubnis berechtigt den Inhaber nicht zu tatsächlichen Aufsuchungshandlungen sondern stellt lediglich einen Rechtstitel dar, mit dem ihm lediglich aufgrund der nachzuweisenden Eignung das grundsätzliche und ausschließliche Recht zugewiesen wird, die Aufsuchung in dem ihm zugesprochenen Erlaubnisfeld vorzunehmen. Tatsächliche Aufsuchungshandlungen dürfen nur aufgrund zugelassener Betriebspläne (§ 51 ff BBergG) erfolgen.

Die nachfolgend aufgeführten Schutzgebiete sollten unabhängig von den rechtlichen Bestimmungen für weitere Maßnahmen und Vorhaben im Rahmen der Betriebspläne möglichst nicht in Anspruch genommen werden.

1. Natura 2000

Das beantragte Erlaubnisfeld liegt im Bereich bzw. in Nahbereich zahlreicher europäischer Schutzgebiete (Natura 2000-Gebiete):

Unter anderem sind folgende europäische Schutzgebiete betroffen:

FFH-Gebiete

- FFH-Gebiet 1119-303 „Süderlügumer Binnendünen“
- FFH-Gebiet 1118-301 „Ruttebüll See“
- FFH-Gebiet 1219-301 „Leckfeld“
- FFH-Gebiet 1219-392 „Heide- und Magerrasenlandschaft am Ochsenweg und im Soholmfeld“
- FFH-Gebiet 1220-301 „Wälder an der Lecker Au“
- FFH-Gebiet 1121-304 „Eichenwälder der Böxlunder Geest“
- FFH-Gebiet 1121-391 „NSG Fröslev-Jardelunder Moor“

Diese Gebiete und ihre gebietsspezifischen Erhaltungsziele sind öffentlich bekannt gemacht worden und stehen im Internet unter http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html

zur Verfügung.

Europäische Vogelschutzgebiete:

- Europäisches Vogelschutzgebiet 1119-401 „Gotteskoog-Gebiet“
- Europäisches Vogelschutzgebiet 0916-491 „Ramsar-Gebiet S-H Wattenmeer und angrenzende Küstengebiete“

Diese Gebiete und ihre gebietsspezifischen Erhaltungsziele sind öffentlich bekannt gemacht worden und stehen im Internet unter http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJaod/05_Natura2000/025_Vogelschutz/ein_node.html.

Ich weise darauf hin, dass nach gängiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes ein Vorhaben nur dann als verträglich angesehen werden kann, wenn keine vernünftigen Zweifel verbleiben, dass das Gebiet als Ganzes oder wesentliche Bestandteile gemessen an seinen Erhaltungszielen (für sämtliche Arten) nicht erheblich beeinträchtigt werden.

2. Nationalpark Schleswig-holsteinisches Wattenmeer

Das Erlaubnisfeld „Rosenkranz Nord“ ragt im Bereich der Hamburger Hallig in den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer.

Der Nationalpark ist Teil des UNESCO-Weltnaturerbes Wattenmeer. Im Zuge der Anmeldung und Anerkennung des deutsch-niederländischen Wattenmeeres als Weltnaturerbe haben die beteiligten Staaten und Bundesländer (in Schleswig-Holstein nach Abstimmung zwischen den betroffenen Ressorts) gegenüber der UNESCO folgende Erklärung abgegeben:

„Die Vertragsstaaten bekräftigen ihr Bekenntnis, im Einklang mit geltendem Recht Öl und Gas an Standorten innerhalb der geänderten Grenzen des angemeldeten Gebietes nicht aufzusuchen und zu gewinnen.“

Jegliche Aufsuchung oder Gewinnung von Kohlenwasserstoffen im Nationalpark außerhalb der dafür extra ausgewiesenen Exklaven des Weltnaturerbes widerspricht dieser Erklärung und würde zu Konflikten mit den Partnerstaaten und –ländern führen und den Welterbestatus ernsthaft gefährden.

Der Bereich des Nationalparks und angrenzende Gebiete in der Meldorfer Bucht sind gleichzeitig FFH-Gebiet (DE-0916-391 „Nationalpark Schleswig-holsteinisches Wattenmeer und angrenzende Küstengebiete“) wie auch Europäisches Vogelschutzgebiet (DE-0916-491 „Ramsar-Gebiet Schleswig-holsteinisches Wattenmeer und angrenzende Küstengebiete“).

Es bestehen erhebliche Bedenken gegen die seismischen Untersuchungen und gegen die Explorationsbohrung im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer(einschließlich FFH- und Vogelschutzgebiete), sowie gegen diese Untersuchungen, wenn sie in den Nationalpark (einschließlich FFH- und Vogelschutzgebiete) hineinwirken. Der Jahreslebensraum der Arten, für die der Nationalpark von Bedeutung oder sogar besonderer Bedeutung gemäß FFH-Richtlinie oder der Vogelschutz-Richtlinie ist, erstreckt sich sowohl über den Nationalpark selbst als auch in den angrenzenden Bereich des schleswig-holsteinischen Küstenmeeres. Dies gilt insbesondere für zahlreiche Vogelarten sowie für Fischarten und Meeressäuger. Beeinträchtigungen dieser Tierarten, für die der Nationalpark gemäß seiner Erhaltungsziele eine besondere Verantwortung trägt, können durch das beantragte Vorhaben im Erlaubnisfeld „Rosenkranz Nord“ nicht ausgeschlossen werden. Gleiches gilt für die o.g. ausgewiesenen FFH-Gebiete und Europäische Vogelschutzgebiete.

2. Entwurf (Änderungen gegenüber dem 1. Entwurf)

Von den o.g. Untersuchungen betroffen sind insbesondere Vögel durch den Verlust an Lebensraum und Nahrungsflächen und zusätzliche Energieverluste durch Fluchtbewegungen. Betroffen sind auch Fische und hier insbesondere Fischeier und Fischlarven.

Nach § 33 Abs. 1 BNatSchG sind alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile führen können, unzulässig. Dieses gilt für Projekte (§ 34 BNatSchG) - einzeln wie auch im Zusammenwirken mit anderen Plänen und Projekten) wie auch für Pläne (Pläne, die bei behördlichen Entscheidungen zu beachten oder zu berücksichtigen sind) gleichermaßen (§36 Satz 1 Nr.2 und Satz 2 BNatSchG).

3 Naturschutzgebiete

Das Erlaubnisfeld „Rosenkranz Nord“ überschneidet sich u.a. mit folgenden Naturschutzgebieten:

- NSG „Schwansmoor und Kranichmoor“ Kreis Nordfriesland, Verordnung vom 01. August 1968
- NSG „Süderberge“ Kreis Nordfriesland, Verordnung vom 07. November 1938
- NSG „Schwarzberger Moor“, Kreis Nordfriesland“, Verordnung vom 17. Februar 1966
- NSG „Eichenkratt und Kiesgrube südlich Böxlund“, Kreis Schleswig-Flensburg, Verordnung vom 13. Dezember 1990
- NSG „Lundtop“, Kreis Schleswig-Flensburg, Verordnung vom 06. Juni 1967 ^
- NSG „Fröslev-Jardelunder Moor“, Kreis Schleswig-Flensburg, Verordnung vom 30. Mai 1984

(Änderungen der Verordnungen sind hier nicht aufgeführt).

Die Schutzgebietsverordnungen sind zu beachten.

Die Naturschutzgebiete ergeben sich im Einzelnen aus dem Landschaftsrahmenplan des Planungsraumes V für die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg.

http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/11_LandschPlanung/03_LRE/ein_node.html

4. Landschaftsschutzgebiete

Das Erlaubnisfeld überschneidet sich ausweislich des vorgelegten Lageplans u.a. mit folgenden Landschaftsschutzgebieten:

- „Schobüller Berg“, Kreis Nordfriesland, Verordnung vom 27. September 1983,
- „Stollberg“, Kreis Nordfriesland, Verordnung vom 03. März 1952,
- „Klintum-Berg“, Kreis Nordfriesland, Verordnung vom 17. April 1967,
- „Altmoräne am Lundtop-Jardelunder Moor“, Kreis Schleswig-Flensburg, Verordnung vom 12. April 2010,
- „Seeland-Moor“, Kreis Schleswig-Flensburg, Verordnung vom 20. Februar

Die Landschaftsschutzgebiete ergeben sich im Einzelnen aus dem Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum V (Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg). Internetadresse siehe unter 3.

Weitere Daten zu Landschaftsschutzgebieten sind auf der Internetseite des Kreises Nordfriesland abrufbar.

<http://www.nordfriesland.de/index.phtml?La=1&sNavID=28.9&mNavID=28.13&object=txl28.931.1&sub=0>

5. Wasserschutz

Das Bewilligungsfeld kann Wasserschutzgebiete berühren. In diesen Gebieten sind konkrete Aufsuchungsarbeiten oder Fördertätigkeiten ggf. verboten, nur eingeschränkt oder nur mit besonderen Auflagen möglich. Jeweilige Schutzgebietsverordnungen sind zu beachten:

(http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/WasserMeer/01_AllgInformationen/04_RechtGrundlagen/PDF/WasserschutzgebieteSH__blob=publicationFile.pdf)

Darüber hinaus können in dem beantragten Feld eine Reihe weiterer Wassergewinnungsanlagen liegen, in deren Einzugsbereichen ebenfalls besondere Anforderungen einzuhalten sind.

Sofern bei künftigen Maßnahmen das Grundwasser berührt wird (z.B. bei Erdaufschlüssen, Bohrungen, Einleitungen), ist zu prüfen, ob ein wasserrechtlicher Benutzungstatbestand vorliegt. Diese Prüfung ist im Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde durchzuführen. Wasserrechtliche Anforderungen im Rahmen eines konkreten Betriebsplanverfahrens sind ebenfalls im Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde festzulegen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die sich aus § 7 BBergG herleitenden Rechte nicht grundsätzlich zum Ausschluss anderweitiger Nutzungen, vor allem anderer Bodenschätze, im Erlaubnisfeld führen.

1. Sie sind verpflichtet, das Erlaubnisfeld nach Maßgabe des vorgelegten Arbeitsprogramms zu untersuchen. Die Erlaubnis erlischt, wenn das mit dem Antrag vorgelegte Arbeitsprogramm nicht erfüllt wird, es sei denn, die Abweichungen sind zuvor schriftlich angezeigt und vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) genehmigt worden.
2. Dem LBEG ist zu Beginn eines jeden Kalenderjahres über den Stand der Aufsuchungsarbeiten zu berichten; dabei sind auch etwaige Änderungen und Fortschreibungen des Arbeitsprogramms vorzutragen und zu begründen. Zu der Berichterstattung gehört die Vorlage der Untersuchungsergebnisse in Form von Schichtenverzeichnissen und zeichnerischen Darstellungen der geologischen Verhältnisse. (Die Berichterstattung ersetzt nicht die Anzeige- und Genehmigungsverpflichtung zu Nr. 1.)
3. Sie sind gemäß Bundesberggesetz (BBergG) zur Berichterstattung und Datenablieferung an das LBEG verpflichtet. Nähere Angaben dazu sind der beigefügten Anlage „Merkblatt zur Erhebung von geophysikalischen und geologischen Daten aus Kohlenwasserstoff-Erlaubnis- und Bewilligungsfeldern“ zu entnehmen.

Bereits bei Einreichung des Arbeitsprogramms im Rahmen künftiger Erlaubnisverlängerungen ist der zeitliche Ablauf der einzelnen Vorhaben Ihres Arbeitsprogramms anzugeben. Dabei sind weiterhin die finanziellen Aufwendungen für die einzelnen Vorhaben Ihres Arbeitsprogramms darzustellen.

Ich weise darauf hin, dass eine Beteiligung Dritter an dieser Erlaubnis gemäß § 22 BBergG der Genehmigung des LBEG bedarf. Hierzu ist die Vorlage eines Vertrages

2. Entwurf (Änderungen gegenüber dem 1. Entwurf)

erforderlich, welcher vom Erlaubnisinhaber, den ggf. vorhandenen Konsorten und dem zu beteiligenden Vertragspartner unterschrieben ist.

Die Stellungnahme des nach § 15 BBergG beteiligten Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume sowie die von ihr beteiligten Gebietskörperschaften (einschließlich zugegangener Beschlüsse und Resolutionen) sowie ein Merkblatt zur Feldesabgabeerklärung sind zu Ihrer Kenntnisnahme beigelegt. Ein Vordruck zur Feldesabgabeerklärung für den Erhebungszeitraum 2013 liegt ebenfalls bei.

Für die Erteilung dieser Erlaubnis erhebe ich gemäß Tarifstelle 3.2.1.1 des Allgemeinen Gebührentarifs der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 15.10.2008 (GVOBl. Schl.-H. 2008, S. 383), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, eine Verwaltungsgebühr von **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden** €.

Eine Verwaltungskostenrechnung ist beigelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid sowie die Verwaltungskostenfestsetzung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen, in 38678 Clausthal-Zellerfeld, An der Marktkirche 9, einzulegen.



Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 11 53, 38669 Clausthal-Zellerfeld



**Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie**

Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein,
Hamburg, Bremen und Niedersachsen

RWE Dea AG
Überseering 40
22297 Hamburg

Bearbeitet von

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)

Durchwahl (0 53 23) 9612-

Clausthal-Zellerfeld

L2.7/L67212/11-11_05/2012-
0002

13.03.2013

F-Mail

@lbeg.niedersachsen.de

Erlaubnisfeld Preetz-Restfläche
Bewilligungsfeld: Schwedeneck-See

- Ihr Antrag vom 02.12.2011 - UOX-ED -

Als Anlage übersende ich den Bewilligungsbescheid für das im Betreff genannte Bewilligungsfeld mit dem zur Bewilligung gehörenden Lageriss sowie weitere beglaubigte Ausfertigungen.

Ablichtungen von Stellungnahmen der nach § 15 BBergG beteiligten Behörden und der Deutschen Telekom sind zur Information im Hinblick auf spätere Betriebsplanverfahren beigelegt.

Eine Verwaltungskostenrechnung ist ebenfalls beigelegt.

Hinweis:

Die Gewinnung aus dem Bewilligungsfeld ist förderabgabepflichtig. Die Abgabe der Voranmeldungen und Erklärungen zur Förderabgabe erfolgt über ein **Online-Verfahren**. Weitere Informationen hierzu entnehmen Sie bitte der Internetseite des LBEG unter dem Thema Bergbau/Feldes- und Förderabgabe.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

Bewilligungsbescheid

- Nr. 1 Gemäß §§ 8, 10 und 12 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, wird der RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg, auf den Antrag vom 02.12.2011 die Bewilligung erteilt, in dem Feld Schwedeneck-See Kohlenwasserstoffe innerhalb der rot umrandeten Begrenzung des zu dieser Bewilligung gehörenden Lagerisses aufzusuchen und zu gewinnen.

Das Bewilligungsfeld erstreckt sich über eine Fläche von 44.556.300 Quadratmetern. Die vom Bewilligungsfeld berührten Landflächen liegen im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Die berührten Meeresflächen der Ostsee befinden sich in der 12 Seemeilen-Zone, dem Küstenmeer des Landes Schleswig-Holsteins.

- Nr. 2 Die Bewilligung wird vom 01.04.2013 für die Dauer von 4 Jahren bis zum 31.03.2017 erteilt.

- Nr. 3 Für die Erteilung der Bewilligung erhebe ich gemäß Tarifstelle 3.2.2 des Allgemeinen Gebührentarifs der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 15.10.2008 (GVObI. Schl.-H. 2008, S. 383), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, eine Verwaltungsgebühr von Euro.

Hinweise:

Die Erteilung einer Bewilligung nach § 8 BBergG stellt einen Rechtstitel dar, mit dem ihnen aufgrund der nachgewiesenen Eignung das grundsätzliche und ausschließliche Recht zugewiesen wird, die Aufsuchung und Gewinnung des in der Bewilligung bezeichneten Bodenschatzes (Kohlenwasserstoffe) in dem zugesprochenen Bewilligungsfeld vorzunehmen und das Eigentum an diesem Bodenschatz zu erwerben. Tatsächliche Aufsuchungs- und Gewinnungshandlungen, wie etwa die im Antrag genannte Wiedererschließungsbohrung oder eine mit Seismik verbundene Extended-Reach-Bohrung, sind nicht Gegenstand dieser Bewilligung. Über ihre mögliche Zulassung ist ggf. in einem separaten Verfahren zur Zulassung eines Betriebsplanes (§ 51 ff BBergG) zu entscheiden.

Gleichwohl mache ich schon jetzt darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Beteiligung nach § 15 BBergG die oberste Naturschutzbehörde des Landes Schleswig-Holstein schon im Verfahren nach § 8 BBergG sowohl zu einer später möglichen Wiedererschließungsbohrung sowie ggf. erforderlicher Seismik, als auch einer späteren möglichen Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen, insbesondere eine mit Seismik verbundene Extentend-Reach-Bohrung, erhebliche naturschutzfachliche Bedenken geltend gemacht hat. Danach sollen die nachfolgend aufgeführten europäischen Schutzgebiete (Natura 2000-Gebiet) unabhängig von den rechtlichen Bestimmungen für weitere Maßnahmen und Vorhaben im Rahmen der Betriebspläne nicht in Anspruch genommen werden.

1. EG-Vogelschutzgebiet DE 1524-491 "Eckernförder Bucht mit Flachgründen"
2. FFH-Gebiet DE 1526-391 „Südküste der Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe"
3. FFH-Gebiet DE 1526-353 „Naturwald Stodthagen und angrenzende Hochmoore"

Diese Natura 2000-Gebiete sind der EU-Kommission verbindlich gemeldet und mit ihren gebietsspezifischen Erhaltungszielen öffentlich bekannt gemacht. Alle erforderlichen Informationen zu den Gebieten stehen im Internet unter

[http://www.schleswig-](http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html)

[holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html](http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html) zur Verfügung.

Das beantragte Bewilligungsfeld und evtl. damit verbundene Maßnahmen liegen im Bereich dieser Gebiete. Ich mache darauf aufmerksam, dass nach § 33 Abs. 1 BNatSchG alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebietes in seinem für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile führen können, unzulässig sind.

Zum Schutzzweck des o.g. FFH-Gebietes „Südküste Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe" gehört u.a. der Schutz der Schweinswale. Dieser Schutzzweck beinhaltet die Erhaltung

- lebensfähiger Bestände und eines natürlichen Reproduktionsvermögens, einschließlich des Überlebens der Jungtiere,
- von naturnahen Küstengewässern der Ostsee, insbesondere von produktiven Flachwasserzonen bis 20 m Tiefe,
- von störungsarmen Bereichen mit geringer Unterwasserschallbelastung,
- der Nahrungsfischbestände sowie
- Sicherstellung einer möglichst geringen Schadstoffbelastung der Küstengewässer.

Diese Aspekte sind auch zur Erreichung der Ziele der EG-Wasserrahmenrichtlinie und der EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie in den gesamten Küstengewässern von Relevanz.

Der Schweinswal gehört darüber hinaus zu den bedrohten Tierarten. Die Staaten der Europäischen Union sind u.a. aufgrund der FFH-Richtlinie (Art. 12 Buchstabe b der FFH-Richtlinie untersagt jede Beeinträchtigung) und dem Kleinwalabkommen ASCOBANS verpflichtet, Schweinswale zu schützen. Er gehört als Anhang IV-Art zu den streng geschützten Arten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 16 BNatSchG.

Die Tötung, Verletzung oder erhebliche Störung der Tiere fallen unter die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG. Dies ist insbesondere mit dem durch Seismik oder auch durch Rammung verbundenen Lärm zu befürchten.

Vor diesem Hintergrund unterliegt nach heutiger Kenntnislage ein Antrag auf eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel einer Aufnahme der Förderung auf See wie auch die mit einer Extended-Reach-Bohrung im marinen Bereich verbundene Seismik im Rahmen eines Betriebsplanverfahrens durchgreifenden, erheblichen naturschutzrechtlichen Bedenken. Eine mögliche Genehmigungsfähigkeit entsprechender Anträge ist daher ungewiss. Dies gilt insbesondere für seismische

Untersuchungen im marinen Bereich, denen artenschutzrechtliche Bestimmungen (Schweinswal) sowie der Schutzzweck des o.g. marinen Natura 2000-Schutzgebietes (Schweinswal) entgegenstehen und für die eine Genehmigungsfähigkeit derzeit nicht gesehen wird.

Darüber hinaus befindet sich auf der gesamten Küstenlänge ein parallel verlaufendes Geotop mit gesetzlich geschützten Biotopen (Steilküste, Küstendüne). Ein bis zu 1 km breiter küstenparalleler Streifen ist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.

Auf der Höhe Dänisch Nienhof/Marienhof befindet sich weiterhin das FFH-Gebiet DE 1623-363 „Stohl“, das den Lebensraum einer Rotbauchunkenpopulation umfasst, die gemäß der Roten Liste der Amphibien und Reptilien für Schleswig-Holstein als stark gefährdet gilt. Gleichzeitig zählt sie laut Anhang II der FFH-Richtlinie zu den Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse, für deren Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen.

Sowohl im Bereich des Küstensaumes als auch im anschließenden Wald- und Niederungskomplex befindet sich eine Vielzahl gesetzlich geschützter Biotope wie Knicks und Bachschluchten, die von großer Bedeutung für die dauerhafte Sicherung von Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätte sind.

Auch diese naturschutzrechtlichen Aspekte sind in einem nachfolgenden Betriebsplan-Zulassungsverfahren vertieft zu prüfen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid sowie die Verwaltungskostenfestsetzung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen in 38678 Clausthal-Zellerfeld, An der Marktkirche 9, einzulegen.

Clausthal-Zellerfeld, den 13.03.2013

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Im Auftrage

**Landesamt für Bergbau,
Energie und Geologie**
Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein,
Hamburg, Bremen und Niedersachsen
L2.7/L67212/11-11_05/2012-0002

38678 Clausthal-Zellerfeld,
den 13.03.2013
An der Marktkirche 9

RWE Dea AG
Überseering 40
22297 Hamburg

Verwaltungsgebühren-Rechnung

Die in meiner Verfügung vom 13.03.2013 - L2.7/L67212/11-11_05/2012-0002 -
betreffend Erlaubnisfeld Preetz-Restfläche
Bewilligungsfeld: Schwedeneck-See
- Ihr Antrag vom 02.12.2011 - UOX-ED -

festgesetzte Verwaltungsgebühr von

EURO

(in Worten: 00/100 EURO)

gemäß Nr. 3.2.2 des Allgemeinen Gebührentarifs der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 15.10.2008 (GVObI. Schl.-H. 2008, S. 383), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, bitte ich innerhalb eines Monats auf das unten angegebene Konto unter Angabe des Kassenz Zeichens **04016141405200** zu überweisen.

**Finanzverwaltungsamt Schleswig-Holstein - Landeskasse –
Eckernförder Str. 117, 24116 Kiel**

Konto-Nr.: 210 015 05 bei der Deutschen Bundesbank Filiale Kiel (BLZ: 210 000 00)

IBAN: DE21 2100 0000 0021 0015 05, BIC: MARKDEF 1210

Bei Zahlungen aus dem Ausland bitte ich sicherzustellen, dass Bankspesen ausschließlich zu Ihren Lasten gehen.

Erfassungsbeleg für Einzelannahmeanordnungen

Belegdatum:	<div></div> <div>wird von 12 eingetragen</div>
DStNr.:	<div></div> <div>wird von 12 eingetragen</div>
Laufzeichen:	<div></div> <div>wird von 12 eingetragen</div>

Debitorenangaben:

(Zahlungspflichtiger/Schuldner)

Name:	RWE Dea AG
Vorname:	
Straße, Hausnummer:	Überseering 40
PLZ, Ort:	22297 Hamburg

Finanzposition:

1318.00.11104

(Epl / Kap. / TG / Titel / BA / UT)

Mahnschlüssel:

Standardeingaben 10, 40, 60

10

Betrag:

-

€

Basisdatum:

23.04.2013

Fälligkeitsdatum

Referenz (Kassenzeichen):

04016141405200

Verwendungszweck:

L2.7/L67212/11-11_05/2012-0002

Aktenzeichen

Zahlungsanzeige:

falls erforderlich

Ja

x

Nein

Von:

An:

Gesendet am: 14.03.2013 08:36:23

Betreff: Bewilligungserteilung Schwedeneck-See

Sehr geehrte Damen und Herren,

von der Zuteilung des Bewilligungsfeldes Schwedeneck-See werden Sie hiermit in Kenntnis gesetzt. Der Bescheid ist beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

Bewilligungsbescheid

- Nr. 1 Gemäß §§ 8, 10 und 12 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, wird der RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg, auf den Antrag vom 02.12.2011 die Bewilligung erteilt, in dem Feld Schwedeneck-See Kohlenwasserstoffe innerhalb der rot umrandeten Begrenzung des zu dieser Bewilligung gehörenden Lagerisses aufzusuchen und zu gewinnen.

Das Bewilligungsfeld erstreckt sich über eine Fläche von 44.556.300 Quadratmetern. Die vom Bewilligungsfeld berührten Landflächen liegen im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Die berührten Meeresflächen der Ostsee befinden sich in der 12 Seemeilen-Zone, dem Küstenmeer des Landes Schleswig-Holsteins.

- Nr. 2 Die Bewilligung wird vom 01.04.2013 für die Dauer von 4 Jahren bis zum 31.03.2017 erteilt.

- Nr. 3 Für die Erteilung der Bewilligung erhebe ich gemäß Tarifstelle 3.2.2 des Allgemeinen Gebührentarifs der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 15.10.2008 (GVObI. Schl.-H. 2008, S. 383), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, eine Verwaltungsgebühr von Euro.

Hinweise:

Die Erteilung einer Bewilligung nach § 8 BBergG stellt einen Rechtstitel dar, mit dem ihnen aufgrund der nachgewiesenen Eignung das grundsätzliche und ausschließliche Recht zugewiesen wird, die Aufsuchung und Gewinnung des in der Bewilligung bezeichneten Bodenschatzes (Kohlenwasserstoffe) in dem zugesprochenen Bewilligungsfeld vorzunehmen und das Eigentum an diesem Bodenschatz zu erwerben. Tatsächliche Aufsuchungs- und Gewinnungshandlungen, wie etwa die im Antrag genannte Wiedererschließungsbohrung oder eine mit Seismik verbundene Extended-Reach-Bohrung, sind nicht Gegenstand dieser Bewilligung. Über ihre mögliche Zulassung ist ggf. in einem separaten Verfahren zur Zulassung eines Betriebsplanes (§ 51 ff BBergG) zu entscheiden.

Gleichwohl mache ich schon jetzt darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Beteiligung nach § 15 BBergG die oberste Naturschutzbehörde des Landes Schleswig-Holstein schon im Verfahren nach § 8 BBergG sowohl zu einer später möglichen Wiedererschließungsbohrung sowie ggf. erforderlicher Seismik, als auch einer späteren möglichen Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen, insbesondere eine mit Seismik verbundene Extentend-Reach-Bohrung, erhebliche naturschutzfachliche Bedenken geltend gemacht hat. Danach sollen die nachfolgend aufgeführten europäischen Schutzgebiete (Natura 2000-Gebiet) unabhängig von den rechtlichen Bestimmungen für weitere Maßnahmen und Vorhaben im Rahmen der Betriebspläne nicht in Anspruch genommen werden.

1. EG-Vogelschutzgebiet DE 1524-491 "Eckernförder Bucht mit Flachgründen"
2. FFH-Gebiet DE 1526-391 „Südküste der Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe"
3. FFH-Gebiet DE 1526-353 „Naturwald Stodthagen und angrenzende Hochmoore"

Diese Natura 2000-Gebiete sind der EU-Kommission verbindlich gemeldet und mit ihren gebietsspezifischen Erhaltungszielen öffentlich bekannt gemacht. Alle erforderlichen Informationen zu den Gebieten stehen im Internet unter http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html zur Verfügung.

Das beantragte Bewilligungsfeld und evtl. damit verbundene Maßnahmen liegen im Bereich dieser Gebiete. Ich mache darauf aufmerksam, dass nach § 33 Abs. 1 BNatSchG alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebietes in seinem für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile führen können, unzulässig sind.

Das beantragte Bewilligungsfeld und evtl. damit verbundene Maßnahmen liegen im Bereich dieser Gebiete. Ich mache darauf aufmerksam, dass nach § 33 Abs. 1 BNatSchG alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebietes in seinem für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile führen können, unzulässig sind.

Zum Schutzzweck des o.g. FFH-Gebietes „Südküste Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe" gehört u.a. der Schutz der Schweinswale. Dieser Schutzzweck beinhaltet die Erhaltung

- lebensfähiger Bestände und eines natürlichen Reproduktionsvermögens, einschließlich des Überlebens der Jungtiere,
- von naturnahen Küstengewässern der Ostsee, insbesondere von produktiven Flachwasserzonen bis 20 m Tiefe,
- von störungsarmen Bereichen mit geringer Unterwasserschallbelastung,
- der Nahrungsfischbestände sowie
- Sicherstellung einer möglichst geringen Schadstoffbelastung der Küstengewässer.

Diese Aspekte sind auch zur Erreichung der Ziele der EG-Wasserrahmenrichtlinie und der EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie in den gesamten Küstengewässern von Relevanz.

Der Schweinswal gehört darüber hinaus zu den bedrohten Tierarten. Die Staaten der Europäischen Union sind u.a. aufgrund der FFH-Richtlinie (Art. 12 Buchstabe b der FFH-Richtlinie untersagt jede Beeinträchtigung) und dem Kleinwalabkommen ASCOBANS verpflichtet, Schweinswale zu schützen. Er gehört als Anhang IV-Art zu den streng geschützten Arten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 16 BNatSchG.

Die Tötung, Verletzung oder erhebliche Störung der Tiere fallen unter die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG. Dies ist insbesondere mit dem durch Seismik oder auch durch Rammung verbundenen Lärm zu befürchten.

Vor diesem Hintergrund unterliegt nach heutiger Kenntnislage ein Antrag auf eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel einer Aufnahme der Förderung auf See wie auch die mit einer Extended-Reach-Bohrung im marinen Bereich verbundene Seismik im Rahmen eines Betriebsplanverfahrens durchgreifenden, erheblichen naturschutzrechtlichen Bedenken. Eine mögliche Genehmigungsfähigkeit entsprechender Anträge ist daher ungewiss. Dies gilt insbesondere für seismische

Untersuchungen im marinen Bereich, denen artenschutzrechtliche Bestimmungen (Schweinswal) sowie der Schutzzweck des o.g. marinen Natura 2000-Schutzgebietes (Schweinswal) entgegenstehen und für die eine Genehmigungsfähigkeit derzeit nicht gesehen wird.

Darüber hinaus befindet sich auf der gesamten Küstenlänge ein parallel verlaufendes Geotop mit gesetzlich geschützten Biotopen (Steilküste, Küstendüne). Ein bis zu 1 km breiter küstenparalleler Streifen ist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.

Auf der Höhe Dänisch Nienhof/Marienhof befindet sich weiterhin das FFH-Gebiet DE 1623-363 „Stohl“, das den Lebensraum einer Rotbauchunkenpopulation umfasst, die gemäß der Roten Liste der Amphibien und Reptilien für Schleswig-Holstein als stark gefährdet gilt. Gleichzeitig zählt sie laut Anhang II der FFH-Richtlinie zu den Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse, für deren Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen.

Sowohl im Bereich des Küstensaumes als auch im anschließenden Wald- und Niederungskomplex befindet sich eine Vielzahl gesetzlich geschützter Biotope wie Knicks und Bachschluchten, die von großer Bedeutung für die dauerhafte Sicherung von Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätte sind.

Auch diese naturschutzrechtlichen Aspekte sind in einem nachfolgenden Betriebsplan-Zulassungsverfahren vertieft zu prüfen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid sowie die Verwaltungskostenfestsetzung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen in 38678 Clausthal-Zellerfeld, An der Marktkirche 9, einzulegen.

Clausthal-Zellerfeld, den 13.03.2013

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Im Auftrage

Vermerk zu L2.7/L67212/11-11 05/2012-0002

Anmerkung zu Punkt 4 der Verfügung:

- a) Die Bewilligung wurde in das Berechtsamsbuch und – karte übernommen
- b) Die Aktualisierung von Cardo und Internet wurde bei veranlasst.
- c) Die Nettofläche der Erlaubnis Preetz-Restfläche beträgt nach Abzug der Bewilligungsfelder Plön-Ost, Preetz, Praßdorf und Schwedeneck-See ab 01.04.2013

669.395.300 m²

Gez. 08.04.2013

Bewilligungsbescheid

- Nr. 1 Gemäß §§ 8, 10 und 12 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, wird der RWE Dea AG, Überseering 40, 22297 Hamburg, auf den Antrag vom 02.12.2011 die Bewilligung erteilt, in dem Feld Schwedeneck-See Kohlenwasserstoffe innerhalb der rot umrandeten Begrenzung des zu dieser Bewilligung gehörenden Lagerisses aufzusuchen und zu gewinnen.

Das Bewilligungsfeld erstreckt sich über eine Fläche von 44.556.300 Quadratmetern. Die vom Bewilligungsfeld berührten Landflächen liegen im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Die berührten Meeresflächen der Ostsee befinden sich in der 12 Seemeilen-Zone, dem Küstenmeer des Landes Schleswig-Holsteins.

- Nr. 2 Die Bewilligung wird vom 01.04.2013 für die Dauer von 4 Jahren bis zum 31.03.2017 erteilt.

- Nr. 3 Für die Erteilung der Bewilligung erhebe ich gemäß Tarifstelle 3.2.2 des Allgemeinen Gebührentarifs der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 15.10.2008 (GVObI. Schl.-H. 2008, S. 383), in der bei Erlass dieses Bescheides geltenden Fassung, eine Verwaltungsgebühr von Euro.

Hinweise:

Die Erteilung einer Bewilligung nach § 8 BBergG stellt einen Rechtstitel dar, mit dem ihnen aufgrund der nachgewiesenen Eignung das grundsätzliche und ausschließliche Recht zugewiesen wird, die Aufsuchung und Gewinnung des in der Bewilligung bezeichneten Bodenschatzes (Kohlenwasserstoffe) in dem zugesprochenen Bewilligungsfeld vorzunehmen und das Eigentum an diesem Bodenschatz zu erwerben. Tatsächliche Aufsuchungs- und Gewinnungshandlungen, wie etwa die im Antrag genannte Wiedererschließungsbohrung oder eine mit Seismik verbundene Extended-Reach-Bohrung, sind nicht Gegenstand dieser Bewilligung. Über ihre mögliche Zulassung ist ggf. in einem separaten Verfahren zur Zulassung eines Betriebsplanes (§ 51 ff BBergG) zu entscheiden.

Gleichwohl mache ich schon jetzt darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Beteiligung nach § 15 BBergG die oberste Naturschutzbehörde des Landes Schleswig-Holstein schon im Verfahren nach § 8 BBergG sowohl zu einer später möglichen Wiedererschließungsbohrung sowie ggf. erforderlicher Seismik, als auch einer späteren möglichen Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen, insbesondere eine mit Seismik verbundene Extentend-Reach-Bohrung, erhebliche naturschutzfachliche Bedenken geltend gemacht hat. Danach sollen die nachfolgend aufgeführten europäischen Schutzgebiete (Natura 2000-Gebiet) unabhängig von den rechtlichen Bestimmungen für weitere Maßnahmen und Vorhaben im Rahmen der Betriebspläne nicht in Anspruch genommen werden.

1. EG-Vogelschutzgebiet DE 1524-491 "Eckernförder Bucht mit Flachgründen"
2. FFH-Gebiet DE 1526-391 „Südküste der Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe"
3. FFH-Gebiet DE 1526-353 „Naturwald Stodthagen und angrenzende Hochmoore"

Diese Natura 2000-Gebiete sind der EU-Kommission verbindlich gemeldet und mit ihren gebietsspezifischen Erhaltungszielen öffentlich bekannt gemacht. Alle erforderlichen Informationen zu den Gebieten stehen im Internet unter

http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/05_Natura2000/023_FFH_Gebiete/ein_node.html zur Verfügung.

Das beantragte Bewilligungsfeld und evtl. damit verbundene Maßnahmen liegen im Bereich dieser Gebiete. Ich mache darauf aufmerksam, dass nach § 33 Abs. 1 BNatSchG alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebietes in seinem für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile führen können, unzulässig sind.

Zum Schutzzweck des o.g. FFH-Gebietes „Südküste Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe" gehört u.a. der Schutz der Schweinswale. Dieser Schutzzweck beinhaltet die Erhaltung

- lebensfähiger Bestände und eines natürlichen Reproduktionsvermögens, einschließlich des Überlebens der Jungtiere,
- von naturnahen Küstengewässern der Ostsee, insbesondere von produktiven Flachwasserzonen bis 20 m Tiefe,
- von störungsarmen Bereichen mit geringer Unterwasserschallbelastung,
- der Nahrungsfischbestände sowie
- Sicherstellung einer möglichst geringen Schadstoffbelastung der Küstengewässer.

Diese Aspekte sind auch zur Erreichung der Ziele der EG-Wasserrahmenrichtlinie und der EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie in den gesamten Küstengewässern von Relevanz.

Der Schweinswal gehört darüber hinaus zu den bedrohten Tierarten. Die Staaten der Europäischen Union sind u.a. aufgrund der FFH-Richtlinie (Art. 12 Buchstabe b der FFH-Richtlinie untersagt jede Beeinträchtigung) und dem Kleinwalabkommen ASCOBANS verpflichtet, Schweinswale zu schützen. Er gehört als Anhang IV-Art zu den streng geschützten Arten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 16 BNatSchG.

Die Tötung, Verletzung oder erhebliche Störung der Tiere fallen unter die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG. Dies ist insbesondere mit dem durch Seismik oder auch durch Rammung verbundenen Lärm zu befürchten.

Vor diesem Hintergrund unterliegt nach heutiger Kenntnislage ein Antrag auf eine Wiedererschließungsbohrung mit dem Ziel einer Aufnahme der Förderung auf See wie auch die mit einer Extended-Reach-Bohrung im marinen Bereich verbundene Seismik im Rahmen eines Betriebsplanverfahrens durchgreifenden, erheblichen naturschutzrechtlichen Bedenken. Eine mögliche Genehmigungsfähigkeit entsprechender Anträge ist daher ungewiss. Dies gilt insbesondere für seismische

Untersuchungen im marinen Bereich, denen artenschutzrechtliche Bestimmungen (Schweinswal) sowie der Schutzzweck des o.g. marinen Natura 2000-Schutzgebietes (Schweinswal) entgegenstehen und für die eine Genehmigungsfähigkeit derzeit nicht gesehen wird.

Darüber hinaus befindet sich auf der gesamten Küstenlänge ein parallel verlaufendes Geotop mit gesetzlich geschützten Biotopen (Steilküste, Küstendüne). Ein bis zu 1 km breiter küstenparalleler Streifen ist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.

Auf der Höhe Dänisch Nienhof/Marienhof befindet sich weiterhin das FFH-Gebiet DE 1623-363 „Stohl“, das den Lebensraum einer Rotbauchunkenpopulation umfasst, die gemäß der Roten Liste der Amphibien und Reptilien für Schleswig-Holstein als stark gefährdet gilt. Gleichzeitig zählt sie laut Anhang II der FFH-Richtlinie zu den Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse, für deren Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen.

Sowohl im Bereich des Küstensaumes als auch im anschließenden Wald- und Niederungskomplex befindet sich eine Vielzahl gesetzlich geschützter Biotope wie Knicks und Bachschluchten, die von großer Bedeutung für die dauerhafte Sicherung von Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätte sind.

Auch diese naturschutzrechtlichen Aspekte sind in einem nachfolgenden Betriebsplan-Zulassungsverfahren vertieft zu prüfen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid sowie die Verwaltungskostenfestsetzung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Bergbehörde für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen in 38678 Clausthal-Zellerfeld, An der Marktkirche 9, einzulegen.

Clausthal-Zellerfeld, den 13.03.2013

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Im Auftrage

gez.

(L.S.)

L2.7/L67212/11-11_05/2012-0002

Berlaublot

Verwaltungsangestellte



A N L A G E

**zur Streckung des Bewilligungsfeldes
zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen**

„Schwedeneck-See“

der

RWE Dea AKTIENGESELLSCHAFT

Hamburg

Angefertigt im Dezember 2011
RWE Dea AG
Contracting & Survey
Schachtstr. 76, 29323 Wietze

zur Anlage gehören:

- a) Inhaltsverzeichnis
- b) Berechnungsunterlagen

INHALTSVERZEICHNIS

Bohrlochbild

Seite 1

Abweichungsmessung

Seite 2

Bohrlochschild 18. 7. 1978
Verfüllungsbericht 28. 7. 1978

gefertigt von H. Kasten
gefertigt von H. Kasten

Bergamt: Celle

Firma:
WINTERSHALL AG
Erdölwerke

Gerechsam-Inhaber: Wintershall AG
Rechtsgrundlage: Konz. Schwedeneck B. 20 239
Beteiligte: Texaco 50 %
Bohrunternehmer: Hubbohrinsel Penrod 65

Bohrung: Schwedeneck-See 1 Erdölbohrung Art: Aufschluß - B. (B.1)
(Bezeichnung) (Zweck/Ziel)

Erster und letzter Bohrtag: 6. 7. - 17. 7. 1978 Bohrverfahren: Rotary
Bohrbetriebsplan zugelassen am: 11. 5. 1978 G. Nr. 14/78-B zu B. 20 239
Förderbetriebsplan zugelassen am: G. Nr.
Verfüllungsbetriebsplan zugelassen am: G. Nr.

Meßtischblatt-Nr.: L 1526 Endg. Koord. (Ansatzpunkt): R. 3570451 H. 6049467
Landkreis: b. 1740 m (Landepunkt): R. H.
Gemeinde: Ostsee Abweichung in m: 36,16 Tz. 0,84 m un-gewollt
Gemarkung: nach Azimut : 177° 56'
Flur: Flurstück: Höhe über NN:

	1. (Förder) horizont	2. —horizont	3. —horizont
Lagerstätten:			
Teufe von — bis:	1550 - 1563,7 m		
Perforationsstrecken:	1549 - 1557,5 (110)		
Porosität:	30		
Permeabilität:	1000 - 3000 md		
Gefördertes Medium:	Erdöl		
Lagerstättendruck:			
Speicherhorizonte:			
Teufe von — bis:			
Porosität:			
Permeabilität:			

Erster u. letzter Fördertag:
Anfangsförderung:
Gaszusammensetzung:

Verfüllende Fa.: Penrod
Aufsichtspersonen:
Toolpusher:

Gepl. max. Förderrate:
Förderart:
Gesamtförderung:

Grund der Verfüllung: Offshore
Art der Verfüllung: Zement + Spülung
Verfüllung beendet: 28. 7. 1978
Betriebsführer für den Operator:

30. 7. 78
Datum

Teufe (m)		Geolog. Angaben		Techn. Angaben	
M.1:5000/10000		Drehtischoberkante			
	27,7				
	49,7	Meeresboden		30"-Standrohr	49,7m Meeresboden
		Quartär		74,- gerammt	30" Rohrb. 52,4 m
	167,-	Schichtlücke			u. 95/8" Rohre b. 54 m
	247,-	Miozän			geschnitten u. ausgebaut.
		Transgression			60,-
	322,-	Oligozän			Z.B. mit 5.1 t
		Transgression			B.P. b. 160m
		Oberozän			
	509,-				
	ca. 565,-	Untereozän 4		95/8" z	Z.B. mit 9.5 t
				555,40 52,5 t	
	643,-	Untereozän 3			570,-
					7" Rohre b. 602 m geschnitten
	742,5	Untereozän 2+1			u. ausgebaut
	784,-	Paläozän			700,-
		Transgression			
	787,5	Schichtlücke			
	840,5	Unt. Obermaastricht			
	884,-	Ob. Untermaastricht			
	933,-	Unt. Untermaastricht			
		Obercampan			
	1105,5				1050,-
					Z.B. mit 2,975 t
	1193,-	Untercampan			1150,-
	1276,-	Santon			
	1306,5	Coniac			
	1440,-	Turon			
	1476,5	Cenoman			
	1480,5	Alb			
		Transgression			
	1495,-	Dogger gamma-Sandstein			1438,-
	1520-1525	Schichtlücke			Z.B. mit 3,25 t
	1550-1563,7	Dogger beta			1538,- 7" BP
	1600,5	Schichtlücke			2,5 t Zementbrühe in den
	1636,5	Lias epsilon			Träger gepresst.
	ca. 1710,-	Lias delta			
	1742,5	Lias gamma			



DEUTSCHE TEXACO AKTIENGESELLSCHAFT

BOHRLOCHSABWEICHUNG

SCHWEDENECK-SEE 1 (A-3) KORRIGIERT

HAMBURG

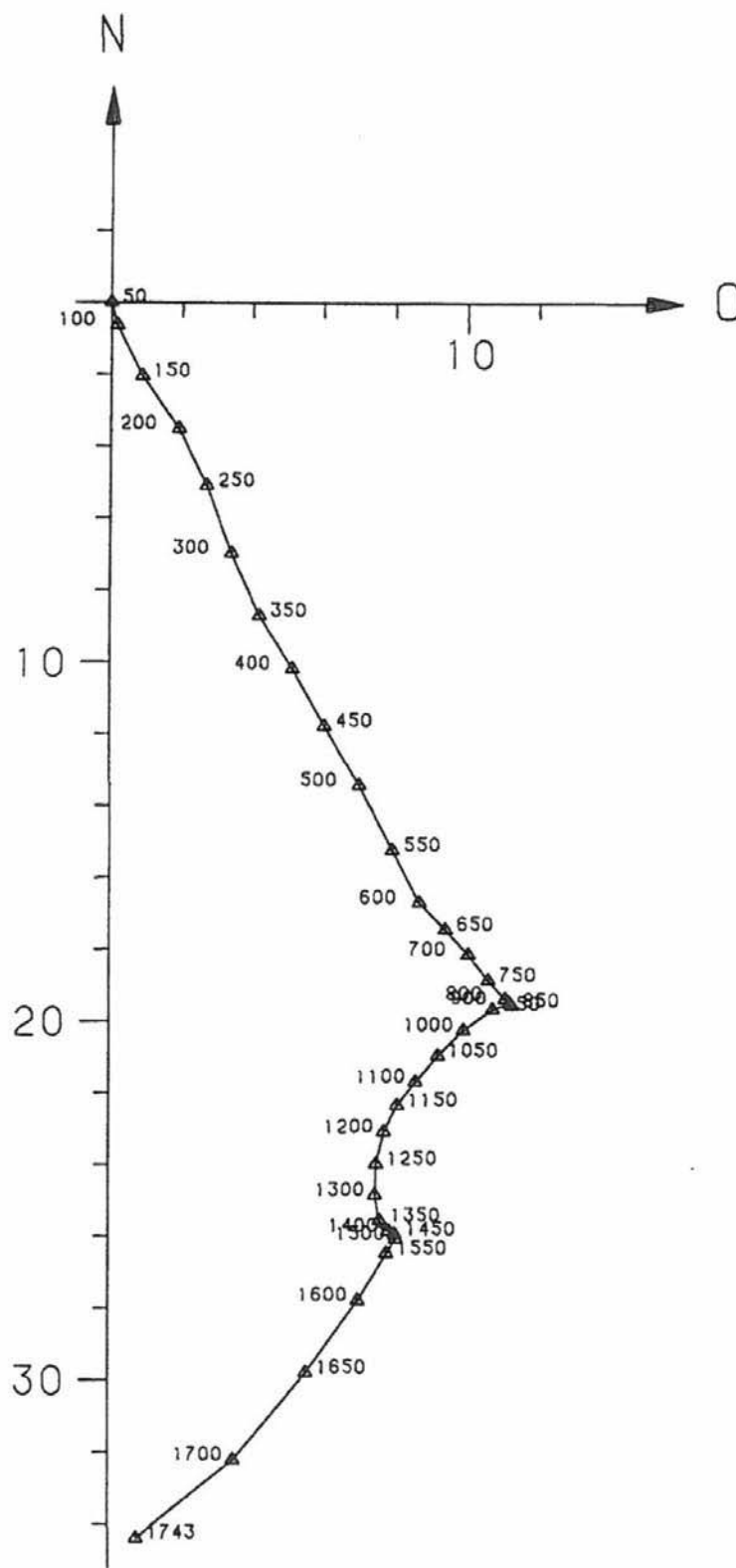
14. 6.85

2

M 1 : 200

SCHMIEGUNGSKREISVERFAHREN

GESAMTABWEICHUNG 34.40 M / AZIMUT = 178.7 GRAD



DEUTSCHE TEXACO AKTIEGESELLSCHAFT
AUFSCHLUSS UND GEMINUNG

14. 6. 65

SCHWEDENFCK-SEE 1 (A-3) KORRIGIERT

SCHLUTTERGER

ENTTIEFE DER BOHRUNG 1742.50 M

BOHRE UEBER NN

27.70 M

R:35 70 451 R:60 49 467

ABWEICHUNGSPFECHUNG NACH DEN TANGENTEN- UND SCHWIEGUNGSKALISVERFAHREN FUER 35 TEUFENPUNKTE

EINGABEDATEN

PHI(GRAD) THETA(GRAD) TIEFE(M)

0.0	0.0	50.00
1.50	165.00	100.00
1.20	145.00	150.00
1.90	145.00	200.00
2.20	160.00	250.00
2.40	160.00	300.00
2.00	150.00	350.00
2.00	145.00	400.00
2.20	155.00	450.00
2.20	145.00	500.00
2.50	160.00	550.00
1.30	140.00	600.00
1.10	130.00	650.00
1.10	145.00	700.00
1.00	140.00	750.00
0.60	135.00	800.00
0.0	0.0	850.00
0.20	320.00	900.00
1.10	240.00	950.00
1.20	230.00	1000.00
1.10	220.00	1050.00
1.10	220.00	1100.00
0.80	215.00	1150.00
1.10	200.00	1200.00
1.00	185.00	1250.00
1.00	180.00	1300.00
0.70	155.00	1350.00
0.30	95.00	1400.00
0.20	160.00	1450.00
0.10	180.00	1500.00
1.00	215.00	1550.00
2.50	210.00	1600.00
3.20	220.00	1650.00
4.10	220.00	1700.00
5.40	240.00	1742.50

ANLAGE = FLNROD 65-KN = DREHTISCH
30° CONDUCTOR = 74.00 M
9°/E° CSG = 555.30 M
7° CSG = 1644.40 M
BOHRZEIT 6.7 s 17.7.70

DEUTSCHE TEXACO AKTIENGESellschaft
AUFschLUSS UND GEWINNUNG

14. 6.85

SCHNEDELOCK-SEL 1 (A-2) KORRIGIERT

SCHLUFBERGER

ENTTEUFE DER BOHRUNG 1742.50 M

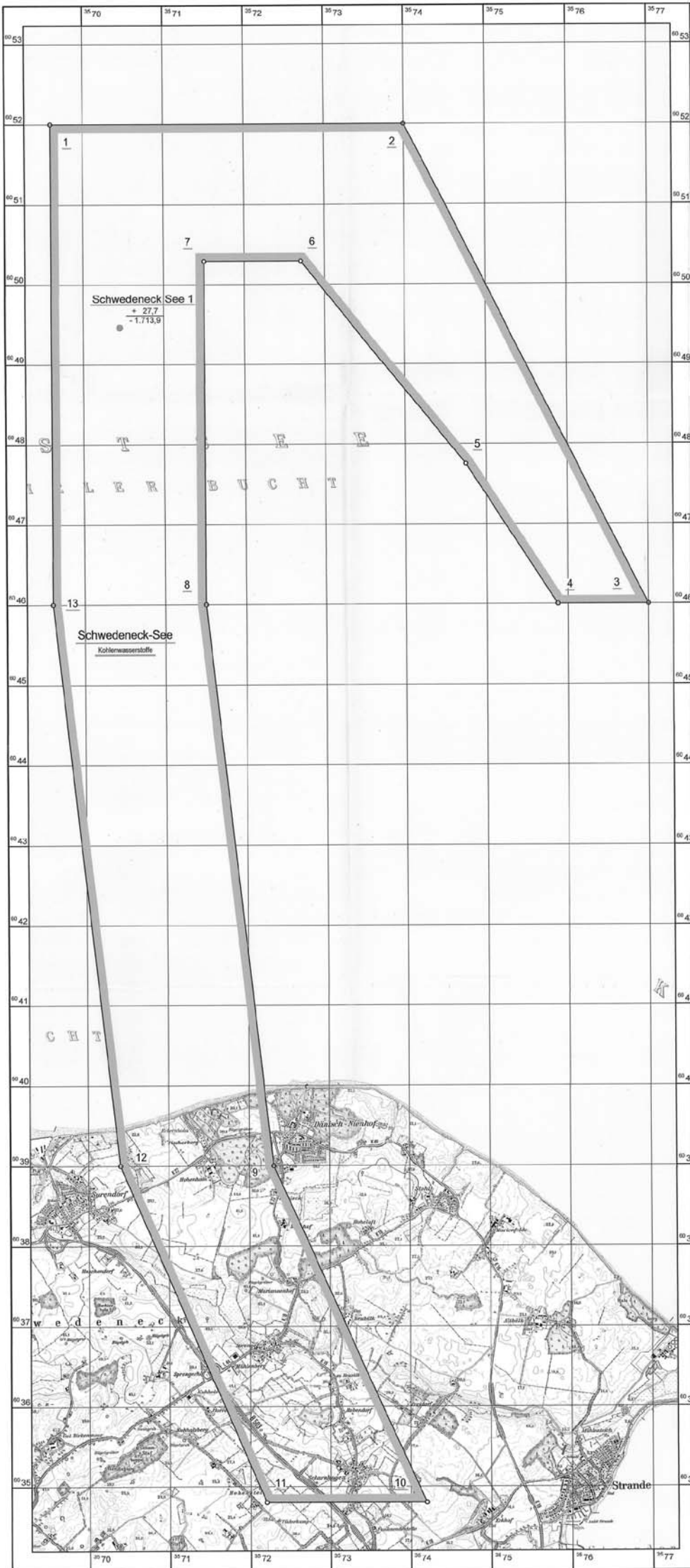
BOHRE UELLER NN

27.70 M

R:35 70 451 H:60 45 467

BERECHNUNG DER ABWICKLUNG ALPHA UND DER BOHRLÖCHSABWEICHUNG NACH DEM SCHWILGUNGSKREISVERFAHREN

TEUFENBEREICH (M)	ALPHA (GRAD/100M) (GRAD/3CM)	SCHWILGUNGS- F/EIUS (°)	TEUFE (M)	VERTIKALE TEUFE (M)	TEUFEN- VERLUST (M)	NORD(+) SÜD(-) (M)	OST(+) WEST(-) (M)	GESAMTABWEICHUNG (M/GRAD AZIMUT)
0.00 - 50.00	0.00	0.00	50.00	50.00	0.00	0.00	0.00	0.00/0.00
50.00 - 100.00	0.000	0.000	100.00	99.99	0.01	-0.63	0.17	0.65/165.0
100.00 - 150.00	1.845	0.505	150.00	149.97	0.03	-2.05	0.89	2.23/156.6
150.00 - 200.00	0.600	0.100	200.00	199.94	0.06	-3.52	1.92	4.00/151.4
200.00 - 250.00	1.225	0.367	250.00	249.90	0.10	-5.10	2.72	5.78/151.9
250.00 - 300.00	0.402	0.120	300.00	299.86	0.14	-6.98	3.41	7.77/154.0
300.00 - 350.00	1.106	0.332	350.00	349.83	0.17	-8.72	4.20	9.68/154.3
350.00 - 400.00	0.347	0.104	400.00	399.80	0.20	-10.19	5.14	11.41/153.3
400.00 - 450.00	0.834	0.250	450.00	449.76	0.24	-11.78	6.04	13.24/152.8
450.00 - 500.00	0.766	0.230	500.00	499.73	0.27	-13.43	7.00	15.15/152.5
500.00 - 550.00	1.363	0.400	550.00	549.68	0.32	-15.24	7.92	17.18/152.5
550.00 - 600.00	2.707	0.812	600.00	599.60	0.34	-16.70	8.66	18.81/152.6
600.00 - 650.00	0.577	0.173	650.00	649.64	0.36	-17.45	9.39	19.81/151.7
650.00 - 700.00	0.575	0.172	700.00	699.64	0.36	-18.15	10.03	20.74/151.1
700.00 - 750.00	0.274	0.062	750.00	749.63	0.37	-18.87	10.59	21.64/150.7
750.00 - 800.00	0.611	0.243	800.00	799.62	0.38	-19.39	11.06	22.32/150.3
800.00 - 850.00	1.199	0.360	850.00	849.62	0.38	-19.58	11.24	22.58/150.1
850.00 - 900.00	0.400	0.120	900.00	899.62	0.38	-19.51	11.18	22.49/150.2
900.00 - 950.00	2.166	0.600	950.00	949.62	0.38	-19.68	10.71	22.41/151.4
950.00 - 1000.00	0.448	0.134	1000.00	999.61	0.39	-20.26	9.90	22.55/154.0
1000.00 - 1050.00	0.440	0.124	1050.00	1049.60	0.40	-20.97	9.29	22.89/156.3
1050.00 - 1100.00	0.00	0.00	1100.00	1099.59	0.41	-21.70	8.57	23.33/158.5
1100.00 - 1150.00	0.622	0.167	1150.00	1149.58	0.42	-22.35	8.06	23.76/160.2
1150.00 - 1200.00	0.774	0.175	1200.00	1199.57	0.43	-23.09	7.70	24.34/161.6
1200.00 - 1250.00	0.503	0.175	1250.00	1249.56	0.44	-23.98	7.49	25.12/162.6
1250.00 - 1300.00	0.177	0.053	1300.00	1299.56	0.44	-24.85	7.46	25.94/163.3
1300.00 - 1350.00	0.940	0.212	1350.00	1349.55	0.45	-25.56	7.59	26.66/163.5
1350.00 - 1400.00	1.210	0.365	1400.00	1399.55	0.45	-25.85	7.84	27.01/163.1
1400.00 - 1450.00	0.562	0.109	1450.00	1449.55	0.45	-25.94	8.01	27.15/162.9
1450.00 - 1500.00	0.220	0.066	1500.00	1499.55	0.45	-26.07	8.04	27.59/163.6
1500.00 - 1550.00	1.440	0.622	1550.00	1549.55	0.45	-26.47	7.78	28.64/165.9
1550.00 - 1600.00	1.012	0.304	1600.00	1599.52	0.48	-27.77	6.99	28.64/165.9
1600.00 - 1650.00	1.712	0.514	1650.00	1649.46	0.54	-29.78	5.55	30.30/169.5
1650.00 - 1700.00	1.600	0.440	1700.00	1699.36	0.64	-32.22	3.50	32.41/173.8
1700.00 - 1742.50	4.910	1.473	1742.50	1741.71	0.79	-34.39	0.79	34.40/178.7



Koordinaten der Feldeseckpunkte

Punkt-Nr.	Rechtswert	Hochwert
1	35 59 600,00	60 52 000,00
2	35 74 000,00	60 52 000,00
3	35 77 000,00	60 46 000,00
4	35 75 580,00	60 46 000,00
5	35 74 750,00	60 47 750,00
6	35 72 700,00	60 50 290,00
7	35 71 500,00	60 50 290,00
8	35 71 500,00	60 45 000,00
9	35 72 300,00	60 39 000,00
10	35 74 200,00	60 34 800,00
11	35 72 200,00	60 34 800,00
12	35 70 400,00	60 39 000,00
13	35 59 600,00	60 45 000,00

Fundbohrung Schwedeneck-See 1

Ansatzpunkt	35 70 451	60 49 467
-------------	-----------	-----------

Fächeninhalt des Bewilligungsfeldes unter Berücksichtigung der Projektionsverzerrung :
44.556.300 m²

COO. 2164.100.4.254118
 10.04.2013
 Erlaubnisf. Schwedeneck-See
 L2.7

RWE Dea AG

Lagerisr für das Bewilligungsfeld

"Schwedeneck-See"

zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen

Land Schleswig-Holstein
 Kreis Rendsburg-Eckernförde,
 Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland in der Ostsee

Maßstab 1 : 25.000

Ausschnitt aus TK25 des BKG

Koordinatensystem : Gauß - Krüger Abbildung

Angefertigt im Dezember 2011

Dipl.Ing.

Zur Urkunde zur Erteilung der Bewilligung
 vom 13.03.2013
 Az.: L2.7/L67212/11-11_05/2012-0002 gehörend.
 Clausen-Zellerfeld, d. 13.03.2013
 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
 im Auftrage
 des

Beauftragter
 Verwaltungsgeschäft





C00.2164.100.4.218494

20.12.2012

RWE, Schwedeneck-See, Lage

L2.7

ANLAGE

**zur Streckung des Bewilligungsfeldes
zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen**

„Schwedeneck-See“

der

RWE Dea AKTIENGESELLSCHAFT

Hamburg

Angefertigt im Dezember 2011
RWE Dea AG
Contracting & Survey
Schachtstr. 76, 29323 Wietze

zur Anlage gehören:

- a) Inhaltsverzeichnis
- b) Berechnungsunterlagen

Dipl.-Ing.

INHALTSVERZEICHNIS

Bohrlochbild

Seite 1

Abweichungsmessung

Seite 2

Bohrlochschild 18. 7. 1978
Verfüllungsbericht 28. 7. 1978

gefertigt von H. Kasten
gefertigt von H. Kasten

Bergamt: Celle

Firma:
WINTERSHALL AG
Erdölwerke

Gerechtsame-Inhaber: Wintershall AG
Rechtsgrundlage: Konz. Schwedeneck B. 20 239
Beteiligte: Texaco 50 %
Bohrunternehmer: Hubbohrinsel Penrod 65

Bohrung: Schwedeneck-See 1 Erdölbohrung Art: Aufschluß - B. (B.1)
(Bezeichnung) (Zweck/Ziel)

Erster und letzter Bohrtag: 6. 7. - 17. 7. 1978 Bohrverfahren: Rotary
Bohrbetriebsplan zugelassen am: 11. 5. 1978 G. Nr. 14/78-B zu B. 20 239
Förderbetriebsplan zugelassen am: G. Nr.
Verfüllungsbetriebsplan zugelassen am: G. Nr.

Meßtischblatt-Nr.: L 15 26 Endg. Koord. (Ansatzpunkt): R. 35 70 451 H. 60 49 467
Landkreis: b. 1740 m (Landepunkt): R. H.
Gemeinde: Ostsee Abweichung in m: 36,16 Tz. 0,84 m un-gewollt
Gemarkung: nach Azimut : 177° 56'
Flur: Flurstück: Höhe über NN:

Lagerstätten:
Teufe von — bis: 1550 - 1563,7 m
Perforationsstrecken: 1549 - 1557,5 (110)
Porosität: 30
Permeabilität: 1000 - 3000 md
Gefördertes Medium: Erdöl
Lagerstättendruck:
Speicherhorizonte:
Teufe von — bis:
Porosität:
Permeabilität:

Erster u. letzter Fördertag:
Anfangsförderung:
Gaszusammensetzung:

Verfüllende Fa.: Penrod
Aufsichtspersonen:
Toolpusher:

unterschrift

Gepl. max. Förderrate:
Förderart:
Gesamtförderung:

Grund der Verfüllung: Offshore
Art der Verfüllung: Zement + Spülung
Verfüllung beendet: 28. 7. 1978
Betriebsführer für den Operator:

30. 7. 78
Datum

Teufe (m)		Geolog. Angaben	Techn. Angaben	
M. 1:5000/10000		Drehtischoberkante	Verrohrung	Verfüllung
227				
49,7	Meeresboden		30"-Standrohr	49,7m Meeresboden
	Quartär		74,- gerammt	30" Rohrb. 52,4 m
167,-	Schichtlücke			u. 95/8" Rohrb. b. 54 m
247,-	Miozän			geschnitten u. ausgebaut.
	Transgression			60,-
322,-	Oligozän			Z.B. mit 5.1 t
	Transgression			B.P. b. 160 m
	Obereozän			
509,-				
ca. 565,-	Untereozän 4			
643,-	Untereozän 3			
742,5	Untereozän 2+1			
784,-	Paläozän			
	Transgression			
787,5	Schichtlücke			
840,5	Unt. Obermaastricht			
884,-	Ob. Untermaastricht			
933,-	Unt. Untermaastricht			
1105,5	Obercampan			
1193,-	Untercampan			
1276,-	Santon			
1306,5	Coniac			
1440,-	Turon			
1476,5	Cenoman			
1480,5	Alb			
1495,-	Transgression			
1520-1525	Dogger gamma-Sandstein			
1550-1563,7	Schichtlücke			
1600,5	Dogger beta			
1636,5	Schichtlücke			
ca. 1710,-	Lias epsilon			
1742,5	Lias delta			
	Lias gamma			



DEUTSCHE TEXACO AKTIENGESellschaft

HAMBURG

2

BOHRLOCHSABWEICHUNG

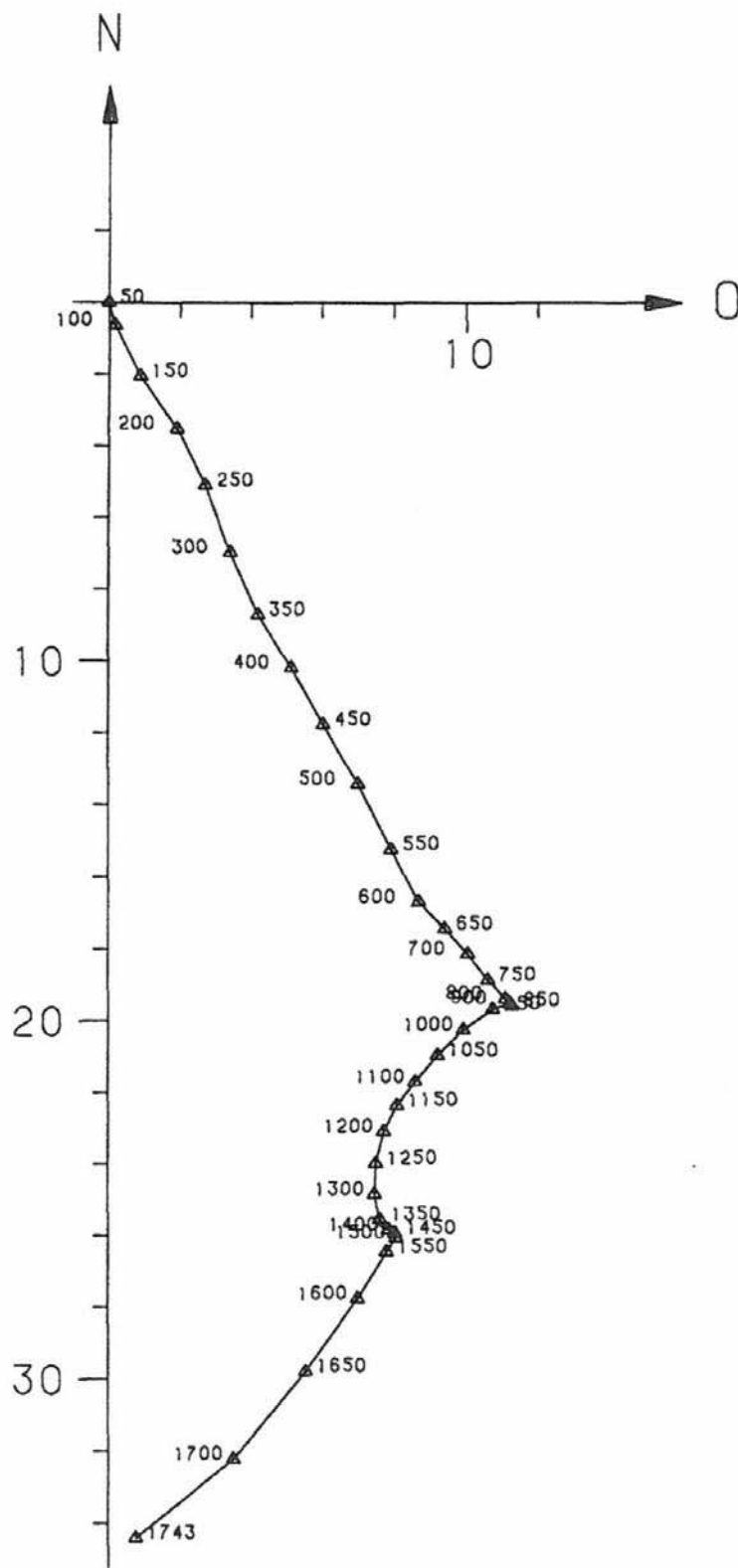
SCHWEDENECK-SEE 1 (A-3) KORRIGIERT

14. 6.85

M 1 : 200

SCHMIEGUNgSKREISVERFAHREN

GESAMTABWEICHUNG 34.40 M / AZIMUT = 178.7 GRAD



DEUTSCHE TEXACO AKTIENGESellschaft
AUFschLUSS UND GErwinNUNG

14. 6. 65

SCHWEDENFCK-SEE I (A-B) KORRIGIERT

SCHLUMBERGER

ENTTIEFE DER BOHRUNG 1742.50 F.

HOEHE UEBER NN

27.70 F

R:35 70 451 R:60 49 467

ABWEICHUNGSRECHNUNG NACH DEM TANGENTEN- UND SCHWIEGUNGSKEISVERFAHREN FUER 35 TIEFENPUNKTE
EINGABEDATEN

PHI(GRAD) THETA(GRAD) TIEFE(F)

0.0	0.0	50.00
1.50	165.00	100.00
2.20	145.00	150.00
1.90	145.00	200.00
2.20	160.00	250.00
2.40	160.00	300.00
2.00	145.00	350.00
2.00	145.00	400.00
2.20	155.00	450.00
2.20	145.00	500.00
2.50	160.00	550.00
1.90	140.00	600.00
1.10	130.00	650.00
1.10	145.00	700.00
1.00	140.00	750.00
0.60	135.00	800.00
0.0	0.0	850.00
0.20	320.00	900.00
1.10	240.00	950.00
1.20	230.00	1000.00
1.10	220.00	1050.00
1.10	220.00	1100.00
0.60	215.00	1150.00
1.10	200.00	1200.00
1.00	185.00	1250.00
1.00	180.00	1300.00
0.70	155.00	1350.00
0.30	95.00	1400.00
0.20	160.00	1450.00
0.10	180.00	1500.00
1.00	215.00	1550.00
2.50	210.00	1600.00
3.20	220.00	1650.00
4.10	220.00	1700.00
5.40	240.00	1742.50

ANLAGE = PENROD 65-NH = DREHTISCH
30" CONDUCTOR = 74.00 M
9" 5/8" CSG = 555.30 M
7" CSG = 1644.40 M
BOHRZEIT 6.7. FIS 17.7.70

DEUTSCHE TEXACO AKTIVGESELLSCHAFT
AUFSCHLUSS UND GEWINNUNG

14. 6.85

SCHWEDERSEE 1 (A-3) KORRIGIERT

SCHLUMBERGER

ENTTEUFE DER BOHRUNG 1742.50 F.

HOHE UELER NN

27.70 M

R:35 70 451 H:60 45 467

BERECHNUNG DER ABWICKLUNG ALPHA UND DER BOHRLOCHSABWEICHUNG NACH DEM SCHWIEGUNGSKREISVERFAHREN

TEUFENBEREICH (M)	ALPHA (GRAD/100M) (GRAD/3CM)	SCHWIEGUNGS- FÄHIGKEIT (M)	TEUFE (M)	VERTIKALE TEUFE (M)	TEUFEN- VERLUST (M)	NORD(+) SÜD(-) (M)	OST(+) WEST(-) (M)	GESAMTABWEICHUNG (M/GRAD AZIMUT)
0.00 - 50.00	0.00	0.00	50.00	50.00	0.00	0.00	0.00	0.00/ 0.00
50.00 - 100.00	3.000	0.900	100.00	99.99	0.01	-0.63	0.17	0.65/165.0
100.00 - 150.00	1.865	0.505	150.00	149.97	0.03	-2.05	0.89	2.23/156.6
150.00 - 200.00	0.600	0.100	200.00	199.94	0.06	-3.52	1.92	4.00/151.4
200.00 - 250.00	1.225	0.367	250.00	249.90	0.10	-5.10	2.72	5.78/151.9
250.00 - 300.00	0.402	0.150	300.00	299.86	0.14	-6.98	3.41	7.77/154.0
300.00 - 350.00	1.106	0.332	350.00	349.83	0.17	-8.72	4.20	9.68/154.3
350.00 - 400.00	0.347	0.104	400.00	399.80	0.20	-10.19	5.14	11.41/153.3
400.00 - 450.00	0.834	0.250	450.00	449.76	0.24	-11.78	6.04	13.24/152.8
450.00 - 500.00	0.766	0.230	500.00	499.73	0.27	-13.43	7.00	15.15/152.5
500.00 - 550.00	1.363	0.409	550.00	549.68	0.32	-15.24	7.92	17.18/152.5
550.00 - 600.00	2.707	0.812	600.00	599.60	0.34	-16.70	8.66	18.81/152.6
600.00 - 650.00	0.577	0.173	650.00	649.64	0.36	-17.45	9.39	19.81/151.7
650.00 - 700.00	0.575	0.172	700.00	699.64	0.36	-18.15	10.03	20.74/151.1
700.00 - 750.00	0.274	0.062	750.00	749.63	0.37	-18.87	10.59	21.64/150.7
750.00 - 800.00	0.811	0.243	800.00	799.62	0.38	-19.39	11.06	22.32/150.3
800.00 - 850.00	1.199	0.360	850.00	849.62	0.38	-19.58	11.24	22.58/150.1
850.00 - 900.00	0.400	0.120	900.00	899.62	0.38	-19.51	11.18	22.49/150.2
900.00 - 950.00	2.166	0.650	950.00	949.62	0.38	-19.68	10.71	22.41/151.4
950.00 - 1000.00	0.448	0.134	1000.00	999.61	0.39	-20.26	9.90	22.55/154.0
1000.00 - 1050.00	0.442	0.124	1050.00	1049.60	0.40	-20.97	9.19	22.89/156.3
1050.00 - 1100.00	0.00	0.00	1100.00	1099.59	0.41	-21.70	8.57	23.33/158.5
1100.00 - 1150.00	0.622	0.117	1150.00	1149.56	0.42	-22.35	8.06	23.76/160.2
1150.00 - 1200.00	0.774	0.232	1200.00	1199.57	0.43	-23.09	7.70	24.34/161.6
1200.00 - 1250.00	0.503	0.175	1250.00	1249.56	0.44	-23.98	7.49	25.12/162.6
1250.00 - 1300.00	0.177	0.053	1300.00	1299.56	0.44	-24.85	7.46	25.94/163.3
1300.00 - 1350.00	0.940	0.212	1350.00	1349.55	0.45	-25.56	7.59	26.66/163.5
1350.00 - 1400.00	1.210	0.365	1400.00	1399.55	0.45	-25.85	7.84	27.01/163.1
1400.00 - 1450.00	0.562	0.109	1450.00	1449.55	0.45	-25.94	8.01	27.15/162.9
1450.00 - 1500.00	0.226	0.066	1500.00	1499.55	0.45	-26.07	8.04	27.28/162.9
1500.00 - 1550.00	1.840	0.924	1550.00	1549.55	0.45	-26.47	7.78	27.59/163.6
1550.00 - 1600.00	3.012	0.904	1600.00	1599.52	0.48	-27.77	6.99	28.64/165.9
1600.00 - 1650.00	1.712	0.514	1650.00	1649.46	0.54	-29.78	5.25	30.30/169.5
1650.00 - 1700.00	1.800	0.540	1700.00	1699.36	0.64	-32.22	3.50	32.41/173.8
1700.00 - 1742.50	4.910	1.473	1742.50	1741.71	0.79	-34.39	0.79	34.40/178.7